



Jahresschwerpunktthema 2012:

**!Gerechte Verteilung Æ
Geld für Bildung statt für Banken!Í**



**LEHRE
BEGLEITET**

W

AUF **3RECHEN!**
Bildung im 21. Jahrhundert



www.bllv.de



INHALT

Vorwort.....	4
SEHEN	6
Zweck von Bildung im Sinne der Wirtschaft oder der Allgemeinbildung	6
Grundkompetenzen der Menschen.....	7
Bildungsbenachteiligung in der Bundesrepublik Deutschland	8
Ursachen der Bildungsbenachteiligung	8
Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten	14
Interview mit Hanne Möller zur außerschulischen Erziehung.....	20
Förderung von Kindern armer Familien und Migranten	23
Soziale Trennung in Schulen und in der Elitenbildung	26
Berufliche Aus- und Weiterbildung (Duales System)	27
Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose	35
Eigeninitiative bei Bildung und lebenslanges Lernen	36
Betriebliche Weiterbildung für ältere Beschäftigte	41
Bildungsurlaub in Deutschland	42
Gelder für die Banken, im Verhältnis zu Ausgaben in der Bildung	45
Kapital . kein Problem, es ist vorhanden!.....	45
Internationaler Vergleich - PISA - Studie	47
KAB in den Medien	50
Zusammenfassung	54
URTEILEN	56
Texte aus der Katholischen Soziallehre zu.....	56
Bibelstellen zum Thema	60
Forum Bildungspolitik in Bayern.....	61
HANDELN.....	63
Handlungs- und Aktionsvorschläge.....	63
Bausteine für einen Gottesdienst.....	64
ANHANG.....	67
Statistiken / Graphiken zum Thema	67
Referenten zum Thema.....	104
Internet Adressen	105
Weiterführende Literatur.....	106
Quellenangaben	106
Veranstaltungshinweise	107

Vorwort

des Diözesan- und Bildungswerkvorstands

In diesem Jahr beginnen wir eine neue dreijährige Serie von Jahresschwerpunktthemen unter dem Obertitel: **!Gerechte Verteilung!**. In der Politik unseres Landes spielt die Verteilungsgerechtigkeit seit Jahren keine wichtige Rolle mehr . es wird meist der Beteiligungs-, Chancen- bzw. Leistungsgerechtigkeit das Wort geredet. Dennoch bildet die verteilende Gerechtigkeit eine unverzichtbare Grundlage für den sozialen Ausgleich und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Sie ist die notwendige Voraussetzung für Teilhabechancen der benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen. Denn diese können ohne ausreichende materielle Mittel am sozialen, kulturellen und politischen Leben unseres Landes nicht teilhaben.

Die gerechte Verteilung der Erdengüter ist daher auch eine grundlegende Forderung der Katholischen Soziallehre und zieht sich von Anfang an wie ein roter Faden durch die ganzen Sozialzyklen der Päpste. Dazu hat das 2. Vatikanische Konzil erklärt: *„Gott hat die Erde mit allem, was sie enthält, zum Nutzen aller Menschen und Völker bestimmt; darum müssen diese geschaffenen Güter in einem billigen Verhältnis allen zu statten kommen; dabei hat die Gerechtigkeit die Führung, Hand in Hand geht mit ihr die Liebe.“* (GS 69) Angesichts der unverkennbaren, weiterhin zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich in unserem Land und auf der Welt ist es uns ein wichtiges Anliegen, die Verteilungsgerechtigkeit zum Thema zu machen und sie an drei entscheidenden Bereichen des menschlichen Zusammenlebens zu konkretisieren, nämlich bei Bildung, Arbeit und Reichtum.

Für 2012 heißt unser Schwerpunktthema: **!Gerechte Verteilung Æ Geld für Bildung statt für Banken!** In den letzten Jahren ist es immer deutlicher geworden, dass Deutschland viel zu wenig in Bildung investiert. Die Bildungsausgaben hierzulande sind unter dem OECD-Durchschnitt . sie machen nur 4,3 % des Bruttoinlandsproduktes aus. In den skandinavischen Ländern sind sie wesentlich höher. Die mangelnde Bildungsinvestition in unserem Land trifft die junge Generation besonders hart. Zurzeit wird jeder zehnte Jugendliche ohne Schulabschluss und Berufsausbildung ins Leben entlassen. Die Bil-

dungsarmut wandelt sich dann rasch in materielle Armut. Hier verspielt die Politik leichtfertig ein entscheidendes Zukunftspotential für Gesellschaft und Wirtschaft. So gesehen leben wir gerade im Bereich Bildung unter unseren Verhältnissen.

Darüber hinaus wird der Bildungsbereich zunehmend dem Diktat der Wirtschaft unterworfen. Bildung wird immer mehr zu einer Ware, die sich nur einige Wenige leisten können. Daher ist Bildungsgerechtigkeit das Gebot der Stunde. Die Politik muss alle Hindernisse und Benachteiligungen beim Zugang zur Bildung beseitigen, um der Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Denn Bildung ist ein öffentliches Gut und daher ein unverzichtbarer Auftrag für Staat und Politik.

Unser Schwerpunktthema 2012 soll auf die gegenwärtige mangelhafte Situation der Bildung in unserem Land aufmerksam machen und Politik und Gesellschaft zu verstärkter Bildungsgerechtigkeit auffordern. Dieses Begleitheft dazu will unsere KAB-Orts- und Kreisverbände sowie Bildungsbeauftragte motivieren und ermutigen, die bildungspolitischen Positionen und Forderungen der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung einer breiten Öffentlichkeit bekannt und bewusst zu machen. Wir laden sie alle ein, durch Bildungsabende, thematische Gottesdienste sowie politische Aktionen gemeinsam mit anderen verbündeten Organisationen dazu beizutragen, dass Bildung in unserem Land als unverzichtbares öffentliches Gut anerkannt und politisch sowie finanziell stärker gefördert wird.

Für das KAB-Bildungswerk:

Brigitte Rüb-Hering

Vorsitzende

Gerhard Endres

Vorsitzender

Für den KAB-Diözesanverband:

Hanne Möller

Diözesanvorsitzende

Charles Borg-Manché

Diözesanpräses

SEHEN

Zweck von Bildung im Sinne der Wirtschaft oder der Allgemeinbildung

„Echte Bildung ist nicht Bildung zu irgendeinem Zwecke, sondern sie hat, wie jedes Streben nach dem Vollkommenen, ihren Sinn in sich selbst, indem sie unser Lebensgefühl und unser Selbstvertrauen steigert, indem sie uns froher und glücklicher macht und uns ein höheres Gefühl von Sicherheit gibt.“

Herman Hesse

Laut Artikel 26 der UNO-Menschenrechtserklärung ist Bildung ein Menschenrecht. Der Begriff *Bildung* bezeichnet die Formung des Menschen im Hinblick auf sein *„Menschsein“* seine geistigen Fähigkeiten. Der Bildungsbegriff wurde wahrscheinlich vom mittelalterlichen Theologen und Philosophen Meister Eckhart (+1327) in die deutsche Sprache eingeführt. Er bedeutete für ihn das *„Erlernen von Gelassenheit“* und wurde als *„Gottessache“* angesehen, *„damit der Mensch Gott ähnlich werde“*. Allgemein wird Bildung als die Entfaltung und Entwicklung der geistig-seelischen Werte und Anlagen eines Menschen durch Formung und Erziehung verstanden.

In der Renaissancezeit, in der die Neugier der Menschen erwachte und die Buchdruckkunst entwickelt wurde, gab es in Europa einen *„Bildungsschub“*. Dazu hat auch der Humanist Erasmus von Rotterdam (+1536) wesentlich beigetragen. Er schrieb über 100 Bildungsbücher, mit denen er seinen Zeitgenossen und der Nachwelt Bildung vermitteln wollte. Dabei machte er deutlich: *„Nichts ist naturgemäßer als Tugend und Bildung . ohne sie hört der Mensch auf, Mensch zu sein“*.

Während in unserem Alltagsdenken und -handeln der Bildungsbegriff stark mit Begriffen wie *„Belehrung“* und *„Wissensvermittlung“* verbunden ist, wurde er seit Wilhelm von Humboldt (1767-1835) in Theorie und Programmatik erweitert. Der preußische Sprachwissenschaftler und Staatsmann erhob Bildung zum Programm. Das Bedürfnis, sich zu bilden, sei im Inneren des Menschen angelegt und müsse nur geweckt werden. Jedem solle Bildung zugänglich gemacht werden. Humboldt erschafft ein mehrgliedriges Schulsystem, in dem jeder nach seinen Fähigkeiten und nach den Anforderungen, die die Gesellschaft an ihn stellt, gefördert wird. Allerdings geht es beim humboldtschen Bildungs-ideal nicht um die Anhäufung von Wissen, sondern immer noch um die Ausbildung der Persönlichkeit und das Erlangen von Individualität. Dieses *„Sich-Bilden“* wird nicht betrieben, um ein materielles Ziel zu erreichen, sondern um der eigenen Vervollkommnung willen.

Bürgerliches Statussymbol und messbares Gut, das am praktischen Leben orientiert sein muss, wird Bildung erst mit der Bürokratisierung in Form von Gymnasiallehrplänen. Bildung genügt sich nicht mehr allein, sondern soll Nutzen und möglichst auch Gewinn bringen. Damit wird Bildung zum Statussymbol der Gesellschaft und zum sozialen Abgrenzungskriterium.

Der Erziehungswissenschaftler Wolfgang Sander (*1953) setzt Bildung in Zusammenhang mit dem Kompetenzbegriff: *„Bildung ermöglicht es Menschen, in immer neuen Situationen der Welt Sinn und Bedeutung zu machen. Dabei steht Kompetenzorientierung nicht in einem Gegensatz zur Bildung. Kompetenzorientierung erzeugt nicht zwingend Bildung, aber Bildung ist ohne Kompetenzen nicht möglich: Wer nicht lesen kann, kann sich Kultur nicht subjektiv zueignen, und wer nicht über politische Urteils- und Handlungsfähigkeit verfügt, kann sein Ich nicht in einem aktiven Sinn mit der Welt des Politischen verknüpfen.“* Der Prozess der Bildung ist mit dem der Mündigkeit eng verknüpft und die wiederum mit der *„Verantwortung für das eigene Handeln unter den Bedingungen einer Welt, die wir uns nicht einfach mit einem Set scheinbar sicheren Wissens handhabbar machen können*

Grundkompetenzen der Menschen

Circa ein viertel aller Erwachsenen haben im Lesen die Niveaustufen 1 und 2, das bedeutet, dass sie nur eingeschränkt fachliche und gesellschaftliche Zusammenhänge erfassen können. Sprache ist die Voraussetzung für das Erkennen vieler Zusammenhänge.

Zusammenfassung:

- Über die kognitiven Grundkompetenzen der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland ist bisher wenig bekannt. Eine aktuelle IAB-Studie liefert nun erste Befunde zu Lesekompetenzen und alltagsmathematischen Fähigkeiten von 18- bis 52-Jährigen.
- Etwa ein Viertel der Erwachsenen hat keine ausreichenden Lese- und Rechenkompetenzen, um den Alltag problemlos zu bewältigen.
- Frauen sind bei der Lesekompetenz etwas besser, Männer schneiden hingegen in den alltagsmathematischen Tests deutlich besser ab.
- Berücksichtigt man die Sprache im Elternhaus, lassen sich keine Kompetenzunterschiede zwischen Migranten und der übrigen Bevölkerung feststellen.
- Auch bei Erwachsenen gilt: Je höher der Schul- und Ausbildungsabschluss, desto höher die Grundkompetenzen. Unabhängig von der eige-

nen Bildung beeinflusst auch der Bildungsabschluss der Eltern die Kompetenzen noch im Erwachsenenalter.

- o Erwerbstätige können deutlich besser lesen und rechnen als beruflich Inaktive. Aktuelle Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit hängen demnach negativ mit dem Kompetenzniveau zusammen.

aus: IAB-Kurzbericht 5/2011: *sGelernt ist gelernt?*%o

Bildungsbenachteiligung in der Bundesrepublik Deutschland

Unter **Bildungsbenachteiligung** wird verstanden, dass eine Gruppe von Kindern oder Erwachsenen im Bildungssystem systematisch weniger Möglichkeiten hat, ein Bildungsziel zu erreichen, als andere. Meist geht es beim Gebrauch dieses Begriffes um die geringeren Chancen von Menschen unterschiedlichen Geschlechts oder mit weniger sozialen, finanziellen und kulturellen Ressourcen beim Erwerb von Bildung, die trotz formaler Chancengleichheit vorhanden ist. Der Begriff impliziert nicht vorsätzliche oder bewusste Diskriminierung, sondern statistisch belegbare Nachteile dieser Gruppen bei der Verteilung von Bildungschancen und beim Erreichen von Bildungserfolgen.

Mit Bildung und dem Ausbau des Bildungssystems war in der Vergangenheit häufig die Hoffnung verbunden, soziale Ungleichheiten abzubauen. Dass Chancengleichheit nicht wirklich hergestellt wurde, haben die französischen Soziologen Pierre Bourdieu und Jean-Claude Passeron schon in den 1960er Jahren nachgewiesen.

Folge der Bildungsbenachteiligung ist die absolute oder relative Bildungsarmut.

Ursachen der Bildungsbenachteiligung

Geschlecht

In Deutschland zeigen verschiedene Studien zur Bildungsforschung, darunter ein Bericht des Bundesbildungsministeriums, dass Jungen bei gleichem Wissensstand und gleichen Leistungen häufig schlechtere Noten als Mädchen erhalten. Nach Ansicht des Institutes für Schulentwicklungsforschung kann diese Benachteiligung auf ein stärkeres Wohlverhalten oder eine größere Anpasstheit%o der Mädchen zurückzuführen sein. Untersuchungen zufolge beträgt der Mädchenbonus für angepassteres Verhalten, aktivere Mitarbeit und selbstgesteuertes Lernen' bei gleichen Leistungen durchschnittlich eine Note%o

In den USA zeigte Thomas Dee, dass das Geschlecht eines Lehrers signifikanten Einfluss auf den objektiv gemessenen und subjektiv bewerteten Lernerfolg von Schülern hat. Dee analysierte Daten von knapp 25.000 Schülern aus einer national repräsentativen Längsschnittstudie an amerikanischen

Schulen. Demnach lernen Mädchen nicht nur schneller von Lehrerinnen und Jungen schneller von Lehrern. Auch ist zu erwarten, dass ein Junge von einer Lehrerin schlechtere Beurteilungen erhält als ein Mädchen bei gleicher objektiv gemessener Leistung (und andersherum). Diese Ergebnisse in Verbindung mit der Tatsache, dass der überwiegende Teil der Lehrkräfte weiblich ist zeigen, dass Jungen schulisch benachteiligt sind.

In einer neuseeländischen Längsschnittstudie zeigte sich, dass Jungen in den untersuchten gemischten Schulen in ihren Leistungen systematisch gegenüber Mädchen benachteiligt sind, und dass dieser Unterschied verschwindet, wenn Jungen und Mädchen getrenntgeschlechtliche Schulen besuchen.

Sozialer Status

Angehörige der unteren sozialen Schichten:

- nehmen eine andere sprachliche und Intelligenzentwicklung und können sich weniger Schulwissen aneignen;
- besuchen bei gleichem Schulwissen in Ländern mit gegliedertem Schulsystem schlechtere Schulen.

Sprache

Bernstein verglich Sprachstichproben von Personen aus der Mittelschicht und der Arbeiterklasse. Auch bei Konstanzhaltung der Intelligenz zeigten sich Unterschiede in Satzlänge, Wortlänge und Pausenlänge. Die Sätze von Arbeitern waren kürzer, sie benutzten kürzere Wörter und ließen kürzere Pausen zwischen zwei Wörtern (vermutlich, weil der kleinere Wortschatz weniger Auswahlmöglichkeiten bietet und somit die Wortwahl beschleunigt).

Arbeiter reden weniger über Raum, Zeit und kausale Kontingenz. Das beinhaltet Diskussionen über mögliche Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge von Geschehnissen in der Lebenswelt der Arbeiter. Die Sprache der Arbeiter ist sozio-zentriert, das heißt, dass sie über die Dinge reden, die für soziale Gruppen, denen sie angehören, relevant sind. Akademiker dagegen reden eher über abstrakte Dinge ohne persönlichen Bezug. Auffällig ist, dass diese Unterschiede im frühen Kindesalter noch nicht so ausgeprägt sind. Sie werden jedoch im Verlauf der Entwicklung immer ausgeprägter, und am ausgeprägtesten sind sie im Erwachsenenalter.

Auch konnte gezeigt werden, dass ein Wort für Personen aus verschiedenen Schichten verschiedene Bedeutungen haben kann. Oerter untersuchte PH-Studenten und stellte fest, dass sie je nachdem, welcher Schicht ihre Eltern angehörten unter einem Wort ganz verschiedenes verstanden. Ein großer Unterschied bestand hier zwischen zwei Gruppen:

1. Gruppe: Kindern von Handwerkern und Selbständigen ohne Abitur
2. Gruppe: Kinder von Beamten und Angestellten.

Studenten aus diesen zwei Herkunftsgruppen stellen sich ganz unterschiedliche Dinge unter einem Wort vor. Am größten waren die Unterschiede beim

Wort stüchtig%oBeim Wort stüchtig%dachten Handwerkerkinder in der Regel an Eigenschaften, die mit Weltgewandtheit und Dominanz zu tun haben. Angestellten- und Beamtenkinder dagegen dachten an Eigenschaften, die mit körperlicher Leistungsfähigkeit und Charakterfestigkeit zu tun hatten. Folgende Antworten wurden am häufigsten auf die Frage, was tüchtig bedeutet gegeben:

Studenten wurden gefragt: Was bedeutet Tüchtig?		
	Kinder von Handwerkern* sagten	Kinder von Angestellten und Beamten sagten
Sie sagten: sTüchtig± bedeutetö %o	* freundlich * höflich * gesellig * geschickt im Umgang mit anderen Menschen * draufgängerisch * sich durchsetzend * ehrgeizig	* kräftig * robust * gesund * ehrlich * ordnungs- liebend * aufrecht
Rolf Oerter (1970): <i>Moderne Entwicklungspsychologie</i> . Donauwörth: Verlag Ludwig Auer; S. 488 * Handwerkerkinder = Kinder von Handwerkern und Selbständigen ohne Abitur		

Kognitive Entwicklung

Bei Kindern aus allen sozialen Schichten zeigt sich im Verlauf der ersten 15 Monate die gleiche Entwicklung der Sprache, des Geistes und des Sozialverhalten. Es gibt einen kleinen Unterschied: Arbeiterkinder sind im Alter von 15 Monaten in ihrer motorischen Entwicklung etwas weiter. Die Gründe dafür sind nicht geklärt. Oerter schlussfolgert: *Kinder aus allen Berufsschichten und sozialen Gruppen wiesen im Mittel zu allen gemessenen Zeitpunkten innerhalb der ersten 15 Monate das gleiche Intelligenzniveau auf [ö]. Das Ergebnis ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass bereits mit sechs Jahren gravierende Gruppenunterschiede vorhanden sind.* Im Alter von 24 Monaten zeigen sich bereits Unterschiede zu Gunsten der Kinder aus den Mittelschichten. Bei diesen kann nun ein größerer Wortschatz gemessen werden. Mit drei Jahren ist der Wortschatz von Mittelschichtskindern schon dreimal so groß, wie der von Kindern aus der Unterschicht.

Lernmotivation

Oerter geht in seinem Buch *Moderne Entwicklungspsychologie* von der Annahme aus, dass Kinder aus der Unterschicht in ihrem Lernverhalten stärker auf Lob und Anerkennung reagierten als Kinder aus der Mittelschicht. Kinder der Mittelschicht hingegen hätten eine intrinsische Motivation und Freude an der Aufgabe selbst, weniger an der Anerkennung, so Oerter. Zudem käme es darauf an, wie ein Kind gelobt werde. Zigler und Kanzler berichten, dass Kinder aus der Arbeiterklasse eher auf personenbezogenes Lob, Akademikerkinder aber eher auf leistungsbezogenes Lob reagierten. Als personenbezogenes Lob gelten z.B. sgut!%o(in der Originaluntersuchung:

good!%) und ausgezeichnet!%(Originaluntersuchung: fine!%) Als leistungsbezogenes Lob gelten richtig!%(sright!%) und korrekt!%(scorrect!%)

Arme Kinder in der Schule

Ruby Payne vertritt die These, dass das Aufwachsen in Armut wichtige Auswirkungen auf den Charakter habe. Um in der Armut zu überleben, müssten arme Kinder nonverbal sein und auf Sinneseindrücke sofort reagieren. In der Schule jedoch wäre dies ein Nachteil für sie. Die Schule sei eine Mittelklasseinstitution: hier sei es wichtig, Gedanken verbalisieren zu können, abstrahieren zu können und voraus zu planen. Fähigkeiten, die arme Kinder erst erlernen müssten. Laut Walter Mischel haben arme Kinder weniger Selbstkontrolle und streben eher nach sofortiger Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Dies sei schlecht, da in der Mittelschichtsinstitution Schule Selbstkontrolle eine wichtige Rolle spiele.

Donna Beegle ist der Meinung, dass arme Familien und wohlhabendere Familien in verschiedenen Kulturen leben. In armen Familien herrsche eine *orale Kultur*. Für Mitglieder der oralen Kultur sind Sinneserfahrungen wichtig. Charakteristika der oralen Kultur sind Spontaneität, Orientierung an der Gegenwart, Betonung von Emotionen und die Fähigkeit, das große Ganze zu sehen. In wohlhabenden Familien dagegen herrsche die *Schriftkultur*. Hier werden Selbstdisziplin, die Fähigkeit zum Aushalten des Zahlungsaufschubes, die Fähigkeit, strategisch vorzugehen und zu planen, die Fähigkeit, sich Ziele zu setzen und Schritte zu ihrer Erreichung zu unternehmen, technische Fähigkeiten und analytische Fähigkeiten geschätzt.

Angehörige unterer Bevölkerungsschichten haben aus verschiedenen Gründen Nachteile beim Erwerb von Bildung. Zu diesen gehören:

- Der familiäre Hintergrund: Bildungsniveau der Eltern, deren Erfahrungen im Bildungssystem, Motivation zum Lernen, passiver vs. aktiver Lebensstil. Von zentraler Bedeutung ist die Aneignung, Einverleibung (Inkorporation) und der Besitz von kulturellem Kapital.

Eine besondere Rolle bei der Entstehung von sozialen Unterschieden beim Erwerb von Bildung kommt dem unterschiedlichen Gebrauch der Sprache in den verschiedenen Bevölkerungsschichten zu. In den ersten Lebensjahren erwerben Kinder aus der Mittelschicht einen sehr viel größeren Wortschatz als Kinder aus der Unterschicht. Die Komplexität der Sprache der Kinder wächst mit der Zahl der gehörten Wörter. Darüber hinaus hören Kinder aus der Mittelschicht von ihren Eltern mehr Lob und Ermutigung als Kinder aus der Unterschicht, die häufiger verbietenden und entmutigenden Äußerungen von Seiten ihrer Eltern ausgesetzt sind. Die Entwicklung des Intelligenzquotienten der Kinder korreliert eng mit ihrem Wortschatz, dieser wiederum korreliert weniger mit dem durchschnittlichen Familieneinkommen als vielmehr mit

der Zahl der Wörter, die Eltern mit ihren Kindern sprechen. Auf diese Weise entsteht ein enger Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und intellektuellem Wachstum.

- Soziale Segregation: Durch zunehmende soziale Segregation treffen Kinder und Jugendliche aus den sozial benachteiligten Milieus, die in der Stadt leben, kaum noch auf Angehörige anderer Bildungsschichten. Die Qualität der Bildungseinrichtungen korreliert mit der sozialen Zusammensetzung der Einwohnerschaft bestimmter Stadtviertel usw. Tatsächlich ist aber die städtische Segregation geringer als die Segregation in Klassenzimmern.

Auf dem Land ist die Segregation geringer und auch die Bildungsbenachteiligung ist geringer. Insgesamt gehen Kinder aus Familien der oberen Dienstklasse (zum Beispiel Kinder von Spitzenmanagern) 6,06-mal so häufig aufs Gymnasium wie Kinder aus Facharbeiterfamilien, und Kinder aus der unteren Dienstklasse (zum Beispiel Kinder von Professoren oder Ärzten) gehen 3,64-mal so häufig aufs Gymnasium wie Facharbeiterkinder (ebd.; vgl. Auswertung der PISA-Studien: Einfluss des sozialen Hintergrunds).

Die Chancen der Facharbeiterkinder sind in Städten mit über 300.000 Einwohnern am schlechtesten. Dort sind die Chancen des Kindes aus der oberen Dienstklasse auf den Gymnasialbesuch 14,36-mal so hoch wie die des Facharbeiterkindes und die Chancen eines Kindes aus der unteren Dienstklasse 7,57-mal so hoch wie die eines Facharbeiterkindes(ebd.). Man sieht also, dass die Chancen des Facharbeiterkindes in der Stadt besonders schlecht sind.

- Ungleiche Einkommensverteilung: Bei geringem Einkommen oder Armut besteht kaum die Möglichkeit, Nachhilfe in Anspruch zu nehmen oder bei schlechten Leistungen auf Privatschulen mit mehr individueller Förderung auszuweichen. Hinzu kommt die Notwendigkeit, früh selbständig zu werden und eigenes Geld zu verdienen, Studiengebühren zu finanzieren usw.
- Diskriminierung: Selbst bei gleich guten Leistungen erhalten Kinder mit einer niedrigen sozialen Herkunft seltener eine Empfehlung für qualitativ hochwertige Bildungsinstitutionen. Kulturelle und institutionelle Diskriminierung greifen hier ineinander.

Eine Studie des Instituts für Soziologie an der Universität Mainz, die an Wiesbadener Grundschulen erhoben wurden, hält fest, dass bei gleicher Durchschnittsnote (2.0) 97 % aller Kinder von Eltern mit hohem sozialen Status die Gymnasialempfehlung erhalten, hingegen 76 % der Kinder von Eltern mit niedrigem sozialen Status. Im Schnitt sind Kinder mit niedrigem sozialem Status ca. eine Note schlechter als Kinder mit hohem sozialem Status. Die Studie lässt aber offen, ob dieser Unterschied auf Diskriminierung zurückzuführen ist, oder auf die Tatsache, dass Eltern der Oberschicht häufiger die Gymna-

sialempfehlung für ihre Kinder wünschen und gegenüber den Lehrern kommunizieren. Des Weiteren kommt die Studie zu dem Schluss, dass keine Diskriminierung gegenüber Migranten vorherrscht. Diese haben zwar häufiger einen niedrigen sozialen Status, verglichen mit Einheimischen gleichen sozialen Status' zeigen sich jedoch keine Unterschiede hinsichtlich der Schulempfehlungen. Da die Studie jedoch in einer westdeutschen Großstadt und in einem konservativ regierten Bundesland durchgeführt wurde, bleibt fraglich, ob sie für das übrige Deutschland als repräsentativ gelten kann.

Rindermann und Rost weichen von dieser Interpretation ab. Aus vergleichbaren englischen Studien schließen sie, dass keine Diskriminierung unterer Schichten, sondern nur eine Privilegierung oberer Schichten existiert. Soll heißen: Eine Beseitigung dieser Ungerechtigkeit würde nicht zu einem vermehrten Bildungsaufstieg der ärmeren Kinder führen, wohl aber zu einem vermehrten Bildungsabstieg unter wohlhabenderen Kindern.

- **Der Rosenthal-Effekt:** Hat ein Lehrer bereits eine (vorweggenommene) Einschätzung der Schüler (etwa dumm, klug usw.), so wird sich diese Ansicht im späteren Verlauf auch bestätigen. Der Lehrer wird ein Mittelschichtkind meistens für einen besseren Schüler halten als ein Kind der Unterschicht oder Arbeiterklasse.
- **Fehlende muttersprachliche Kompetenz:** In Einwanderungsländern (dazu zählt de facto auch die Bundesrepublik Deutschland) sind viele der Schülerinnen und Schüler unter dem Einfluss von zwei oder drei Sprachen aufgewachsen (z.B. Deutsch, Türkisch, Kurdisch). Der kompetente Umgang mit der Muttersprache ermöglicht Kindern, ihre Gedanken und Gefühle in Worte zu fassen. Die Situation, viele Sprachen nur teilweise sprechen zu können und dabei die Muttersprache nicht zu beherrschen, durch die sie sozialisiert wurden, führt zu negativen Einschränkungen. Wird im Unterricht die muttersprachliche Kompetenz nicht gefördert, verschlechtern sich die Ausgangsbedingungen und leidet die Bildungsentwicklung der Lernenden. In der BRD wird diese durch die Konferenz der Kultusminister seit 1996 festgestellt.
- **Matthäus-Effekt:** Der Matthäus-Effekt ist eines der sGrundgesetze% jeder handlungsbezogenen Soziologie. Die Bezeichnung spielt an auf einen Satz aus dem Matthäusevangelium aus dem Gleichnis von den anvertrauten Talenten an: *sDenn wer hat, dem wird gegeben, und er wird im Überfluss haben; wer aber nicht hat, dem wird auch genommen, was er hat.%d(Mt 25,29)*

Umgangssprachlich wird dieses Phänomen auch mit den Sprichwörtern sWer hat, dem wird gegeben%, sEs regnet immer dorthin, wo es schon nass ist% oder auch sDer Teufel schießt immer auf den größten Haufen% wiedergegeben.

In der Schulforschung bedeutet das: Die Schule schafft es nicht, Rückstände zu kompensieren. Wenn man Schüler über einen längeren Zeitraum hinweg beobachtet, so fällt auf, dass die Schule vorhandene Leistungsunterschiede sogar teilweise noch verstärkt. So gibt es bereits bei Grundschulern Leistungsunterschiede zwischen Kindern aus bildungsnahen und Kindern aus bildungsfernen Familien. Doch diese Unterschiede sind längst nicht so groß wie die Unterschiede im Alter von 15 Jahren. In allen Ländern, die sowohl bei PISA als auch bei IGLU mitgemacht haben, zeigte sich, dass die Leistungsunterschiede zwischen den Kindern aus verschiedenen Schichten im Jugendlichenalter größer sind als im Kindesalter. Dies betrifft die Länder Neuseeland, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Norwegen, USA, Schweden, Kanada, Griechenland, Tschechien, Island, die Niederlanden, Italien, Lettland und die russische Föderation.

Genetische Unterschiede

Der Präsident der Studienstiftung des Deutschen Volkes und Hirnforscher Gerhard Roth erklärt den Umstand, dass überwiegend Akademikerkinder ein Stipendium seiner Stiftung erhalten, ebenfalls mit genetischen Unterschieden. Eines der Hauptkriterien für die Vergabe dieser Stipendien sind die kognitiven Fähigkeiten der Kandidaten. Intelligenz, so Roth, sei dasjenige Persönlichkeitsmerkmal, das am deutlichsten vererbt wird. Intelligente Eltern hätten daher auch eher intelligente Kinder. Bonuspunkte für Arme seien für Roth schwer vorstellbar.

Die Psychologen und Bildungsforscher Heiner Rindermann und Detlef Rost geben an, dass Gesellschaften, die den Bildungsaufstieg ermöglichen, sich nach Intelligenz und damit indirekt genetisch schichten. Je mehr Personen gesellschaftlich aufsteigen, umso weniger "Ressourcen" verbleiben in den unteren Schichten, so dass künftiger Bildungsaufstieg unwahrscheinlicher wird.

Die Bildungsforscherin Elsbeth Stern sieht Schulleistungen auch genetisch begründet: *Je größer die Leistungsgerechtigkeit einer Gesellschaft ist, umso größer ist die Chance, dass Menschen mit guten genetischen Voraussetzungen ihr in den Genen angelegtes Potential für die Intelligenzentwicklung nutzen und beruflichen und schulischen Erfolg haben. In ungerechten Gesellschaften sind sozialer Hintergrund und Beziehungen wichtiger als Begabung.*

entnommen aus WIKIPEDIA: Bildungsbenachteiligung in der Bundesrepublik Deutschland

Bildung und Erziehung in Kindertagesstätten

Frühkindliche Bildung im Blick der Wissenschaften

Kleine Kinder sind wahre Lernwunder. Es ist allgemein bekannt, dass Menschen in der frühen Kindheit die größten Schritte in ihrer Entwicklung machen: Nie wieder in seinem Leben lernt ein Mensch so schnell, so effektiv, so enorm viel und so sehr aus eigenem Antrieb heraus wie in seinen ersten Lebensjahren. Die moderne Kindheitsforschung hat dieses Wissen mit oft verblüffenden Erkenntnissen darüber erweitert, wie aktiv und selbstbestimmt Kinder mit Herausforderungen umgehen können und wie sie dabei außerordentlich komplexe Entwicklungsaufgaben bewältigen. Relativ neu sind die Befunde darüber, wie sehr ein Kind innerhalb seiner Familie oder als Mitglied einer Kindergruppe in einer Tagesstätte, eingebettet in ein soziales Gefüge, als Ko-Konstrukteur seiner eigenen geistigen, körperlichen und seelischen Entwicklung wirkt. Kleine Kinder sind von Entwicklungsdrang und Lernlust be-seelt. Neugierig wollen sie sich mit ihrer Umwelt auseinandersetzen. Das Kind selbst ist dabei der Motor seines Vorankommens, aus ihm selbst erwachsen in der Interaktion mit seiner Umwelt die Themen seiner Entwicklung nach einem eigenen, inneren Zeitplan. Es setzt seine Erfahrungen in Kompetenzen um und bildet damit Voraussetzungen, sein künftiges Leben in einer immer komplexer werdenden Welt zu meistern. So schafft es sich im Rahmen eines grandiosen Lernprozesses ein Bild von der Welt, von sich selbst und seinen Wirkungsmöglichkeiten in dieser Welt. Wie dieses Bild gesehen wird, ob heller oder dunkler getönt, hat viel damit zu tun, welche Möglichkeiten jedes Mädchen und jeder Junge hat, Realitätssinn und Gestaltungskompetenz zu entwickeln und verantwortlich einzusetzen.

In welcher Weise kleine Kinder Lernanregungen verarbeiten, wird weitgehend von den inneren und äußeren Bedingungen des Lerngeschehens, insbesondere den sozialen Bedingungen, unter denen die Lernprozesse erfolgreich oder auch frustrierend stattfinden, bestimmt. Daher liegt bei allen Erwachsenen, die als Erziehende darüber entscheiden, welchen Ausschnitt der Welt sich das Kind konstruktiv aneignen kann, große Verantwortung im Hinblick auf die Förderung, aber auch auf die Verhinderung kindlicher Bildungsprozesse. Den nachhaltigsten Einfluss auf die kindliche Entwicklung haben die Eltern und die Familiensituation, in der das Kind aufwächst. Die Mädchen und Jungen bringen aus dem Elternhaus, wenn sie in den Kindergarten oder in die Schule kommen, einen umfänglichen Erfahrungsschatz mit. Alle weiteren Lernprozesse knüpfen an diesen Erfahrungsschatz an und er wirkt sich in jedem Fall im Lernleben der Heranwachsenden aus.

Erwachsene können die Lernprozesse von kleinen Kindern, wie die Forschung zur frühkindlichen Bildung festgestellt hat, auf verschiedene Weise befördern: indem sie dem Kind eine lernanregungsreiche Umgebung zur Verfügung stellen, indem sie das Kind bei seiner Auseinandersetzung mit seinen eigenen aktuellen Lernthemen unterstützen und indem sie dem Kind neue Lernthemen anbieten. Diese neue Definition des Begriffes Erziehung trägt der

Erkenntnis Rechnung, dass Bildung immer Aktivität des Kindes ist und in diesem Sinne grundsätzlich als Selbstbildung angesehen werden muss.

Zu den grundlegenden Bedingungen, die ein kleines Kind zu einer ungestörten Entwicklung benötigt, gehört die verlässliche Bindungsbeziehung zu den Erwachsenen seiner engsten Umgebung. Eine solche Beziehung ist die Plattform, von der ausgehend das Kind mit der ihm zunächst unbekanntem Welt in Kontakt tritt und sie dabei mehr und mehr kennen lernt. Aus der Sicherheit heraus, in Situationen der Not zuverlässig Beistand zu erhalten, ist es Kindern möglich, sich Unbekanntem zu nähern und sich mit ihm konstruktiv auseinander zu setzen. Mangelt es dem Kind an emotionaler Sicherheit, Unterstützung und Resonanz, wird es in seiner Entwicklung behindert. Lernerfolge des kleinen Kindes haben viel damit zu tun, dass es eine sichere, verlässliche Bindungsbeziehung zu mindestens einer Person seines unmittelbaren sozialen Umfelds, also z.B. auch zu .seiner Erzieherin oder .seinem Lehrer hat. Darüber hinaus brauchen die Kleinen den Kontakt zu gleichaltrigen, aber auch zu älteren und jüngeren Kindern, zu Jungen und zu Mädchen, um von und mit ihnen lernen zu können. Kinder haben eine zentrale Bedeutung für den Sozialisationsprozess von Kindern. Erfahrungen, die sie in einer Interaktion von Gleichberechtigten machen, werden tiefer und nachhaltiger in ihr Verhaltensrepertoire eingeordnet als wenn Erwachsene Verhaltensregeln vorgeben und ihre Einhaltung kontrollieren. Innerhalb einer Kindergruppe handeln Kinder z.B. Formen des Umgangs aus, die ihr Handeln nachhaltiger bestimmen als Regeln, die Erwachsenen ihnen vorgegeben haben. Phänomene des Miteinanders, wie Freundschaft oder Gerechtigkeit können Kinder nur in der Interaktion von Gleichberechtigten wirklich erleben und damit begreifen.

Aus der Hirnforschung ist bekannt, dass die neuronale Entwicklung des kindlichen Gehirns als ein in Phasen verlaufender Prozess erfolgt. Wesentliche Voraussetzungen für die Entwicklung kognitiver, sozialer, emotionaler und körperlicher Kompetenzen werden in zeitlich begrenzten Entwicklungsphasen in den ersten Lebensjahren des Kindes, das heißt während der Zeit vor dem Schuleintritt gelegt. Entwicklungs- und damit Lernfortschritte geschehen während dieser Zeit oftmals geradezu explosionsartig. Forscherinnen und Forscher konnten feststellen, dass die Qualität und die Menge der Inputs, die das kindliche Gehirn in den besonders sensiblen Phasen seiner Entwicklung aufnimmt, entscheiden, wie leistungsfähig die für das Lernen benötigten neuronalen Hirnstrukturen geknüpft werden. Frühkindliche Erfahrungen strukturieren das Gehirn. Auch fehlende, eingeschränkte, entmutigende oder frustrierende Lernerfahrungen des kleinen Kindes hinterlassen hier dauerhafte Spuren. Werden dem Kind während der sensiblen Phasen seiner Entwicklung Lernerfolge und damit die Ausbildung bestimmter neuronaler Strukturen verwehrt, sind die Versäumnisse später kaum oder nur schwer nachzuholen.

Die Bedingungen, unter denen Kinder in Deutschland aufwachsen, sind spätestens seit den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts in zunehmendem Maße divergent. Auch die Kindertagesstätte oder die Schule, die ein Kind besucht, ist ein Teil dieser pluralen gesellschaftlichen, in einem stetigen Veränderungsprozess befindlichen Wirklichkeit. Von Kind zu Kind variieren Lebenslagen und Lebensbedingungen, sie können Erfahrungen mit Armut, Migration und Behinderung umfassen, darüber hinaus bringen Geschlechterrollenzuschreibungen in unterschiedlicher Weise Vor- und Nachteile für Mädchen und Jungen. Die unterschiedlichen familiären und öffentlichen Sozialisationsbedingungen und Sozialisationsziele üben starken Einfluss auf die körperliche, geistige und seelische Entwicklung der Heranwachsenden aus. Sie unterscheiden sich hinsichtlich ihres Wissens und Könnens, ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten von Anfang an und im Laufe ihrer Entwicklung in zunehmendem Maße von einander.

Rund zwei Prozent der Kinder eines Jahrgangs sind hochbegabt, also in der Lage, besonders effektiv zu lernen. Kleinen Kindern angemessene Bildung zu ermöglichen, hat (lebens-) lang positive Wirkung. *(siehe auch Graphik Nr.45)*

Der Kern solcher Bildung besteht darin, jedem Mädchen und jedem Jungen Bedingungen zum Lernen bereit zu stellen, die am individuellen Entwicklungsstand anschließen, nicht auf Rollenvorstellungen einengen, weder unter- noch überfordern und von ihnen als erfolgreich erlebt werden. Das Bestreben von Eltern, Erzieherinnen oder Lehrkräften, den Kindern größtmögliche Gelegenheiten zu bieten, den eigenen Lernprozess als erfolgreich zu erleben, hat einen guten Grund: Aus Lernerfolgen erwächst, wie ebenfalls die Hirnforschung festgestellt hat, die Motivation zu nachfolgenden Bemühungen. Lernanstrengungen, die zum Erfolg führen, lösen nämlich über die Ausschüttung des körpereigenen Stoffes Dopamin Glücksgefühle aus, die zu weiterem Lernen anspornen. Wenn eine Aufgabe ohne Aufwand gelöst werden kann, wenn also nicht nach Wegen gesucht werden muss, ein Problem zu bewältigen und daher dabei nicht wirklich etwas gelernt wird, ist die Dopaminproduktion extrem gering. Als Folge davon schwächen sich Impulse sich anzustrengen um Ziele zu erreichen ab. Zum Lernen motiviert ist also ein Mensch, der am eigenen Leib erlebt hat, dass Bemühen zum Erfolg führt. Die Verkopplung von Mühe und Misserfolg hat dem gegenüber auf die Dauer fatale Folgen: Führen nämlich Anstrengungen wiederholt nicht zum Erfolg, unterbleibt die Ausschüttung von Dopamin. Dann stellt sich Lethargie ein, die selbst nach späteren Erfolgserlebnissen nur schwer zu überwinden ist. So kann eine eintönige, die Bildungsbewegungen der Heranwachsenden nicht herausfordernde Umwelt ebenso wie rigide, den jeweiligen Entwicklungsstand außer Acht lassende Leistungsforderungen zur Folge haben, dass die natürliche Wissbegier des Kindes und die angeborene Lust am Lernen verkümmern oder gar ausgelöscht werden. Förderlich dagegen sind Lernarrangements, im Rahmen

derer Kinder unterstützt werden, eigene Lernprozesse zu gestalten und dabei die gegebenen Bedingungen kreativ und flexibel zu nutzen. Mädchen und Jungen, die frühzeitig lernen, wie sich selbst bilden können, erhalten für die Gestaltung ihres künftigen Lebens notwendiges Rüstzeug. Das Leben in der Gesellschaft der Zukunft wird hohe Anforderungen an die Veränderungsbereitschaft und die Belastbarkeit der Menschen stellen. Die Zukunftsforschung geht davon aus, dass der heute manchmal geäußerte Wunsch nach mehr Einheitlichkeit in der Welt sich nicht erfüllen wird.

Die Zukunft der heutigen Mädchen und Jungen wird vielmehr durch Diskontinuität, Abbrüche und Neuanfänge und damit zusammenhängende emotionale, soziale und materielle Belastungen gekennzeichnet sein. Der Wissenschaftszweig, der sich mit den Übergängen, die das Leben bereithält, auseinandersetzt, die Transitionsforschung, hat festgestellt, dass es gut ist, wenn Kinder lernen, dass auch Zeiten der Veränderung zum normalen Leben gehören und dass sie sie erfolgreich mitgestalten können. Dazu müssen sie die Gelegenheit erhalten, auch kritische Lebensereignisse, Unwägbarkeiten, Brüche und Neustarts als Teil ihres Lebens zu erfahren und dabei eigene Entwicklungen mit positivem Ausgang zu erleben. Eine solche Gelegenheit bietet der Übergang vom Vorschulbereich in die Schule.

Der Wechsel von der vorschulischen Lernumgebung in die Bildungsinstitution Schule ist der erste Prozess von Transition im Leben eines Kindes, den es bewusst erlebt. Er bedeutet für sie, einen Entwicklungsschritt zu machen, der sie vor große Herausforderungen stellt. Sie müssen ihr bekanntes Umfeld mit den gewohnten Normen und Bindungen verlassen und in sehr kurzer Zeit lernen, viele neue Herausforderungen zu bewältigen. Vorhandene tragfähige Bindungen brechen beim Übergang in die Schule unter Umständen vollständig ab, während neue noch nicht aufgebaut sind. Unter diesen Bedingungen der Unsicherheit, die massiven Stress verursachen können, müssen die Kinder ihre körperlichen, sozialen und geistigen Fähigkeiten einsetzen und weiter entwickeln.

Der Start in die Schule wird von ihnen als erfolgreich erlebt, wenn es ihnen gelingt, sich selbst als Schulkind und Teil einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern zu begreifen, den neuen Rollenanforderungen zu genügen und die mit der Ablösung aus dem einen und dem Hineinfinden in den anderen Lebensbereich verbundenen Gefühle zu bewältigen. Die Transitionsforschung hat festgestellt, welchen großen Einfluss es auf die weitere Entwicklung eines Menschen hat, sich bei der Bewältigung eines Übergangsprozesses als erfolgreich oder aber als gescheitert zu erleben: Aus dem Erleben des Erfolges wächst Zuversicht im Hinblick auf künftige Wechsel im Leben, das Selbstwertgefühl wird gestärkt, aus dem Bewusstsein heraus, über nutzbringende Kompetenzen zu verfügen, werden neue Herausforderungen aktiv angegangen, der Schatz positiver Erfahrung bildet die Grundlage, nachfolgende Über-

gangsprozesse mitgestaltend meistern zu können. Dem gegenüber kann ein Misserfolgserlebnis lebenslang wirkende nachteilige Folgen nach sich ziehen: Die Nichtbewältigung eines Wechsels im Leben macht es wahrscheinlich, dass auch nachfolgende Transitionsprozesse nicht erfolgreich enden.

Es kommt also darauf an, die Kinder dabei zu unterstützen, den Übergang vom Vorschulbereich zur Schule erfolgreich zu bewältigen. Das bedeutet zunächst, dass ihnen während ihrer Vorschulzeit größtmögliche Gelegenheit zum Lernen gegeben wird. Weil zwischen dem Selbstkonzept eines Mädchens oder eines Jungen und seinen Leistungserwartungen ein signifikanter Zusammenhang besteht, gehört dazu auch, sie dabei zu unterstützen, ihre eigenen Kompetenzen realistisch selbst einschätzen zu können. Die Schaffung und die Bewusstmachung von Lernvoraussetzungen im Vorschulbereich bewirkt, dass Kinder in der Lage sind, den Herausforderungen der Schule mit einem positiven Selbstkonzept im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit zu begegnen. Zu den Kompetenzen, die ihnen behilflich sind, ihr Leben befriedigend zu gestalten, gehören darüber hinaus Selbstregulation und Empathie sowie die Fähigkeit, tragfähige soziale Bindungen zu gestalten und richtige Entscheidungen zu treffen. Das Bewusstsein der eigenen Identität, die Kenntnis der eigenen Rolle in dem jeweiligen sozialen Zusammenhang und ein stabiles Selbstwertgefühl helfen den Mädchen und Jungen, ihr Leben auch in Zeiten der Veränderung zu gestalten. Der Schulanfang als einschneidendes Lebensereignis birgt im Hinblick auf Leistung und Selbstkonzept Chancen und Risiken für die Entwicklung der Kinder. Das Kind erlebt es als Bestätigung seines Selbstkonzepts, wenn in der Schule an den vorhandenen Lernvoraussetzungen angeknüpft wird. Damit wird eine Grundlage für weiteres erfolgreiches Lernen gelegt. Erfolgt dieses Anknüpfen nicht, kann es zu einem das Kind verunsichernden und frustrierenden Abbruch begonnener Bildungsprozesse kommen. Bei der Gestaltung des Anfangsunterrichts in der Schule muss also die Vielfalt der Lernausgangslagen der .Schulneulinge berücksichtigt werden. Anknüpfen an den vorhandenen Lernvoraussetzungen heißt, dass schulische Lernprozesse am individuellen Entwicklungsstand eines jeden Kindes in unterschiedlichen Bereichen anschließen müssen. Die besondere Herausforderung für den Schulunterricht besteht dabei darin, die wachsende Heterogenität der Schülerinnen und Schüler produktiv aufzunehmen und nicht dem Versuch zu erliegen, sie um einer gleichschrittigen Unterrichtsarbeit willen zu egalisieren.

Schulen müssen die unterschiedliche individuelle Aneignungsweisen und Lernausgangslagen der Kinder positiv und produktiv aufgreifen, wenn sie den Anteil der Kinder, die ihren Schulanfang erfolgreich gestalten, erhöhen wollen. Dazu notwendige Informationen über die unverwechselbaren Eigenheiten jedes Jungen und jedes Mädchens sollten sie sich schon in der Phase des Übergangs von der vorschulischen zur schulischen Bildung aneignen.

Die Fülle der vorliegenden Erkenntnisse über das Lernen in der frühen Kindheit kann folgendermaßen zusammen gefasst werden: Eine den modernen Anforderungen gerecht werdende vorschulische Bildung fördert das kleine Kind um seiner selbst willen, in dem sie ihm die Sicherheit verlässlicher Bindungen und eine lernanregungsreiche Umwelt bereit stellt, seine Bildungsprozesse unterstützt und zur Auseinandersetzung mit neuen Themen herausfordert. Wem es am Herzen liegt, Kinder optimal zu fördern, stellt ihnen Bedingungen bereit, unter denen es Kompetenzen herausbilden kann, die gerade in seiner aktuellen Lebensphase zur Herausbildung drängen. Gleichzeitig werden so auch die Grundlagen dafür gelegt, dass das Kind auf seinem weiteren Bildungsweg optimal vorankommt. Während der Zeit bis zum Schuleintritt erwirbt das Kind nicht nur schrittweise die Voraussetzungen, die es zur alltäglichen Lebensbewältigung benötigt (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2001), sondern es entwickelt darüber hinaus die entscheidenden Vorläuferfertigkeiten sowohl für die schulischen Lernprozesse als auch für sein weiteres lebenslanges Vorankommen.

(aus WIKIPEDIA)

Interview mit Hanne Möller zur außerschulischen Erziehung der Kinder am Beispiel einer Kindertagesstätte / Schülerhort

Frau Hanne Möller ist ehrenamtliche Diözesanvorsitzende im KAB-Diözesanverband München und Freising e. V.

Beruf: Diplompädagogin und Erzieherin, sie betreibt mit ihrem Mann eine private Kindertagesstätte / Schülerhort mit Kindern ab 1. Schuljahr bis 7/8 Klasse aller Schultypen.

Aus welchen Schichten stammen Ihre Kinder?

Frau Möller: Die Kinder kommen aus allen gesellschaftlichen Schichten: Harz IV EmpfängerInnen, Alleinerziehende, AkademikerInnen, Selbständige, HandwerkerInnen, u.s.w. Allerdings kommen fast 70% unsere Kinder über das Jugendamt.

Stellen Sie Schwerpunkte der Herkunft fest?

Wenn mit Herkunft der kulturelle Hintergrund gemeint ist, kann ich sagen, dass es keine Schwerpunkte gibt.

Wir haben viele Kinder mit Migrationshintergrund: aus dem Kosovo, Kongo, Albanien, Brasilien, Iran, Türkei, Italien, Polen, Indien, Vietnam und natürlich deutsche Kinder.

Welche Defizite stellen Sie fest?

Zunächst geht es nicht um eine Betreuung der Kinder auf Grund ihrer Defizite. Die Kinder kommen nach der Schule zu uns bzw. werden mit unseren Bussen abgeholt und abends nach Hause gebracht, weil Ihre Eltern berufstätig sind oder mit der Erziehung und Hausaufgabenbetreuung überfordert sind.

Die Erziehung in unserem Hort ist nicht defizitorientiert, sondern wir versuchen an den Fähigkeiten der Kinder anzusetzen. Dabei ist unser konzeptionelles Ziel, die Kinder bei den schulischen Anforderungen zu unterstützen. Unsere Förderung im schulischen Bereich hat aber auch das Ziel, die Kinder für eine weiterführende Schule oder von einer Förderschule auf eine Regelschule zu qualifizieren.

Wir haben Kinder mit diagnostizierten ADS, ADHS, Legasthenie, Dyskalkulie-Symptomen, die deshalb unsere Unterstützung brauchen. Aber auch viele Kinder, die schlecht Deutsch sprechen, da es ihre Eltern auch nicht beherrschen. Auch hochbegabte Kinder sowie Kinder mit guten kognitiven Voraussetzungen brauchen unsere Hilfe, weil sie z.B. Probleme im Sozialverhalten haben oder lernen müssen, strukturiert und ergebnisorientiert ihre Hausaufgaben zu erledigen.

Wir fördern, erweitern und festigen die sozialen Kompetenzen der Kinder.

Wie begegnen Sie den Defiziten?

- Mit klaren, verlässlichen Strukturen und Regeln, die die Kinder auch mitbestimmen;
- mit Qualifizierte Hilfe und Methoden bei der Bewältigung der Hausaufgaben;
- durch Eltern-/LehrerInnengespräche;
- durch Hilfspläne in Zusammenarbeit mit Hort- Jugendamt- Eltern- LehrerInnen;
- dadurch, dass gelernt wird, Fähigkeiten auszubauen und Schwächen abzubauen bzw. zu akzeptieren, aber auch gelernt wird, dass andere etwas besser oder schlechter können als man selbst;
- dadurch, dass die Toleranzgrenze der Kinder erweitert oder verringert wird;
- dadurch, das Eltern dazu befähigt werden, ihr Kind so anzunehmen wie es ist, aber auch dazu, dass sie die Erwachsenen in der Eltern-Kindbeziehung sind und damit die Richtlinien vorgeben.

Wir erziehen Kinder nicht nach dem Motto: *sich - jetzt . alles - sofort* sondern wir lehren die Kinder, sich durch ihr Verhalten Leistungen zu verdienen. Dazu gehört: Warten können, Vorfreude erleben, etwas durch eigene Leistung erreichen/verdienen können.

Diese Erziehungshaltung ermöglicht den Kindern einerseits die Mitbestimmung, Stärkung des Selbstwertgefühles, Entwicklung einer Vorfreude; und andererseits, wird für die Kinder der Alltag und das Leben überschaubarer, da nicht täglich die Grenzen gesucht werden müssen und auch, dass Erwachsenen nicht alles ermöglichen können und wollen.

Sind die derzeitigen Möglichkeiten ausreichend?

Die Möglichkeiten sind sehr begrenzt. So haben wir als privater Schülerhort für ca. 25 Kinder 5 Bezugspersonen und damit einen sehr guten Personalschlüssel. Die Kinder sind maximal 5/6 Stunden bei uns. Wir sind eine familienergänzende Einrichtung und die Kinder sind vielen Erziehungseinflüssen ausgesetzt wie: Elternhaus, Hort, Schule Freunde/ Verwandte und Vereine. Unsere Möglichkeiten enden da, wo Eltern unsere Erziehung und Förderung nicht oder zu wenig unterstützen.

Wo sind Ihnen Grenzen gesetzt?

Unser oberstes Ziel ist die schulische Unterstützung und Förderung, so dass die Kinder später am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Viele Kinder bräuchten oft eine Eins-zu-Eins-Betreuung bzw. Hilfe bei den Hausaufgaben oder schulischer Förderung. Im personellen Bereich liegen da unsere Grenzen.

So können Eltern mit geringerem Einkommen für ihre Kinder keine Einzelnachhilfe bezahlen. Auch die Förderung in außerschulischen Bereichen (wie Sport, Musik, Tanz oder Kreativität) kann von einem Hort nicht hinreichend abgedeckt werden, und ist nicht kostenneutral für die Eltern zu erhalten. Insofern ist die Chancengleichheit für viele Kinder nicht gegeben.

Oft ist aber auch der passende Schultyp für die Kinder nicht zugänglich. Förderschulen sind überfüllt. Gastschulen, die aus dem Sprengel fallen, haben den Nachteil, dass die Kinder sehr lange An- und Abfahrtszeiten in Kauf nehmen müssen.

Was wünschen Sie sich von der Politik?

- Verlässliche Unterrichtszeiten, vor allem vor und nach den Ferien.
- Mehr Lehrerinnen und Lehrer.
- Aufwertung der Entlohnung für Erzieherinnen und Erzieher.
- Höhere Zuschüsse für Kindertagesstätten.

- In Sachen Betreuungsgeld sollte die Wahlfreiheit der Eltern gegeben sein. Wenn die Kindertagesstätten von der Regierung stärker finanziert werden würden, hätten die Eltern auch mehr Wahlmöglichkeiten.

Das Interview mit Hanne Möller führte Josef Haseneder

Förderung von Kindern armer Familien und Migranten

Standortfaktor wird finanziell berücksichtigt: Stadt München zieht Konsequenzen aus dem Bildungsbericht

Im zweiten Bildungsbericht der Stadt München vom Juni 2010 werden die Bildungsbenachteiligungen in den verschiedenen Stadtteilen sichtbar. Im Mittelpunkt steht dabei die örtliche Bildungsberichterstattung durch einen regelmäßig erstellten Bildungsbericht, um die geplanten und die tatsächlich erreichten Veränderungsprozesse zu vergleichen. Stichwort ist dabei sBildung im Lebenslauf mit der Wertschöpfungskette Bildung%, wie sie bei einer Fachanhörung Mitte Juli 2008 vorgestellt wurde. Schon 2006 wurde in München festgestellt, dass es einen negativen örtlichen Zusammenhang zwischen Kaufkraft und Übertritten auf das Gymnasium gibt. Im April 2011 veröffentlichte die Stadt München einen sChancenspiegel%in dem vier Dimensionen der Bildungsungleichheiten in München%beleuchtet werden: Bildungsungleichheiten nach Geschlecht, nach Migrationshintergrund, nach sozialer Herkunft und bei Kindern und Jugendlichen mit Behinderung. Fazit: %Bildungsungleichheiten führen dazu, dass die Ziele und Potentiale von Bildung nicht in vollem Umfang verwirklicht werden können.% (Chancenspiegel). Grundsatz: Förderung von Institutionen. Die überwiegende Zahl der Fachleute lehnt ein Betreuungsgeld ab. Natürlich schadet das Betreuungsgeld den Eltern nicht, aber es nützt den Kindern nicht. Kinder brauchen eine optimale Förderung, die ihre Fähigkeiten fördert, ein Teil der Eltern ist dazu nicht in der Lage.

Siehe dazu auch Graphik Nr. 41. Die Grafik zeigt deutlich, dass Migrantenkinder deutlich seltener drei Jahre in den Kindergarten gehen, eine der Gründe für die schlechteren Bildungschancen der Migrantenkinder.

Konsequenzen aus den Bildungsberichten:

Die bisherige Bildungsverwaltung soll mit dem Ziel umgebaut werden, Wirkungen von Bildung zu erzielen. Die Bildungsberichte werden flankiert von einer vom Stadtrat gemeinsam beschlossenen Leitlinie, mit den Handlungsfeldern: zielgerichteter Ressourceneinsatz zur Verhinderung der sozialen Spreizung, Ausbau der ganztägigen Bildungsangebote, Stärkung des Übergangsmanagements, Elternbildung von Anfang an und Forcierung der Bildungsentwicklung in Stadtteilen mit geringerer Bildungsbeteiligung durch Bildungslokale und einen Bildungspakt. Selbstkritisch wird bei der Bestandsaufnahme das

DJI . Kinderpanel vom März 2007 zitiert: Die Qualität der sozialpädagogischen Arbeit in Kindertageseinrichtungen wird in der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder sichtbar, aber nicht unmittelbar in den schulischen Leistungen. ... Es zeigen sich kaum kompensatorische Effekte%

Die Münchner Förderformel: soziale Benachteiligungen sollen ausgeglichen werden.

Der Münchner Stadtrat beschloss im Februar 2011 auf Initiative der rot-grünen Stadtratsmehrheit jährlich zu den bisherigen 100 Millionen Euro für die 1.115 Kindertageseinrichtungen zusätzlich 50 Millionen Euro pro Jahr auszugeben. Das Kernstück der neuen Förderformel ist der so genannte **Standortfaktor**. Etwa 25 Prozent der Kindertageseinrichtungen in München erhalten zusätzliche Gelder, um soziale Benachteiligungen von Kindern auszugleichen. Ob eine Kita als „Standorteinrichtung“ eingestuft wird, hängt von ausgewählten Belastungsfaktoren des Münchner Bildungsberichts sowie einem Monitoring des Sozialreferats ab. Der größte Anteil der Extra-Förderung fließt in zusätzliches Personal und bessere Betreuung . die verlässlichste Basis für gute Bildung. Pro Kindergruppe kann bei Bedarf ein Platz für Kinder in besonderen Lebenslagen zur schnellen und unkomplizierten Belegung vorgehalten werden. Das kommt nicht zuletzt Kindern mit besonderem Förderbedarf zugute, seien es Kinder aus bildungsfernen Schichten, mit Migrationshintergrund oder mit Behinderung. Alle Träger, die von der „Münchner Förderformel“ profitieren wollen müssen ihre Arbeit gegenüber der Stadt detaillierter als bisher offen legen, am städtischen Abgleichsverfahren in Bezug auf vorgemerkte Kinder teilnehmen, das pädagogische Konzept und die Gebühren im Internet veröffentlichen. Die „Münchner Förderformel“ ist auch für eine relativ reiche Stadt wie München ein finanzieller Kraftakt. Grund- und Hauptschulen werden auch in München vom bayerischen Kultusministerium geleitet, den Schulaufwand übernimmt die Stadt München. In den Berufsschulen und einigen städtischen Realschulen und Gymnasien kann die Stadt München eigene Akzente setzen, so gibt es in allen städtischen Realschulen und Gymnasien Ganztagsangebote. Die Gesamtausgaben des Referats für Bildung und Sport betragen für das Jahr 2011 1,403 Milliarden Euro. Eine Förderformel für den Schulbereich müsste gefunden werden, die den Standortfaktor berücksichtigt, doch kann dies wie im vorschulischen Bereich nur schwer durch zusätzliche Ausgaben erreicht werden. Als nächstes plant der Münchner Stadtschulrat Reiner Schweppe den Ausbau des schulischen Ganztagsbereichs, der bisher nur von zwei Prozent aller Münchner Schüler besucht wird. Für den Stadtschulrat bietet die gebundene Form der Ganztagsangebote qualitativ die meisten Chancen. Vorausgesetzt natürlich, dass sie gut gemacht ist.

Im Februar 2011 beschloss der Stadtrat auf Vorschlag des Stadtschulrats eine Serviceagentur für Ganztagsbildung einzurichten, die die Schulen bei der Einrichtung von Ganztagsangeboten beraten sollen. Die zehn Mitarbeiter kommen aus verschiedenen Abteilungen des Bildungsreferats, aber auch aus dem Sozialreferat und dem Kulturreferat. Der Stadtschulrat möchte so den Ausbau des gebundenen Ganztags in den Schulen vorantreiben, dies ist aus seiner Sicht die beste Form der Förderung der Schüler.

Förderung von Migranten.

Viele Jahre war die vorherrschende Meinung in Deutschland, dass die meisten Gastarbeiter nur für eine begrenzte Zeit, also als Gäste in Deutschland arbeiten und danach wieder in ihr Heimatland zurückkehren. Erst vor einigen Jahren wurde durch die damalige rot-grüne Bundesregierung, diese Meinung korrigiert und eine aktive Integrationspolitik begonnen. Zur Integration gehört die Beherrschung der deutschen Sprache. Das Bundesamt für Migration unterstützt mittlerweile durch Integrationskurse von bis zu 900 Stunden das Erlernen der deutschen Sprache. Trotzdem können vor allem viele weibliche Migranten nur unvollständig die deutsche Sprache, aber auch nicht so wenige deutsche Jugendliche haben keine guten deutschen Sprachkenntnisse, die Voraussetzung für eine Berufsausbildung ist. Migrant*innen scheitern im Schulsystem vor allem wegen mangelnder Deutschkenntnisse.

Jugendliche mit Migrationshintergrund haben deutlich größere Probleme als Deutsche einen Ausbildungsbetrieb zu finden. Das zeigt die Schulabgängerbefragung 2008 vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Nur 33 Prozent der Befragten, die sich einen Ausbildungsplatz wünschten, schafften den Sprung in eine Lehre (Deutsche: 58 Prozent). 2006 waren es noch 42 Prozent gewesen; 2005 nur 24 Prozent.

Betrachtet man die Ausbildungsbeteiligungsquote - also den Anteil der ausländischen Auszubildenden an allen ausländischen Jugendlichen - ergibt sich ein noch fataleres Bild. Sie ist von 34 Prozent im Jahr 1994 auf 23,9 Prozent im Jahr 2007 gefallen. Zum Vergleich: Die Ausbildungsbeteiligungsquote deutscher Jugendlicher lag 2007 mit 57,6 Prozent mehr als doppelt so hoch. Die Bewerberbefragung der Bundesagentur für Arbeit (BA) und vom BIBB Ende 2008 ergab: 17 Prozent der Lehrstellensuchenden mit Migrationshintergrund beginnen Kurse an der Berufsfachschule, die nicht zu einem Berufsabschluss führen oder absolvieren das Berufsgrundbildungsjahr sowie das Berufsvorbereitungsjahr. Bei den Deutschen sind es 11 Prozent. Dabei haben nach den Ergebnissen der BIBB-Übergangsstudie Jugendliche mit Migrationshintergrund nach der allgemein bildenden Schulzeit ein ebenso hohes Interesse an einer Berufsausbildung wie deutsche Jugendliche.

Auch wenn Jugendliche aus Migrantenfamilien den gleichen Abschluss aufweisen wie einheimische Jugendliche, sind ihre Chancen auf dem Ausbil-

dungsmarkt deutlich geringer. Dies ging aus der Schulabgängerbefragung 2008 hervor: Nur 23 Prozent der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten Zuwandererkinder mit Hauptschulabschluss, die in den letzten 15 Monaten eine Lehrstelle gesucht haben, waren erfolgreich. Bei den deutschen Hauptschülern sind es immerhin 24 Prozent. Bei den Realschülern mit Migrationshintergrund schaffen es nur 32 Prozent, in einem Betrieb unterzukommen (ohne Migrationshintergrund: 43 Prozent).

Besondere Schwierigkeiten haben Jugendliche mit türkischen und arabischen Eltern. Von ihnen begannen nach Abschluss des Vermittlungsjahres 2006 nur 20 Prozent eine betriebliche Ausbildung. Bei den Aussiedlern waren es immerhin 33 Prozent. Bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund betrug der Anteil 40 Prozent. Die schlechteren Chancen der Bewerber mit türkisch-arabischem Hintergrund sind nach Angaben des BIBB zum Teil mit im Schnitt weniger guten Schulabschlüssen erklärbar. Zum Teil auch dadurch, dass sie besonders oft in Großstädten mit allgemein schwieriger Beschäftigungslage leben. Das BIBB weist jedoch darauf hin, dass diese Umstände nicht den gesamten Unterschied in den Bewerbungschancen erklären können.

Quelle: Schulabgängerbefragung 2008 des Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB).

Soziale Trennung in Schulen und in der Elitenbildung

Nicht nur in den Münchner Bildungsberichten wurden ein enger Zusammenhang des Bildungsweges von Kindern und Jugendlichen zwischen sozialer Situation, gesellschaftlicher Stellung der Eltern und ihre Berufsausbildung festgestellt. Internationale Vergleichsstudien u. a. die so genannten PISA-Studien der OECD, d.h. der Organisation für wirtschaftliche Entwicklung, der derzeit 34 zumeist wirtschaftlich entwickelte Länder angehören mit dem Sitz in Paris zeigen folgendes Ergebnis für Deutschland: Es gibt relativ viele Jugendliche, die schlecht lesen können. Auch die sehr guten sind in Deutschland im internationalen Vergleich zu wenige. Allerdings gibt es durchaus auch Beispiele, dass Schulen trotz dieses Zusammenhangs einen höheren Anteil von Schülern zu so genannten höheren Abschlüssen führen können. Das gegliederte Schulsystem in Bayern mit Hauptschulen und Mittelschulen, Realschulen, Gymnasien und dazu noch einem differenzierten Förderschulbereich ist auch für Fachleute nicht so leicht zu verstehen. Darüber hinaus gibt eine Vielzahl von Schulen im beruflichen Bildungsbereich wie Berufsfachschule Fachschulen und Fachakademien. Bisher werden Kinder frühzeitig in verschiedene Schulen verteilt. Die Trennung der Kinder nach der 4. Klasse in verschiedene Schularten führt zu einem großen Druck in den Grundschulen. Nachhilfe wird spätestens in der 3. Klasse für viele Kinder eher zur Regel als zur Ausnahme. In Deutschland wird in der Nachhilfe genauso viel umgesetzt

wie bei McDonalds in Deutschland. Hinzu kommt die Ausweitung des privaten Schulsystems. Traditionell haben die Kirchen eigene Schulen, vorrangig im Gymnasial - und Fachschulbereich. Hinzu kommen seit vielen Jahren Montessori und Waldorf-Schulen. Seit einigen Jahren gibt es zusätzlich rein kommerziell orientierte Privatschulketten, die sich an ein hochpreisiges Publikum wenden. Am deutsche Schulsystem wird kritisiert, dass z.B. jeder fünfte 13-jährige Schüler (vgl: Spiegelonline vom 26.November 2009, kann kaum lesen und rechnen. Dies ist für die betroffenen Schüler schlecht, aber auch für die Gesellschaft, da Bildung als mittlerweile der entscheidende Treiber für Innovation und Wohlstand angesehen wird. So hat die Bertelsmann-Stiftung ausrechnen lassen, dass wenn nicht frühzeitig und genügend in die Bildung der Kinder und Jugendlichen, dem Staat in den nächsten 80 Jahren bis zu 3 Billionen Euro verloren gehen. Jörg Dräger, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung bringt es auf den Punkt: *„Lieber früh investieren, als spät reparieren.“* Die Reparaturkosten sind oft ein Vielfaches größer als die frühzeitige Investition.

Der Begriff der Elite ist differenziert zu betrachten: Herkunft, Geld und Verstand. Oft entscheidet allerdings immer noch die Herkunft und das finanzielle Vermögen über die Karrieren von Menschen, wie die Zusammensetzung der Vorstände großer Unternehmen immer noch ausweist.

Berufliche Aus- und Weiterbildung (Duales System)

Duales berufliches System Kernstück der beruflichen Aus- und Weiterbildung Hermann Schmidt, bis 1997 Generalsekretär des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) sah schon früh Veränderungen in der Arbeitsorganisation voraus, mit Folgen für die Berufsausbildung. Routinetätigkeiten wurden automatisiert. Es ist eine menschliche, betriebspolitische Entscheidung, ob die Arbeit mit Arbeitsaufgaben angereichert und der Trend weg von der Großtechnologie hin zur Dezentralisierung von Arbeitsstätten gegangen wird.

Personen, die wenige Handgriffe beherrschen müssen, können schneller ersetzt werden als qualifizierte Facharbeiter. Allerdings ist auch die Produktion mittlerweile so differenziert worden, dass der Trend in der Berufsausbildung nach wie vor zu qualifizierteren Berufen und anspruchsvolleren Inhalten anhält, wie auch die Profis in der Berufsausbildung berichten. Auch die Verknüpfung von Berufsausbildung mit dualen Studiengängen wird ausgebaut. Die Auszubildenden sind dabei durchgängig bei ihrem Arbeitgeber beschäftigt und verdienen dabei auch während ihrer Studienzeiten.

Peter Schnur vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg sah Ende des letzten Jahrhunderts folgende 7 Trends der Wirtschafts- und Arbeitswelt:

- **Technologische Revolution** durch Informations- und "sanfte" Technologien (Mikroelektronik, Mikrosystemtechnik, Lichttechnik, Biotechnik, Solartechnik usw.)
- **Ökologisierung des Wirtschaftens** durch Umweltschutz
- **Internationalisierung des Wirtschaftens** durch Überwindung der Grenzen
- **Individualisierung der Arbeitswelt** durch Wertewandel und Informationstechnologien (Wunsch nach Handlungs- und Zeitsouveränität)
- **Hohe Frauenerwerbstätigkeit** durch Wertewandel und sozialen Wandel
- **Alterung der Industriegesellschaften** durch niedrige Geburtenziffern
- **Zunahme der internationalen Wanderungen** durch Weltbevölkerungsexplosion, Umwälzungen und Entwicklungsunterschiede."

Seit 1980 ist die Zahl der westdeutschen Beschäftigten ohne Berufsausbildung um fast ein Drittel gesunken. Im gleichen Zeitraum hat sich dagegen die Zahl der Beschäftigten mit Hochschulabschluss fast verdoppelt. Der Trend zur Höherqualifizierung ist ein branchenübergreifendes Phänomen, abnehmen werden die Bereiche Herstellen, Reparieren, Maschinen einstellen und warten.

Interessant sind aber die **Perspektiven für Wachstum und Beschäftigungszuwächse**: Je niedriger das Bildungsniveau der Arbeitnehmer in einer Branche, desto geringer ist das Wachstum und der Zuwachs an Arbeitsplätzen. Der Wandel des Qualifikationsprofils, d.h. der Trend zu höheren Qualifikationsanforderungen, schafft und sichert Arbeitsplätze. Umgekehrt werden Arbeitskräfte mit einfachen Kenntnissen zunehmend durch besser Ausgebildete ersetzt. In Zahlen: **Ohne Berufsabschluss** waren 1980 circa 36 Prozent aller sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer · 1996 waren es nur noch 23 Prozent. Eine **abgeschlossene Ausbildung** hatten 1980 rund 60 Prozent der Beschäftigten, 1996 knapp 70 Prozent, einen **Hochschulabschluss** hatten 1980 nur 4 Prozent, 1996 waren es annähernd doppelt so viele. Ein Beispiel: im Verarbeitenden Gewerbe ist die Zahl der Beschäftigten ohne Berufsausbildung von 1980 bis 1996 um 47 Prozent gesunken, die der Akademiker um 66 Prozent gestiegen. Die 18 Branchen mit **niedrigem Bildungsniveau** bauten seit 1980 Arbeitskräfte ab, die 11 Branchen mit **mittlerem Bildungsniveau** investierten verstärkt in neue Maschinen und Anlagen, dort ist der Kapitaleinsatz am stärksten gestiegen. Die 15 Branchen mit **hohem Bildungsniveau** verfolgten eine Strategie der Markterweiterung. Die Wirtschaftszweige mit einfachen Qualifikationen verlagerten einen Teil ihrer Produktion · zumeist in Entwicklungsländer oder Niedriglohnländer.

Situation der dualen Berufsausbildung

Zum ersten Mal hat sich im Herbst 2011 die Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt entspannt, ohne schon als gut bezeichnet werden zu können. Sonst hat sich jedes Jahr der Streit im Herbst zugespitzt, wie viele Ausbildungsplätze fehlen. Wenn z.B. auf einen Bewerber 0,94 Lehrstellen kamen, das bedeutete dies, dies nicht ausreicht. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts müssten mindestens 1,125 Angebote pro Bewerber zur Verfügung stehen, sonst kann der Staat gezielt eingreifen. Trotz Senkung der Zahl der Schulstunden in vielen Berufsschulen und ihre gezielte Konzentration auf einen Berufsschultag, Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und der Senkung der Anforderungen an die Ausbilderqualifizierung fehlen immer noch in vielen Regionen Ausbildungsplätze - auch wenn dies aus der Sicht der Gewerkschaften und der Wirtschaftsverbände unterschiedlich gesehen wird. Aus der Sicht der Gewerkschaften muss ein finanzieller Ausgleich zwischen den Betrieben, die nicht ausbilden und den Ausbildungsbetrieben durch eine Umlagefinanzierung gesetzlich festgeschrieben werden. Die Umlagefinanzierung kann durchaus branchenbezogen oder regionalorientiert konzipiert werden. Ziel der Umlagefinanzierung soll eine Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze sein.

Ohne Ausbildung schlechte Karten

Felix Rauner und Gerald Heidegger untersuchten die langfristig bedeutsamen strukturellen Gründe für den Mangel an Ausbildungsplätzen. In den **Großbetrieben** setzt sich ein straffes Kostenmanagement bis in die einzelnen Abteilungen durch, das am kurzfristigen Erfolg orientiert ist. Der Nutzen der Berufsausbildung wird jedoch erst auf längere Sicht wirksam. In manchen Großbetrieben wird daher die Berufsausbildung entweder zurückgestutzt, ausgelagert oder gar aufgegeben. Der langfristige Nutzen, z.B. in Form von verringerten Einarbeitungs-, Fortbildungs- oder Fluktuationskosten wird in der reinen Kostenrechnung der Berufsausbildung oft nicht sichtbar. Allerdings haben die Chefs vieler Betriebe mittlerweile festgestellt, dass angesichts der geringen Geburtenrate in Deutschland eine rechtzeitige Investition in die Berufsausbildung für die Betriebe überlebensnotwendig ist.

Anders sieht die Lage im **Handwerk** aus, das immer circa ein Drittel aller Ausbildungsplätze stellt und damit der bedeutsamste Ausbildungssektor ist. Die nachlassende Ausbildungsintensität liegt weniger an der Kosten-Nutzen-Relation der Betriebe, sondern an den manchmal von den Jugendlichen nicht erreichbaren Anforderungen an die Ausbildung.

Der ausgeweitete **Dienstleistungsbereich** hat in den letzten Jahren versucht durch die Modernisierung von Berufen auch an der Schnittstelle von Produktion/Technik z.B. im IT-Bereich zukunftsfähige und attraktive Berufe für Realschüler und Abiturienten zu entwickeln. Ein Problem sind allerdings nach

wie vor die vorzeitig abgebrochenen Ausbildungsverträge, die meisten werden im ersten Ausbildungsjahr aufgelöst. Manche Jugendliche kommen mit den Berufsanforderungen nicht zurecht, andere haben etwas Besseres gefunden, oder die Ausbildungsbetriebe sind mit der Leistung und der Motivation der Auszubildenden nicht zufrieden.

Die Kosten der dualen Berufsausbildung werden im Zeitalter von shareholder-value oft unter dem Gesichtspunkt der kurzfristigen Gewinnerwartung betrachtet. Berufsausbildung zahlt sich aber erst nach mehreren Jahren aus, daher warnen Ausbildungsleiter vor einer kurzfristigen Personalplanung und plädieren für eine stetige Ausbildungsquote, auch wenn die Auftrags- und Ertragslage der Unternehmen nicht so positiv ist. Der Facharbeiterüberschuss kann schnell zum Facharbeitermangel werden. Langfristig zahlt es sich für die Betriebe aus, rechtzeitig qualifiziertes eigenes Personal auszubilden.

Menschenrecht auf Arbeit und neues Arbeitsverständnis

Die Berufsausbildung führt die Auszubildenden in die Arbeitswelt ein. Die Kirchen betonen wie wichtig die Erwerbsarbeit für die meisten Menschen ist, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben schafft. "Aus christlicher Sicht ist das Menschenrecht auf Arbeit unmittelbarer Ausdruck der Menschenwürde. Der Mensch ist für ein tätiges Leben geschaffen und erfährt dessen Sinnhaftigkeit im Austausch mit seinen Mitmenschen." Jugendliche brauchen daher ein angemessenes und differenziertes Angebot an Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten. Aus der Sicht der Kirchen hat sich das duale System der Berufsausbildung bewährt, allerdings "ist es Aufgabe der Politik, im Interesse der Jugendlichen steuernd einzugreifen, um möglichst allen ausbildungssuchenden Jugendlichen eine entsprechende Ausbildung zu ermöglichen."

Situation der Jugendlichen

Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Rationalisierung haben "das Zentrum der Jugendphase erreicht, indem sie ihren Sinn in Frage stellen." Die hohe Arbeitslosigkeit - oft diskutiert als Krise der Arbeitsgesellschaft- wird dann zum zentralen Problem der Jugendphase. Jugendstudien zeigen deutlich, "dass von allen Problemen am stärksten die Probleme der Arbeitswelt die Jugend beschäftigen und nicht die klassischen Lehrbuchprobleme der Identitätsfindung, Partnerwahl und Verselbständigung." Trotz dieses Befundes orientieren sich Jugendliche weiterhin an Werten, die in einem längerfristigen Sozialisationsprozess erworben werden. In diesem Zusammenhang ist auch der Prozess der Berufsausbildung zu sehen, in dem wesentliche Werte für die spätere Berufstätigkeit vertieft oder gelernt werden. Die Abnahme von traditionellen Werten wie Pflichtbewusstsein usw. bedeutet aber nicht ihre grundsätzliche Ablehnung. Es hat sich eine Verschiebung der Werte entwickelt: die teilweise Abnahme von traditionellen Werten bei gleichzeitiger Zunahme von Werten der Selbstentfaltung. Nicht nur Jürgen Barthelemy vom Deutschen Jugend-

institut (DJI) betont dabei, dass Jugendkulturen in der Familie beginnen, die Werteorientierung somit in der Familie grundgelegt wird oder auch nicht.

Perspektiven der beruflichen Berufsausbildung - Beruf oder Modul ?

Die Diskussion über das Ende der Arbeits- und Erwerbsgesellschaft führte auch zu einer Diskussion über die Notwendigkeit und Zukunftsfähigkeit des deutschen Berufskonzepts. Angesichts von Millionen fehlender Arbeitsplätze, hohen Kosten der deutschen Berufsausbildung und angeblich starrer Ausbildungskonzepte stand das deutsche Berufskonzept zeitweilig stark unter Druck, doch die Finanzkrisen haben gezeigt, dass Deutschland mit seinem dualen beruflichen Ausbildungskonzept und einer starken Industrie, die Finanzkrise relativ gut überstanden hat. Fehlende Ausbildungsplätze u.a. für schwächere Jugendliche führten zu Überlegungen z.B. einen Ausbildungsberuf in mehrere abgeschlossene Abschnitte, also Module zu zerlegen, die dem Jugendlichen als Zertifikat übergeben werden können, wenn er nicht bis zum Abschluss der Ausbildung durchhält. Manche Arbeitgeber könnten sich auch vorstellen, kürzere Ausbildungsgänge in Modulform für schwächere Jugendliche anzubieten. Die Module in der Berufsausbildung können in gleicher Weise in der beruflichen Weiterbildung, z.B. für Un- und Angelernte oder Langzeitarbeitslose eingesetzt werden. Die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) können sich Module in der Weiterbildung gut vorstellen und sind offen für Abschnittsprüfungen im Rahmen einer fest vereinbarten zu meist dreijährigen Ausbildung. Der DGB wendet sich aber gegen Module in der Ausbildung, wenn sie zu Kurz- oder Stufenausbildungen führen können, bei der nur ein Teil der Auszubildenden den vollen Berufsabschluss erreichen wird. Im Gegensatz zum Modul steckt im Berufsprinzip die Idee des "Freien Berufs", der Profession. Der Freiberufler und der Facharbeiter zeichnen sich durch eine außerordentliche Kompetenz in einem Beruf aus, der in der Lage ist, "auf seinem Gebiet einen Auftrag unabhängig und eigenverantwortlich zu übernehmen und von Anfang bis Ende zu erledigen." Diese berufliche Ausbildung ist nicht auf eine bestimmte Arbeitstätigkeit im Betrieb gerichtet, sondern stärkt die Kompetenz des späteren Erwerbstätigen "sich in sehr unterschiedlichen, einzelnen Situationen des Berufs zurechtzufinden." Die Kompetenzen sind kein starres Gerüst, sondern ein "flexibles Set von Fähigkeiten, auf das die Person in unterschiedlichsten Situationen zurückgreifen kann und das sie weiterzuentwickeln vermag." Zur fachlichen Handlungskompetenz wird dem Beruf ein Vertrauen in die eigene Person zugesprochen, das den "Kern einer autonomen und souveränen beruflichen Handlungsfähigkeit ausmacht."

Neue Berufe

Die neuen Berufe wurden z. Teil im Rahmen neuer Strukturkonzepte für die Berufe entwickelt. Kennzeichen sind: Bündelung mehrerer Ausbildungsberufe zu einem neu gestalteten Beruf, bisherige Berufs- und Ausbildungsbereiche

werden durch die Neuentwicklung neuer Berufe weiterentwickelt und für Beschäftigungsbereiche, die bislang keine dualen Ausbildungsgänge hatten, wurden neue Berufe und neue Schnittstellenberufe entwickelt (z.B. die IT-Berufe und der Mechatroniker). "Die systematische Verknüpfung von Erstausbildung und Kompetenzerweiterung eröffnet die Perspektive auf den wachsenden Bedarf" an Spezialisierungen und Qualifizierungen schnell und gezielt zu reagieren. Damit können Kompetenzprofile erweitert werden und auf den besonderen Bedarf einzelner Berufsfelder abgestimmt werden. Die Betriebe haben den Vorteil, die Verwertbarkeit der jeweiligen Qualifikation zu erkennen. Die Jugendlichen erhalten Perspektiven für die eigene Entwicklung, während erfahrene Fachkräfte eine Orientierung über die neuen Tätigkeitsfelder erhalten.

Neue Konzepte

Die Integration des Lernens in die Arbeit und die stärkere Verknüpfung der Berufsausbildung mit der Produktion senkt die Kosten, da die Berufsausbildung nicht selten zuerst unter dem Aspekt der kurzfristigen Kostenreduktion gesehen wird. Ein anderer Strang ist die Wiederentdeckung der Erfahrung und gleichzeitige Neustrukturierung des Erfahrungswissens. Verschiedene Modellversuche, u.a. bei der Wacker-Chemie in Burghausen, im Bereich auch des Berufs des Friseurs zeigen deutlich, dass ein vertieftes reflektiertes in der Ausbildung gelerntes Erfahrungswissen zu einer Aufwertung des Menschen als Handlungsträger auch in der Großchemie führt. Bei der Wacker-Chemie gibt es bei den Leitständen der Großanlagen bis zu 1600 Sensoren, entscheidend ist jedoch, die angehenden Facharbeiter so auszubilden, dass sie die Großanlagen so vielfältig mit ihren Sinnen kennen gelernt haben, dass sie handeln können, bevor die Sensoren reagieren.

Kooperation Ausbildung/Berufsschule

Im dualen System gibt es in Regel die zwei Kooperationspartner Betrieb und Berufsschule. Zwischen einem Großbetrieb wie z.B. Siemens und der Berufsschule ist die Kooperation noch relativ einfach, wenn eine komplette Schulklasse aus Auszubildenden von Siemens besteht. Die Lehrkräfte dieser Klasse können mit den Ausbildern in engen Kontakt treten und den Ausbildungsrahmenplan und den Berufsschullehrplan eng aufeinander abstimmen. Schwieriger ist es schon im Handwerksbereich, wenn dreißig Auszubildende in dreißig verschiedenen Betrieben lernen. Hier ist eine enge Kooperation letztlich reines Wunschdenken. Die Kooperation zwischen Praxis und Theorie ist die Stärke des dualen Berufsausbildungssystems. Allen Beteiligten sind die Mängel bewusst, Abhilfe kann wahrscheinlich nur durch eine verstärkte Verbundausbildung schaffen. In der Berufsschule zählt Religion oder Ethik zu den Pflichtfächern, bei denen auch sozialethische Themen zum Kerncurriculum gehören.

Berufsausbildung der Zukunft

Lebenslanges Lernen wird auch die berufliche Bildung in Zukunft prägen.

Schon 1997 gaben 1000 Experten folgende Einschätzung für die berufliche Bildung im Jahr 2020 ab, die schon vielfach jetzt notwendig sind: Die Menschen müssen lernen, mit der Informationsflut zu leben. Daher brauchen die Jugendlichen zuerst ein gutes Allgemeinwissen in Mathematik, Physik, Biologie und Geschichte. Daran kann ein Spezialwissen aufgesetzt werden. Das Basiswissen allein reicht nicht für das ganze Leben, die Menschen müssen die Fähigkeit und Bereitschaft entwickeln, ständig zu lernen. Die Konsequenzen für die Berufsausbildung: Die Fachkompetenz bleibt weiterhin wichtig, doch dazu kommt das Lernen von sozialen und lerntechnischen Fähigkeiten. Die Ausbildung wird immer stärker mit der Weiterbildung verknüpft werden - eine Aufgabe für die Berufsbildungsforschung und das BIBB, das die Berufsbilder in Kooperation mit den Tarifparteien überarbeitet und neu entwickelt.

Für den ehemaligen BIBB-Generalsekretär Hermann Schmidt gibt es aus dieser Bestandsaufnahme drei Prinzipien für die Qualifikation der Zukunft:

Das **Lernprinzip**: Den auch in Zukunft zu erwartenden schnellen Qualifikationsänderungen können wir am besten durch eine duale Organisation von Arbeiten und Lernen auf allen Ebenen des Bildungswesens auf der Spur bleiben. In der Ausbildung, in der Weiterbildung und im Studium."

Das **Berufsprinzip**: Das in der deutschen Berufsbildung verankerte Berufsprinzip kann dem in Zeiten des Wandels oft verunsicherte Individuum eine soziale Verankerung bieten. Die gesellschaftliche Anerkennung und Statusbildung wird dabei mit einer qualifikatorischen, sozialversicherungsrechtlichen und tariflichen Verankerung verknüpft.

Das **Konsensprinzip**: Die Berufe werden bisher im Konsens der Tarifparteien unter der Moderation der Mitarbeiter des BIBB modernisiert oder neu entwickelt. Angesichts einer schwierig vorhersehbaren Qualifikationsentwicklung ist eine enge Abstimmung und gemeinsamer Austausch über die Ziele der Ausbildung zwischen den Tarifparteien untereinander und dem Staat sinnvoll. "Nur auf diese Weise kann sichergestellt werden, dass die wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen und der Staat ständig eine gemeinsame Anpassung der Ziele und Inhalte der Qualifikation - gemessen an der sich entwickelnden Realität - vollziehen und damit die bestmögliche Berufsbildungsplanung verantworten."

Selbst so mancher Arbeitgeberfunktionär, der vielleicht manchmal eine kürzere Ausbildung bevorzugen würde, hat sich bisher dem fachlichen Votum der betrieblichen Experten angeschlossen, da diese ja am besten wissen, welche Anforderungen an die Berufe heute gestellt werden.

Auch die Kultusministerkonferenz (KMK) hat vor vielen Jahren Überlegungen

zur Weiterentwicklung der Berufsbildung angestellt.

Im Mittelpunkt stehen dabei Überlegungen zu einer Berufsausbildung in Basisberufen als Grundlage eines Berufskonzepts. Kennzeichen ist eine breite berufliche Handlungsfähigkeit verbunden mit einer speziellen Vertiefung sowie einer Ausprägung überfachlicher Kompetenzen. Von Anfang an soll der Zusammenhang zwischen Aus- und Weiterbildung definiert werden. Der Kernbereich des Basisberufs wird wie bisher bundeseinheitlich geregelt, ein Drittel der Ausbildungszeit soll betriebs- und regionalspezifisch geregelt werden. In der Konsequenz muss für die KMK u.a. das gesamte Prüfungssystem in der dualen Berufsausbildung geändert werden. Der Schwerpunkt in der Ausbildung wird auf der Vermittlung von Schlüsselqualifikationen liegen, die Berufsschule wird dabei neu und vertieft gefordert, wenn sie das "Grundsätzliche" und "Wesentliche" herausarbeiten soll und den Transfer einleiten soll. Die Konsequenz ist die Entwicklung von beruflichen Kompetenzzentren für Berufsgruppen. Auch die Kooperation der Lernorte wird an zusätzlicher Bedeutung gewinnen, ein integrierter Berufsbildungsplan soll die Kooperation der Lernorte fördern und die spezifischen Möglichkeiten der verschiedenen Lernorte zur Geltung bringen. Auch vollschulische Bildungsgänge sollen möglichst mit Betrieben verzahnt werden.

Vision: eigenständiges duales System bis zur Hochschule

Das Grundprinzip des dualen Systems ist die enge Verknüpfung von Lernen und Arbeiten. Für Hermann Schmidt könnte dieses System auf alle Stufen des Bildungssystems übertragen werden, dabei könnte das Staatsmonopol eingeschränkt werden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind an der Planung, Durchführung, Kontrolle und Zertifizierung der Bildungsprozesse in Aus- und Weiterbildung beteiligt. Das Konsensprinzip sichert für alle die Mitwirkung und verpflichtet zu ständiger Anpassung der Ziele und Inhalte der Aus- und Weiterbildung. Schmidt fordert die "Dualisierung des gesamten Bildungssystems". Einschließlich der Übertragung der Rahmenbedingung des dualen Ausbildungsbereichs auf die berufliche Weiterbildung und den Hochschulbereich. Die wechselseitigen Informationsdefizite über die schulischen Teilbereiche könnten so abgebaut werden. Doch noch fehlt weitgehend ein dualisiertes Studium: "Ein duales Studium, in dem der Betrieb als Lern- und Studienort fester Bestandteil ist, hat neue, ausgestattet mit einer Empfehlung des Wissenschaftsrates, gute Aussichten auf Realisierung." Die Verbindung von dualer Ausbildung und dualem Studium wird zunehmend zumindest bei Großbetrieben eingesetzt, um die zukünftigen Führungskräfte für die Entwicklung und Produktion breit auszubilden und gleichzeitig auch eine betriebliche Karriereperspektive zu bieten. Ein gemeinsames Curriculum von Betrieb und Hochschulen ist in diesen Berufen entwickelt und abgestimmt worden. Die Dualisierung bringt vielfältige Synergieeffekte, die Reduzierung von Kosten und Ausbildungszeiten und die Bindung schon der Auszubildenden an einen Betrieb. Nicht wenige Ausbildungsbereiche sind mit der Weiterbildung gekoppelt und

bieten z. Teil auch für Externe ihre Leistungen an.

Neue Herausforderungen: Internationalisierung

Im Hochschulbereich gibt es seit längerem den Trend international seine Angebote zu verbreiten und auch z.B. Niederlassungen amerikanischer Hochschulen in Deutschland zu gründen. Hinzu kommt der Wettbewerb zwischen den großen amerikanischen Universitäten mit ihren nicht selten Milliarden schweren Stiftungen und den deutschen bzw. europäischen Hochschulen, die stärker vom Staat finanziert werden. Die Spaltung der Gesellschaft zeigt sich auch in Aufteilung der Kinder in verschiedene Schulen und dem wachsenden Privatschulensektor, dessen überwiegenden Kosten auch vom Staat übernommen werden.

Als nächste Herausforderungen darf man die stärkere Europäisierung der Bildungslandschaft begreifen: ein europäischer Qualifikationsrahmen wurde vor Jahren verabschiedet, der deutsche Qualifikationsrahmen ist weitgehend ausgearbeitet, bei der die verschiedenen Abschlüsse 8 Niveaustufen und 3 Kompetenzbereichen zugeordnet werden. Zusätzlich wird es ab 1.1.2012 ein Gesetz in Kraft treten, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse regelt und eine größere Durchlässigkeit bedeutet. Hier wird es vor allem darauf ankommen, dass . wie z. Teil im Hochschulbereich geschehen . schönen Überschriften nicht den angegebenen Inhalten entsprechen.

(Gerhard Endres)

Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose

Weiterbildung für Empfänger von Arbeitslosengeld I und Alg II ist prinzipiell möglich, aber einen Anspruch darauf haben sie nicht.

Häufig orientiert sich die Qualifizierung nicht an der arbeitssuchenden Person, sondern vielmehr an den statistischen Vorgaben der Agentur für Arbeit bzw. ARGE oder den Bildungsträgern. Die Weiterbildungsmöglichkeiten müssen sich am Arbeitssuchenden orientieren, an dessen Bedürfnissen und den Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt. Sie müssen sinnvoll und effizient sein und sollten überwiegend zu Erfolg führen.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung evaluierte jüngst die arbeitsmarktpolitischen Instrumente (IAB-Kurzbericht 11/2011) und kam zu dem Schluss, dass sich die Förderung an den jeweiligen Bedarfen der Arbeitslosen orientieren muss, um Arbeitslose mithilfe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen schneller und besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können. Die Evaluationsergebnisse zeigten generell, dass alle Instrumente zwar ihre Be-

reichtigung haben, aber nicht die Beschäftigungschancen aller Personen verbessern können, sondern nur bestimmter Gruppen.

Das IAB zog folgende wichtige Schlüsse aus der Evaluation:

- Keine der bisherigen arbeitsmarktpolitischen Instrumentengruppen ist überflüssig. Die meisten Maßnahmen können die Beschäftigungschancen zumindest für bestimmte Personengruppen erhöhen. **Verbesserungspotenzial besteht vor allem bei der Zielgenauigkeit der Teilnehmerauswahl**
- Die **Vermittlung an Dritte zeigt keine merklich positiven Ergebnisse**, was die Integration in den Arbeitsmarkt anbelangt
- Eingliederungszuschüsse, betriebliche Trainingsmaßnahmen und die Gründungsförderung haben besonders positive Effekte auf die Beschäftigungschancen der Geförderten. Bei diesen Maßnahmen besteht aber ein **Risiko von Mitnahme-, Substitutions- und Verdrängungseffekten**.
- Berufliche Weiterbildung und die nicht-betrieblichen Trainingsmaßnahmen erhöhen die Chancen auf eine reguläre Beschäftigung, allerdings häufig erst mit Zeitverzögerung.
- Beschäftigungsmaßnahmen verbessern die Chancen bei arbeitsmarktfernen Gruppen, für andere können sie schädlich sein. **Bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen tragen sie leider nicht zur Integration in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt bei.** (siehe IAB-Kurzbericht 11/2011)

Eigeninitiative bei Bildung und lebenslanges Lernen

(vgl. hierzu Schaubilder Nr. 33 - 37)

Überall kursiert die Begrifflichkeit des *Lebenslangen Lernens*. 2007 haben in Deutschland beispielsweise 43 Prozent der Befragten zwischen 19 und 64 Jahren an beruflicher oder allgemeiner Weiterbildung in Form von Lehrgängen, Kursen oder Vorträgen teilgenommen. Grundsätzlich ist das als eine positive Entwicklung zu verstehen, die aber auch kritisch beäugt werden muss.

In WIKIPEDIA ist *Lebenslanges Lernen* folgendermaßen definiert:

Lebenslanges Lernen ist ein Konzept, Menschen zu befähigen, eigenständig während ihrer gesamten Lebensspanne zu lernen. *Lebenslanges Lernen* setzt auf die Informationskompetenz des Einzelnen und hat deshalb Aufnahme in viele bildungspolitische Programme gefunden. Trotz der vielfachen Verwendung des Begriffs existiert derzeit keine allgemein gültige Definition davon.

Zur Historie:

- Im 18. Jahrhundert zeigen Lese- und Literaturgesellschaften im Bürgertum erste Ansätze der Erwachsenenbildung
- Ende des 19. Jahrhunderts entstehen Volksbildungsvereine
- Parallel entwickelt sich die Bewegung der Arbeiterbildung, die sich in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit fortsetzt. Es entstehen . unabhängig davon . die ersten Volkshochschulen.
- Erste Einsichten zu einer Notwendigkeit eines *Life long Learning* finden sich in der industrialisierten Gesellschaft Ende des 19. Jahrhunderts.
- Seit den 1970er Jahren wird das Konzept des lebenslangen Lernens auch von internationalen Organisationen wie UNESCO oder OECD propagiert.

Das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ist in verschiedenen Codices auf nationaler und internationaler Ebene festgeschrieben. Daraus ergibt sich auch eine staatliche Pflicht zur Förderung von Erwachsenenbildung. In Deutschland sind die unterschiedlichen Landesgesetze Grundlage der Förderung, die dementsprechend unterschiedlich gestaltet ist. Zumeist wird ein kooperativer Pluralismus von Anbietern (öffentliche, kirchliche, gewerkschaftliche usw.) gefördert.

Seit den 70er Jahren ist zu diesem institutionellen Ausbau der Versuch getreten, die individuelle Teilnahmemöglichkeit durch Bildungsurlaubs- oder Bildungsfreistellungsgesetz zu verbessern: Beschäftigte haben das Recht, in der Regel 5 Tage jährlich für Zwecke der beruflichen und politischen Bildung (auch hier differieren die Ländergesetze) freigestellt zu werden. Nur eine Minderheit von etwa 1% bis 2% der Berechtigten macht aber von diesem Recht Gebrauch.

(aus WIKIPEDIA)

Auch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) zeigt anhand seiner Abteilungen die aktuelle Bedeutung von Lebenslangem Lernen. Zurzeit (Februar 2009) besteht das Ministerium aus acht Abteilungen. Das sind neben der Zentralabteilung, die für Verwaltungsaufgaben zuständig ist:

- Abteilung 1: Strategien und Grundsatzfragen
- Abteilung 2: Europäische und internationale Zusammenarbeit in Bildung und Forschung
- Abteilung 3: Berufliche Bildung; Lebenslanges Lernen
- Abteilung 4: Wissenschaftssystem
- Abteilung 5: Schlüsseltechnologien . Forschung für Innovationen
- Abteilung 6: Lebenswissenschaften . Forschung für Gesundheit

Abteilung 7: Zukunftsvorsorge . Forschung für Kultur, Grundlagen und Nachhaltigkeit.

Mit der Bildungsprämie, dem Bildungsdarlehen, Bafög, Meister-Bafög und sonstigen finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten versucht die staatliche Seite, Anreize für Bürgerinnen und Bürger für Lebenslanges Lernen zu schaffen.

Lebenslanges Lernen hat in den letzten Jahrzehnten steigende Aufmerksamkeit erhalten und Einzug in viele bildungspolitische Forderungen und Konzepte (Curricula) gefunden. Die Europäische Kommission legte daraufhin ein Memorandum über lebenslanges Lernen vor. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (Deutschlands) schrieb 2004: „Lebenslanges Lernen hilft, den Zusammenhalt in der Gesellschaft zu stärken und Ausgrenzung soweit wie möglich zu vermeiden. Im Rahmen einer Gesamtstrategie soll das Ziel verfolgt werden, die Bildungsteilhabe zu erhöhen, allen Menschen mehr Chancen zur persönlichen, ihren Begabungen entsprechenden gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung zu ermöglichen und den Standort Europa mitzugestalten“

„Die Forderung nach „Bereitschaft zum lebenslangen Lernen“ ist auch auf scharfe Kritik gestoßen. Diese Kritik stellt diese Forderung in den Kontext der Reduktion von Bildung auf die „Optimierung von Lernprozessen im Hinblick auf deren Relevanz für ökonomisch verwertbare Arbeit“ (E. Ribolits^[2], S. 13), der auch die Diskussion über die Ergebnisse der Pisa-Studie prägt. Welche Inhalte jeweils angeeignet werden sollen, entscheidet der Markt bzw. das Arbeitsamt. Die allseits erhobene Forderung nach Flexibilität des Humankapitals erscheint dieser Kritik als Forderung nach vorauseilendem Gehorsam“

„Endgültig angesagt ist der Abschied von jener seit Luther noch immer in den Köpfen der Menschen herumspukenden Vorstellung, dass die berufliche Tätigkeit eines Menschen etwas mit dessen „Eignung und Neigung“, mit seiner „Berufung“, zu tun haben sollte. Heute gilt es dagegen, die *wahllose Vermarktung seiner selbst* für selbstverständlich zu halten und widersinnigerweise, trotz des immer schnelleren Veraltens der Qualifikationen, alles daranzusetzen, qualifikatorisch „am Ball zu bleiben“, Ziel heutiger Bildung ist die Akzeptanz des post-fordistischen Legitimationsmusters, dass das Recht der Partizipation an den prinzipiell knappen Früchten der gesellschaftlichen Arbeit nur jenen zusteht, die ihre grundsätzliche Austauschbarkeit akzeptiert haben und, aus diesem Bewusstsein heraus, sich permanent um ihre weitere und bessere Vermarktbarkeit bemühen.“

Ribolits^[2] (S. 168f.)

Dieser Kritik zufolge ist, entgegen den offiziellen Versicherungen, eine der Funktionen des Schlagworts „lebenslanges Lernen“ gerade die Legitimation von Ausgrenzung. Wer es nicht schafft, sich permanent anzupassen oder nicht dazu bereit ist, ist selbst schuld.

(aus WIKIPEDIA)

Im Schlussbericht der unabhängigen Expertenkommission **Finanzierung Lebenslangen Lernens: Der Weg in die Zukunft vom 28. Juli 2004 wird der Begriff **Lebenslanges Lernen** folgendermaßen gesehen:**

„Lernen wird noch zu häufig als Konsum oder nur als Kostenfaktor verstanden und behandelt. Dem setzt die Kommission die Sichtweise entgegen, dass Lebenslanges Lernen eine Investition darstellt, sowohl für den einzelnen Menschen als auch für das einzelne Unternehmen und für die Gesellschaft insgesamt. Lebenslanges Lernen als Investition zu verstehen bedeutet, dass der einzelne Mensch, die Unternehmung oder die Gesellschaft heute Ressourcen bereitstellen müssen (z.B. in Form von Zeit, Geld, sächlichen Ressourcen oder Anstrengung), damit sie morgen und übermorgen Rückflüsse in Form von Nutzen und Erträgen (z.B. höhere Zufriedenheit, höheres Einkommen, höhere Produktivität, höheres Wachstum) genießen können“ (S. 7)

„Eine lernende Gesellschaft, die Innovationen hervorbringen und fördern, Wissen kreativ erzeugen und verarbeiten will, ist darauf angewiesen, dass ihre Mitglieder beriet, willens und fähig sind, ihr Wissen ständig zu erneuern. Nur durch Lebenslanges Lernen kann die Wirtschaft dieser Gesellschaft auf Dauer wettbewerbsstark sein und wachsen. Nur durch Lebenslanges Lernen kann sie eine soziale, solidarische und ökologische Marktwirtschaft sein und bleiben, die sich durch einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und durch ein Weniger an ungleichem Zugang zu sozialen und ökonomischen Gütern auszeichnet. Nur durch Lebenslanges Lernen kann ein hohes Maß an Partizipation der Bürger an Kultur und Politik in Form bürger- bzw.

zivilgesellschaftlichen Engagements gewährleistet werden. Die Notwendigkeit Lebenslangen Lernens und höherer Investitionen für Lernen mag in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft noch nicht verstanden oder akzeptiert sein. Die Kommission besteht indes auf der vor allem in internationalen Diskussionen gewonnenen Einsicht: Lebenslanges Lernen ist zu einem der entscheidenden Faktoren einer nachhaltigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung geworden. Diese Bedeutung wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter verstärken. Dabei stehen nicht nur die Unternehmen und der Staat in dieser gewachsenen und wachsenden Verantwortung. Gerade auch die einzelnen Menschen selbst, sei es als Lernende, sei es als unterstützende Familien, müssen mehr Verantwortung als bisher übernehmen. Sie müssen in die Lage versetzt werden, diese Verantwortung wahrnehmen zu können. Daher kommt es nicht allein darauf an, ihre Eigen- oder Selbstverantwortung, Mündigkeit und Selbständigkeit zu stärken, sondern sie auch so mit wirtschaftlichen Ressourcen auszustatten, dass sie ökonomisch dazu fähig sind“ (S. 9)

Betriebliche Weiterbildung für ältere Beschäftigte.

(Siehe Schaubild (Böckler) Nr. 36)

Nach einer Befragung des BIBB im Jahr 2005 sahen von 100 Betrieben noch 52% wenig oder keinen Bedarf für Weiterbildung von Älteren. Und das bei dem demografischen Wandel! Betriebe und Organisationen stehen zunehmend vor der Notwendigkeit, Strukturveränderungen und Innovationen mit alternden Belegschaften zu bewältigen.

Der Erfahrungstransfer zwischen älteren und jüngeren Beschäftigten gewinnt in den Betrieben zunehmend an Bedeutung.

Pressemitteilung Bonn, 18.01.2007

Beschäftigung 2050: auf die Älteren kommt es an!

Die Bevölkerung in Deutschland wird in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen und altern. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes befinden sich zurzeit etwa 50 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren. Doch das wird sich ändern: 2050 werden es - je nach Ausmaß der Zuwanderung - bis zu 30 Prozent weniger sein! Sowohl auf das Beschäftigungssystem insgesamt als auch auf jeden einzelnen Betrieb kommen dadurch enorme Herausforderungen zu. Es gilt, die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer/-innen - zum Beispiel durch rechtzeitige und passgenaue betriebliche Weiterbildung - zu erhalten. Doch gerade kleine und mittlere Unternehmen sind bislang ungenügend vorbereitet und benötigen Unterstützung. Hier setzt ein **europäisches Forschungsprojekt unter Beteiligung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) und der Universität Erfurt** an, das zwei Leitfäden für Betriebe, Bildungsträger und ältere Erwerbspersonen entwickelt hat.

Europaweite Erhebungen zeigen, dass gerade deutsche Unternehmen relativ wenige Beschäftigte (und dann zumeist Fach- und Führungskräfte) in die betriebliche Weiterbildung einbeziehen. Eine rechtzeitige, regelmäßige berufliche Weiterbildung kann aber den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer/-innen und ihren längeren Verbleib im Erwerbsleben entscheidend unterstützen und fördern.

In den durchgeführten Fallstudien in Thüringer Betrieben zeigte sich, dass in kleinen und mittleren Unternehmen bisher kaum systematische und mittelfristige, wohl aber auf die einzelne Person bezogene Maßnahmen praktiziert werden, die dazu beitragen, die Erwerbstätigkeit auch im höheren Lebensalter zu erhalten. So wurde ein Leitfaden für Betriebe und ältere Beschäftigte entwickelt, der sich auf den Arbeitsplatz als zentrale Analyse- und Handlungsebene bezieht und sowohl die Tätigkeitsanforderungen als auch die Potenziale der Beschäftigten in den Blick nimmt. Da eine systematische altersorientierte Personalentwicklung häufig die Möglichkeiten von kleinen und mittleren

Unternehmen überschreitet, wurde zur Erprobung und Anwendung der im Projekt entwickelten Unterstützungsinstrumente und -strukturen eng mit externen "Qualifizierungsberatern" zusammengearbeitet.

Ein weiterer Leitfaden richtet sich speziell an Bildungsträger, bei denen Interesse an Qualifizierungsangeboten für ältere Beschäftigte identifiziert wurde. Er bietet Informationen über die Zielgruppe und Hilfestellungen zur Überprüfung der jeweiligen Leistungsangebote. Alle im Projekt entwickelten Instrumente wurden in Betrieben in der Untersuchungsregion Thüringen getestet.

Das Forschungsprojekt "**Betriebliche Weiterbildung von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in KMU und Entwicklung von regionalen Supportstrukturen (AgeQual)**" wurde durch das europäische Berufsbildungsprogramm LEONARDO DA VINCI gefördert. Neben dem BIBB und der Universität Erfurt waren Institutionen und Organisationen aus Belgien, Dänemark, Österreich und den Niederlanden beteiligt. Von einer rückläufigen demografischen Entwicklung sind die meisten europäischen Länder betroffen, in Deutschland jedoch sind die prognostizierten Auswirkungen mit am stärksten.

Weitere Informationen im Internetangebot des BIBB unter: www.bibb.de/de/19230.htm

Dass das Thema im Fokus steht und voranzutreiben versucht wird, zeigt der sWIP 2012% der Weiterbildung-Innovations-Preis, der von Bundesinstitut für Berufsbildung BIBB ausgeschrieben wird. In diesem Jahr konzentriert sich der Preis erstmalig auf einen Themenschwerpunkt. Dieser lautet sWeiterbildung für Ältere im Betrieb% Betriebe, Weiterbildungsanbieter und Beratungseinrichtungen aus dem In- und Ausland, die innovative Konzepte der betrieblichen Weiterbildung für Ältere entwickelt haben bzw. anwenden, können sich am Wettbewerb beteiligen.

Bildungsurlaub in Deutschland

Veröffentlicht von wapadmin am 4. November 2007 - 4:51.

In den meisten Bundesländern wird ArbeitnehmerInnen die Möglichkeit geboten, sich für eine bestimmte Zeit von ihrer Berufstätigkeit freistellen zu lassen, um Gelegenheiten zur Weiterbildung wahrzunehmen. Dies wird als "Bildungsurlaub" bzw. "Bildungsfreistellung" bezeichnet. In der nachstehenden Übersicht finden Sie für jedes Bundesland, das eine solche Regelung anbietet.

Hinweis: Für Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und Thüringen existieren gegenwärtig keine derartigen Regelungen.

Berlin (Bildungsurlaub)

Einen Rechtsanspruch haben alle Berliner ArbeitnehmerInnen und Auszubildenden unabhängig vom Lebensalter. Im öffentlichen Dienst beschäftigte ArbeiterInnen und Angestellte haben Anspruch auf Freistellung entweder nach dem "BiUrlG" oder nach der Sonderurlaubsverordnung. Für Beamtinnen und Beamte gelten die entsprechenden Sonderurlaubsregelungen des Bundes bzw. des Landes Berlin. Bildungsurlaub kann erstmalig nach 6-monatigem Bestehen des Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Brandenburg (Bildungsfreistellung)

Bildungsfreistellung ist ein Anspruch von Beschäftigten auf bezahlte Freistellung von der Arbeit zur Teilnahme an anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen. Zehn Tage innerhalb zweier Jahre stehen für politische, berufliche oder kulturelle Bildung zur Verfügung. Diese Teilnahme ist während der Arbeitszeit möglich. Der Lohn wird währenddessen fortgezahlt. Geregelt ist dies im Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz.

Bremen (Bildungsurlaub)

Jeder Arbeitnehmer hat innerhalb eines Zeitraums von zwei aufeinander folgenden Kalenderjahren Anspruch auf Gewährung eines bezahlten Bildungsurlaubs von zehn Arbeitstagen.

Hamburg (Bildungsurlaub)

Alle vollzeit- oder teilzeitbeschäftigten Arbeiter und Angestellten sowie Auszubildenden mit Arbeitsschwerpunkt in Hamburg haben Anspruch auf bezahlte Freistellung von der Arbeit für Bildungsurlaubsveranstaltungen, die in Hamburg anerkannt wurden. Teilzeitbeschäftigte können im Rahmen ihres Beschäftigungsanteils Bildungsurlaub beanspruchen.

Hessen (Bildungsurlaub)

Das Recht auf Bildungsurlaub ist ein Anspruch der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf Freistellung von der Arbeit unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts zur Teilnahme an einer Veranstaltung der politischen Bildung oder der beruflichen Weiterbildung. Auszubildende haben einen Anspruch allein zur Teilnahme an einer Veranstaltung der politischen Bildung.

Mecklenburg-Vorpommern (Bildungsfreistellung)

Beschäftigten, deren Arbeitsverhältnisse ihren Schwerpunkt in Mecklenburg-Vorpommern haben, steht ein Anspruch auf Freistellung zur Teilnahme an anerkannten Veranstaltungen der beruflichen und gesellschaftspolitischen Weiterbildung sowie an Weiterbildungsveranstaltungen, die zur Wahrnehmung von Ehrenämtern qualifizieren, unter Fortzahlung ihres Entgeltes nach Maßgabe von § 10, zu.

Niedersachsen (Bildungsurlaub)

Ein wichtiger Bestandteil der Weiterbildung ist der Bildungsurlaub. Niedersächsische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben im Jahr grundsätzlich Anspruch auf fünf Tage bezahlte Freistellung für die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen nach dem Niedersächsischen Bildungsurlaubsgesetz.

Nordrhein-Westfalen (Bildungsurlaub)

Anspruch auf 5 Tage Bildungsurlaub pro Jahr haben nach §§ 2, 3 AWbG Arbeiter und Angestellte, deren Beschäftigungsverhältnisse ihren Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen haben, sowie Heimarbeiter, Gleichgestellte und arbeitnehmerähnliche Personen. Der Anspruch entsteht nach einer Beschäftigungszeit von 6 Monaten und hängt von der Betriebsgröße, sein Umfang von eventueller betrieblicher Weiterbildung ab. Für die Zeit des Bildungsurlaubs hat der Arbeitgeber die Arbeitsvergütung fortzuzahlen.

Rheinland-Pfalz (Bildungsfreistellung)

Seit Inkrafttreten des Bildungsfreistellungsgesetzes zum 1. April 1993 haben Beschäftigte in Rheinland-Pfalz einen Rechtsanspruch auf Freistellung von der Arbeit zum Zwecke der beruflichen und gesellschaftspolitischen Weiterbildung unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts durch den Arbeitgeber.

Saarland (Bildungsfreistellung)

Im Saarland besteht seit Inkrafttreten des Saarländischen Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetzes (SWBG) von 1990, zuletzt geändert 2004, ein gesetzlicher Anspruch auf eine jährliche Freistellung von der Arbeit bis zu 6 Tagen zur Teilnahme an einer staatlich anerkannten Maßnahme der politischen oder beruflichen Weiterbildung. Allerdings muss der Arbeitnehmer die Hälfte der Zeit mit "arbeitsfreier" Zeit (Überstunden, Urlaub, ...) abdecken. Es besteht die Möglichkeit, Ansprüche bis zu vier von zwei Kalenderjahren zusammenzufassen, genauer: "anzusparen", um an einer länger andauernden Maßnahme teilzunehmen.

Sachsen-Anhalt (Bildungsfreistellung)

Seit Januar 1998 können sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für Weiterbildungsveranstaltungen freistellen lassen. Die Bildungsfreistellung bezeichnet einen Rechtsanspruch vom Beschäftigten gegenüber der Arbeitgeberin oder dem Arbeitgeber, an anerkannten Weiterbildungsveranstaltungen teilzunehmen. Die Teilnahme ist während der Arbeitszeit möglich.

Schleswig-Holstein (Bildungsfreistellung)

Einen Rechtsanspruch auf Bildungsfreistellung haben alle Beschäftigten - Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Auszubildende, Richterinnen und Richter des Landes sowie Beamtinnen und Beamte des Landes und der Kommunen -, deren Arbeitsverhältnisse ihren Schwerpunkt in Schleswig-Holstein haben. Als Beschäftigte gelten auch die in Heimarbeit Beschäftigten sowie ihnen Gleichgestellte und andere Personen, die wegen ihrer wirtschaftlichen Unselbständigkeit als arbeitnehmerähnliche Personen anzusehen sind. Bildungsfreistellung kann erst nach sechs Monaten im Beschäftigungsverhältnis beansprucht werden.

**Gelder für die Banken, im Verhältnis zu Ausgaben in der Bildung
Kapital \ddot{E} kein Problem, es ist vorhanden!**

Von internationaler Seite (UNESCO, UNICEF, UN-Menschenrechts-Kommission, OECD) wird durchgängig die frühe Selektion und die geringe Finanzierung im Vorschul- und Grundbildungsbereich kritisiert. Sie stützen sich dabei auf zahlreiche Studien. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung räumt eine Bildungsbenachteiligung in Deutschland ein.

Die Bildungsausgaben in Deutschland sind unter dem OECD-Durchschnitt. Es entfallen hierzulande 4,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf die Finanzierung der Bildungspolitik aus Steuermitteln. Pro Kopf ist das 1.035 Euro. In Schweden und Norwegen werden beispielsweise 6,5 Prozent verwendet.

Vergleiche dazu auch Graphik Nr. 42

Zum Vergleich: Für den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM, umgangssprachlich auch Euro- Rettungsschirm) hat Deutschland eine Garantieleistung von 1.454,87 Euro pro Einwohner bereitgestellt.

Übersicht Bankenrettungsmittel des Bundes (Soffin)

Stand: Januar 2011

- Summe der aktuellen Kapitalhilfen: 29,3 Mrd. €
- Summe der aktuellen Garantien: 55,61 Mrd. €
- Summe Engagement in Abwicklungsanstalten: 50,93 Mrd. €

Datum	Unternehmen	Volumen	Art	Anmerkung
10/2009ff	West LB	3,00 Mrd. €	Stille Einlagen	Volumen Abwicklungsanstalt der West LB: 50,93 Mrd. €
5/2009	Coreal	0,40 Mrd. €	Garantien	
3/2009ff	DüsselHyp	2,40 Mrd. €	Garantien	
2/2009ff	Aareal Bank	4,375 Mrd. €	Stille Einlage (0,375 Mrd. €), Garantien (4,00 Mrd. €)	
1/2009ff	SdB	5,4 Mrd. €	Garantien	
12/2008ff	IKB	9,7 Mrd. €	Garantien	
12/2008ff	Bayern LB	4,71 Mrd. €	Garantien	
12/2008ff	HRE	22,72 Mrd. €	Garantien (15,00 Mrd. €), Aktien (7,72 Mrd. €)	
11/2008ff	HSH Nordbank	9,00 Mrd. €	Garantien	
11/2008ff	Commerzbank	23,20 Mrd. €	Stille Einlagen (16,43 Mrd. €), Aktien (1,77 Mrd. €), Garantien (5,00 Mrd. €)	

Quellen: Pressemeldungen und Unternehmens-Ad-hoc-Mitteilungen

Abkürzungen und Erläuterungen

AG	Aktiengesellschaft
Bad Bank	Zweckgesellschaft zur Bereinigung von Bankbilanzen: Abschreibungsgefährdete Finanzaktiva werden auf eine Bad Bank übertragen
Coreal	Corealcredit Bank AG
Düsselhyp	Düsseldorfer Hypothekenbank AG
€	Euro
ff	fortfolgende: Garantien und/oder Kapitalhilfen wurden zu unterschiedlichen Zeitpunkten beschlossen oder zurückgeführt
Garantie	Versprechen des Staates, für Schulden einer Bank zu haften. Die Garantie wird für eine bestimmte Höhe und einen bestimmten Zeitraum vereinbart. Eine Garantie ist „ausgelaufen“, wenn der vereinbarte Zeitraum verstrichen ist. Für die Garantie erhält der Staat von der Bank eine Provision in Höhe von etwa 0,5 bis 1 Prozent pro Jahr bezogen auf die Garantiesumme.
HRE	Hypo Real Estate Holding, einschließlich FMS Wertmanagement (Bad Bank der HRE)
HSH Nordbank	HSH Nordbank AG (eine Landesbank; HSH für Hamburg Schleswig-Holstein)
IKB	IKB Deutsche Industriebank AG
Kapitalhilfe	staatliche Gelder zur Stärkung der Kapitalbasis einer Bank, zum Beispiel durch Aktienkauf oder stille Beteiligung
LB	Landesbank
Mrd.	Milliarde, Milliarden
SdB	Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken, ein Fonds zur Absicherung von Kundeneinlagen. Die SdB hat bei den Banken, die den Fonds tragen, eine Anleihe von 6,7 Mrd. Euro platziert. Dieses Geld stellt die SdB dem Einlagensicherungsfonds über einen Kredit zur Verfügung. Der Soffin hat für die von den Banken gezeichnete SdB-Anleihe mit Genehmigung der EU-Kommission eine staatliche Rückzahlungsgarantie gewährt. Die 6,7 Mrd. € sollen die Entschädigung der Kunden der insolventen US-Bank Lehman Brothers absichern.
Soffin	Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (bundeseigen)
Stille Einlage	Eine Form der Kapitalbeteiligung, die als haftendes bilanzielles Eigenkapital anerkannt wird, dem Geldgeber aber kein Mitspracherecht gibt. Die Bank, die die stille Einlage erhält, muss nur dann Zinsen auf die stille Einlage zahlen, wenn sie Gewinn macht.

Internationaler Vergleich - PISA - Studie

Gebiet Rang	Mathematik	Naturwissenschaften	Leseverständnis
1	China (Shanghai)	China (Shanghai)	China (Shanghai)
2	Singapur	Finnland	Südkorea
3	Hongkong, China	Hongkong, China	Finnland
4	Südkorea	Singapur	Hongkong, China
5	Taiwan	Japan	Singapur
6	Finnland	Südkorea	Kanada
7	Liechtenstein	Neuseeland	Neuseeland
8	Schweiz	Kanada	Japan
9	Japan	Estland	Australien
10	Kanada	Australien	Niederlande
11	Niederlande	Niederlande	Belgien
12	Macao, China	Liechtenstein	Norwegen
13	Neuseeland	Deutschland	Estland
14	Belgien	Taiwan	Schweiz
15	Australien	Schweiz	Polen
16	Deutschland	Vereinigtes Königreich	Island
17	Estland	Slowenien	Vereinigte Staaten
18	Island	Macao, China	Liechtenstein
19	Dänemark	Polen	Schweden
20	Slowenien	Irland	Deutschland

Zu den Konsequenzen aus der PISA-Studie:

Die PISA-Studie hat ihre Befürworter und Gegner hervorgebracht. Die Befürworter nutzen die Ergebnisse dazu, eine Neuauflage der deutschen und österreichischen Schulstrukturdebatte in Sachen Gesamtschule wiederaufleben zu lassen. Sie verweisen insbesondere auf:

- das hervorragende Abschneiden Finnlands und einiger anderer Staaten,

- die überdurchschnittliche Korrelation zwischen den deutschen Testergebnissen und dem sozialen bzw. Migrationshintergrund,
- die starke Korrelation zwischen Wahl des Schultyps und familiärem Hintergrund.

Gegner wenden ein, dass die PISA-Ergebnisse keineswegs eindeutig sind:

- Auch sTestverlierer%haben Gesamtschulsysteme.
- Im innerdeutschen Vergleich schneiden Länder, die wie Bayern konsequent an einem gegliederten Schulsystem mit harten Aufnahmebedingungen für höhere Schulen festhalten, am besten ab.
- Die Verhältnisse in Deutschland und Finnland sind aus einer ganzen Reihe von Gründen nicht vergleichbar; es ist völlig spekulativ, den finnischen Erfolg primär der Schulstruktur zuzuschreiben.
- Die Lehrer in Finnland sind anders ausgewählt und besser ausgebildet als in Deutschland, so dass nicht die Schulform oder -struktur, sondern die Qualität der Lehrer über den Bildungsstandard mitentscheiden kann.

(aus WIKIPEDIA)

PISA nun auch für Erwachsene:

Pressemeldung vom 03.08.2011

PISA für Erwachsene gestartet

Die PIAAC Hauptstudie - auch "PISA für Erwachsene" genannt - ist am 1. August zeitgleich in 25 Ländern gestartet. Von August 2011 bis März 2012 sollen in Deutschland mindestens 5.000 Personen im Alter zwischen 16 und 65 Jahren befragt werden.

Sie wurden aus den Daten der Einwohnermeldeämter zufällig ausgewählt. Für die Befragung sind 130 Interviewerinnen und Interviewer von TNS Infratest in ganz Deutschland im Einsatz. Sie wurden zuvor eigens für PIAAC geschult und werden die ausgewählten Personen persönlich kontaktieren.

Geprüft werden Lesekompetenz (Literacy), Alltagsmathematische Kompetenz (Numeracy) sowie Problemlösekompetenz im Kontext neuer Technologien. Eine Beispielaufgabe für die Lesekompetenz etwa ist, Inhalte und Aussagen eines Beipackzettels zu interpretieren, eine Beispielaufgabe bei der mathematischen Kompetenz ist eine einfache Prozentrechnung.

Im Hintergrundfragebogen werden außerdem wichtige demografische Informationen, wie zum Beispiel das Alter, das Bildungsniveau oder die berufliche Situation, erfasst.

Erstmalig sollen durch PIAAC Aussagen möglich sein, über welche Kompetenzen die erwachsene Bevölkerung verfügt und wie sie diese im Alltag und im

Beruf nutzt. Die Ergebnisse von PIAAC sollen wichtige Entscheidungsgrundlagen für die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik liefern sowie Hinweise darauf geben, inwieweit Bildungsangebote verbessert werden müssen, um die Aus- und Weiterbildungssysteme den zukünftigen Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen. Dabei sollen die 25 Länder, in welchen PIAAC zeitgleich durchgeführt wird, gegenseitig voneinander lernen. Die Ergebnisse der Studie werden Ende 2013 der Öffentlichkeit vorgestellt. Angedacht ist, dass PIAAC in regelmäßigen Abständen wiederholt wird, um so Bevölkerungsveränderungen aufzuzeigen.

In Deutschland wird PIAAC vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Beteiligung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales finanziert. Für die bundesweite Durchführung von PIAAC in Deutschland ist GESIS - Leibniz - Institut für Sozialwissenschaften in Mannheim unter der Leitung von PD Dr. Beatrice Rammstedt verantwortlich.

Quelle: Bildungsklick.de

KAB Position:

Soziale Herkunft bestimmt die Bildungschancen

Die familiäre Herkunft, der soziale Status und die ökonomischen Möglichkeiten entscheiden darüber, welchen Schul- oder Berufsabschluss ein Mensch erreicht. Damit wird die gesellschaftliche Spaltung fortgesetzt und verfestigt.

Derzeitige Bildungspolitik arbeitet den Erfahrungsmöglichkeiten und der Integration unterschiedlicher ethnischer und sozialer Milieus entgegen und verstärkt damit die Gettoisierung unserer Städte und der Gesellschaft. Besonders betroffen davon sind Kinder aus bildungsfernen Milieus, die damit schlechtere Startchancen und langfristig schlechtere Lebens- und Arbeitschancen haben.

Probleme in der beruflichen Ausbildung sind überwiegend struktureller Art, deren Ursache wird jedoch mangelndem Wissen und fehlender Lernbereitschaft zugeschrieben. So werden soziale Benachteiligungen und Ungerechtigkeiten weiter fortgesetzt.

Bildung wird nicht mehr als öffentlich zu verantwortende Aufgabe umgesetzt.

Alle Bereiche öffentlich verantworteter Bildung verlieren gegenüber privater Bildung zunehmend mehr an politischer und ökonomischer Bedeutung und Unterstützung. Dabei setzen sich Einrichtungen durch, die über eine politisch und gesellschaftlich präsentere Lobby und ökonomische Potenz verfügen. Der Zugang von bildungsungewohnten Menschen wird systematisch verhindert.

Bildung als Einheit von Aktion und Reflektion

Unsere gesellschaftliche und politische Situation ist veränderungsfähig und verbesserungsbedürftig. Die Chance der Bildung, zur Fortentwicklung unserer Gesellschaft beizutragen, liegt in Prozessen der Bewusstseinsbildung, in denen die gesellschaftliche und persönliche Situation der Beteiligten reflektiert wird und zu einem veränderten politischen Handeln führt. Bildungsarbeit ist immer eine Einheit von Aktion und Reflexion und damit befreiende Praxis. Sie orientiert sich an den wesentlichen Werten der katholischen Sozialverkündigung: Personalität, Solidarität, Subsidiarität und Nachhaltigkeit.

Menschen sind Subjekte des Lernens und nicht Objekte der Belehrung oder Käufer von Informationen. Sie sind als lernende Wesen zu verstehen, die in ihren Lebenskontexten wertvolle Kompetenzen erworben haben. Bildungsarbeit lässt diese Kompetenzen bewusst werden und erweitert sie durch Reflexion, Austausch, Erprobung und Aktion.

Aus »Bilden . Bewegen . Beteiligen«

KAB in den Medien

Deutschland braucht eine gut ausgebildete Jugend

Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass jeder sechste junge Mensch zwischen 20 und 30 Jahren in Deutschland keinen Berufsabschluss hat.

Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist, nach dem Bildungsbericht von Bund und Ländern, die Zahl sogar noch höher, denn dreißig Prozent der jungen Migranten haben keinen Berufsabschluss. Als Katastrophe ist es zu bezeichnen, dass fast die Hälfte der jungen türkischen Frauen zwischen 20 und 30 Jahren keinen Berufsabschluss haben und so auf Gelegenheitsjobs angewiesen sind. Die KAB fordert von Bund und Land stärkere Maßnahmen für eine bessere Integration und höhere Finanzmittel für die schulische Bildung ein. »Deutschland verspielt hier leichtfertig ein wichtiges Zukunftspotential für Wirtschaft und Gesellschaft«.

Der Bund-Länder-Bericht belege, dass die Zahl der Ungelernten einen neuen Höchststand erreicht habe.

»Wir fordern für Deutschland und Europa eine kostenlose Erstausbildung und ein grundsätzliches Umsteuern in der Bildungspolitik«.

Angesichts der Probleme, besonders für Hauptschüler, müsse über ein integriertes Schulsystem nachgedacht werden.

»Wir fordern hier auch ein klares Bekenntnis der Politik mehr Lehrer einzustellen.«

Die KAB kritisiert, dass auf dem *Bildungsgipfel* lediglich Forschung und Wissenschaft in den Vordergrund gerückt werden, an der Basis des deutschen Bildungssystems aber weiterhin fruchtlos herumgedoktert wird. »Bundesbildungsministerin Annette Schavan muss sich daran messen lassen, was unten

herauskommt. Und in den untersten Stufen unseres Bildungssystems, den Grund- und Hauptschulen, wird wegen fehlender Länder- und Kommunalfinanzen weiterhin Sparkurs gefahren".

Als "szynische Mogelpackung" muss bezeichnet werden, dass die Bundesregierung beteuere, in ihrem Sparpaket nicht bei Forschung und Bildung sparen zu wollen, aber gleichzeitig den Ländern und den Kommunen das Wasser abgrabe, um notwendige Maßnahmen in der Bildungslandschaft vor Ort einzuleiten. "Gute Politik muss sich an der Situation der Schwächsten in der Gesellschaft orientieren und nicht daran, wie es den Reichen geht".

(Birgit Zenker, KAB Bundesvorsitzende)

Schavan-Vorschläge helfen keinem Geringqualifizierten KAB-Bundesvorsitzender: Weiterbildungquote ist ein politischer Skandal

Bildung fördern statt Bildungssparen, fordert die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands. "Die aktuellen Weiterbildungsvorschläge von Bildungsministerin Annette Schavan für die Berufstätigen verfehlen ihre Intention", sagte der KAB Bundesvorsitzende Georg Hupfauer in einer ersten Stellungnahme. "Besonders die Geringverdiener bleiben auf der Strecke".

Kritik übte Hupfauer auch an der Zerschlagung der Weiterbildungsstruktur in den einzelnen Bundesländern. "Schavans Bemühungen stehen konträr zu den Streichorgien und Sparmaßnahmen in der beruflichen, politischen und persönlichen Weiterbildung ihrer Parteikollegen in den Ländern. Allein in Nordrhein-Westfalen haben wir einen Abbau in der Erwachsenenbildung von über dreißig Prozent zu beklagen", kritisiert der KAB-Bundesvorsitzende. "Da bleiben die Vorschläge Schavans weniger als der berüchtigte Tropfen auf den heißen Stein."

Als Skandal und gleichzeitig als Zeichen für eine seit Jahrzehnten verfehlt fort- und Weiterbildungspolitik bezeichnete er die Teilnahmequoten der 25- bis 64-jährigen Erwerbstätigen an nicht betrieblicher, berufsbezogener Weiterbildung. "Noch nicht einmal jeder siebte Arbeitnehmer traut sich Bildungsurlaub zu nehmen, selbst in den USA leistet sich fast jeder zweite Erwerbstätige eine Weiterbildung."

Ganzheitlicher Ansatz nötig

"Das Modell der Bundesregierung, mit zinsgünstigen Darlehen und einer Förderprämie von 154 Euro pro Jahr Geringverdiener zur Bildung zu motivieren, werden zu keinem Erfolg führen, da Geringqualifizierte im Niedriglohnbereich nicht in der Lage sind, Weiterbildungskurse zu finanzieren", prophezeit Hupfauer. Zudem stehe gerade diese Gruppe unter dem ständigen Druck, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, welcher durch die Kündigungsschutzpläne der Union zusätzlich verstärkt werden. "Arme können nicht ihre letzten Notgro-

schen opfern%oHupfauer forderte deshalb, dass die berufsbezogene Weiterqualifizierung von den Unternehmen getragen wird.

Darüber hinaus setzt die KAB auf eine verlässliche, langfristig gesicherte und ausreichende staatliche Förderung, die unterschiedliche Formen und Möglichkeiten der Bildungsarbeit für die Arbeitnehmer gewährleistet. Es muss so ein ganzheitliches Bildungsverständnis zum Tragen kommen, damit berufliche, soziale, kulturelle und politische Bildung als gleichwertige Bildungsbereiche anerkannt werden. sDie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind mehr als stets funktionierende Rädchen im Getriebe der Wirtschaft%obekräftigt der KAB-Bundesvorsitzende.

(Georg Hupfauer, KAB Bundesvorsitzender)

Bildung darf nicht vom Sparbuch abhängig sein!

KAB sieht im Schavan-Bildungssparen sozialen Sprengstoff

Köln, 25.11.2009. Kommt nach dem Riester- nun der Schavan-Flop, fragt die KAB Deutschlands. sSchon beim Riester-Sparen hat sich gezeigt, dass einkommensschwache Familien nicht in der Lage sind, eine eigene, staatlich geförderte Alterssicherung aufzubauen. Dies wird nun auch beim Schavan-Bildungssparen der Fall sein%o prophezeit Dr. Michael Schäfers, Leiter der Grundsatzabteilung der KAB Deutschlands.

Der KAB-Bildungsexperte sieht in einem staatlichen Bildungssparen den Ausdruck eines neoliberalen Privatisierungswahns, mit dem versucht werde, alle Bereiche der Gesellschaft zunehmend zu ökonomisieren und somit die Spaltung der Gesellschaft unumkehrbar voranzutreiben. sKinder von Hartz-IV- Beziehern, Kinder aus kinderreichen Familien und Kinder von Alleinerziehenden werden so von einer Hochschulbildung ausgeschlossen, weil die Familie nicht in der Lage ist, über Jahrzehnte Rücklagen für ihren Nachwuchs anzuhäufen%o sagte Schäfers, "Bildung darf nicht vom Sparbuch der Eltern abhängig sein".

Kostenlose Erstausbildung für jedes Kind

Mit dem jüngsten Vorschlag der Bundesbildungsministerin werde erneut deutlich, dass sich die Politik aus ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zurückzieht, jedem Kind nicht nur die Chance zur Bildungsteilnahme zu garantieren, sondern darauf hinaus auch die Möglichkeiten und die Bedingungen für diese Teilnahme bereitzustellen und zu optimieren.

Die KAB Deutschlands tritt für eine kostenlose Erstausbildung ein und lehnt Studiengebühren ab. sWir können es uns nicht leisten, die Investitionen in der Bildung zurückzufahren%obetonte Schäfers. Er forderte Bundesregierung und Länder auf, vielmehr die Mittel bereitzustellen, um im Schul- und Hochschulbereich mit entsprechendem Lehrpersonal eine bessere Betreuung und Lehre zu garantieren. sDeutschland kann es sich nicht leisten, ein Kind gemäß seinen Anlagen nicht zu fördern und die Potentiale der jungen Menschen

durch eine falsche Bildungspolitik und durch die weitere Ökonomisierung des Bildungssektors verkümmern zu lassen%o

(Dr. Michael Schäfers, Leiter der Grundsatzabteilung der KAB Deutschlands)

Zusammenfassung

Gerechte Verteilung Geld für Bildung statt für Banken!?"



Situationsanalyse und Forderungen

Deutschland investiert zu wenig in Bildung . es gibt gute Bildung nur für Wenige. Fast jeder zehnte Jugendliche wird ohne Schulabschluss und Berufsausbildung ins Leben entlassen. Die unzureichende Verknüpfung von Bildungs- und Sozialpolitik in Deutschland äußert sich darin, dass sich Bildungsarmut rasch in materielle Armut wandeln kann und dann den Sozialstaat belastet. Deutschland verspielt hier leichtfertig ein wichtiges Zukunftspotential für Wirtschaft und Gesellschaft.

Es herrscht eine starke Abweichung vom humboldtschen Bildungsideal (Ziel der ganzheitlichen Allgemeinbildung) hin zu einer stärkeren Berufsbezogenheit des Studiums unter Beachtung wirtschaftlicher Interessen. Der Bildungsbereich wird zunehmend dem Diktat der Wirtschaft unterworfen. Die Anforderungsprofile werden immer anspruchsvoller und vielseitiger, da die beruflichen Tätigkeiten komplexer werden. Der Arbeitsmarkt bietet zunehmend weniger Beschäftigungsmöglichkeiten in einfachen, ungelernten Tätigkeiten. Flexibilität und Mobilität werden oftmals vorausgesetzt.

Die Bildungsausgaben in Deutschland sind unter dem OECD-Durchschnitt. Es entfallen hierzulande 4,3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf die Finanzierung der Bildungspolitik aus Steuermitteln. Pro Kopf ist das 1.035 Euro. In Schweden und Norwegen werden beispielsweise 6,5 Prozent verwendet.

Zum Vergleich: Für den Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM, umgangssprachlich auch Euro- Rettungsschirm) hat Deutschland eine Garantieleistung von 1.454,87 Euro pro Einwohner bereitgestellt.

Lebenslanges Lernen/ Eigeninitiative bei Bildung: Familien- und Elternbildung sind als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu stärken und zu fördern. Die betriebliche Weiterbildung, insbesondere auch für ältere Arbeitnehmer/-innen soll die betrieblichen Belange, aber auch die persönlichen Bedürfnisse berücksichtigen. Nicht einmal jeder siebte Arbeitnehmer traut sich Bildungsurlaub zu nehmen, selbst in den USA leistet sich fast jeder zweite Erwerbstätige eine Weiterbildung% (Georg Hupfauer) Unsere Forderung lautet: Als erster Schritt ist es notwendig, für ehrenamtlich Tätige die Möglichkeiten der Weiterbildung zu verbessern, z.B. durch die bezahlte Freistellung von Arbeit. Das Ziel des Bildungsurlaubs für alle muss weiterhin angestrebt werden.

Betriebliche Weiterbildung für ältere Beschäftigte ist in den Betrieben leider meist kein Thema . und das bei dem demografischen Wandel! Berufsbezogene Weiterqualifizierung sollte von den Unternehmen getragen werden.

Auch ist eine verlässliche, langfristig gesicherte und ausreichende staatliche Förderung von Weiterbildung notwendig, die unterschiedliche Formen und Möglichkeiten der Bildungsarbeit für die Arbeitnehmer gewährleistet.

Bildungsverständnis: Es muss ein ganzheitliches Bildungsverständnis zum Tragen kommen, bei dem allgemeine Bildung und berufliche Bildung gleichwertig sind und sich gegenseitig ergänzen.

Jegliche Hürden für den Bildungszugang müssen beseitigt werden. Die Politik muss der Bildungsbenachteiligung (sozialer Status, Geschlechterunterschiede, ökonomische Möglichkeiten) entgegenwirken, um die gesellschaftliche Spaltung einzudämmen. Bildung darf nicht zu einer Ware werden, die sich nur einige Wenige leisten können.

Deshalb fordern wir: Bildung ist ein öffentliches Gut und ein entscheidender politischer Auftrag; sie darf daher weder privatisiert noch völlig ökonomisiert werden.

Die Bildungspolitik wurde durch die Föderalismusreform (2006) weitgehend Ländersache. Beim Bund verbleiben lediglich die Kompetenzen zur Regelung der Hochschulzulassung und der Hochschulabschlüsse von der die Länder abweichen können sowie jene für den betrieblichen Teil der beruflichen Bildung im dualen System. Die bisherige Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau geht ebenso in die Autonomie der Länder über wie die Gemeinschaftsaufgabe Bildungsplanung. Damit zieht sich der Bund aus der Finanzierung des Hochschulbaus und aus den direkten Finanzhilfen im Schulbereich zurück.

Bildung ist auch eine wichtige Voraussetzung für Wirtschaftswachstum. Das darf nicht vernachlässigt werden, zumal ein Fachkräftemangel für Deutschland droht. Zudem sollten die vielfältigen Erfahrungen und kulturellen Fähigkeiten der Migrantinnen und Migranten als Chance für unsere Gesellschaft gesehen werden.

Arbeitslose müssen bessere, praxisbezogene Weiterbildungsmöglichkeiten erhalten, die flexibler gestaltbar sind. Hier ist die Bundesagentur für Arbeit gefordert, Weiterbildungsträger gezielter auszuwählen und die Weiterbildungsmaßnahmen effektiv und effizient zu gestalten, sodass der/die Arbeitslose davon profitieren kann. Es sollten dabei weniger die statistischen Aspekte im Vordergrund stehen.

Der Jahresschwerpunktthemenzyklus mit dem Obertitel „Gerechte Verteilung“ wird fortgesetzt durch:

- 2013: „Gerechte Verteilung . Wenn Arbeit arm und krank macht“
- 2014: „Gerechte Verteilung . wenn Reichtum zur Sünde wird“

URTEILEN

Texte aus der Katholischen Soziallehre zu

!Gerechte Verteilung Æ Geld für Bildung statt für Banken!

Es ist überdies als Wahrheit von einschneidender Bedeutung vor Augen zu halten, dass der Staat für alle da ist, in gleicher Weise für die Niederen wie für die Hohen. Die Besitzlosen sind vom naturrechtlichen Standpunkt nicht minder Bürger als die Besitzenden, d.h. sie sind wahre Teile des Staates, die am Leben der aus der Gesamtheit der Familien gebildeten Staatsgemeinschaft teilnehmen; und sie bilden zudem, was sehr ins Gewicht fällt, in jeder Stadt bei weitem die größere Zahl der Einwohner. Wenn es also unzulässig ist, nur für einen Teil der Staatsangehörigen zu sorgen, den anderen aber zu vernachlässigen, so muss der Staat durch öffentliche Maßnahmen sich in gebührender Weise des Schutzes der Arbeiter annehmen. Wenn dies nicht geschieht, so verletzt er die Forderung der Gerechtigkeit.%o

(Leo XIII.: Rerum novarum, Ziff. 27)

Im Ergebnis muss die Verteilung der Erdengüter, die heute durch den ungeheuren Gegensatz von wenigen Überreichen und einer unübersehbaren Masse von Eigentumslosen aufs schwerste gestört ist . keiner, der das Herz am rechten Fleck hat, kann sich darüber einer Täuschung hingeben . wieder mit den Forderungen des Gemeinwohls bzw. der Gemeinwohlgerechtigkeit in Übereinstimmung gebracht werden.%o

(Pius XI.: Quadragesimo anno, Ziff. 58)

Wir halten es für angebracht, alle auf ein wichtiges Gebot der sozialen Gerechtigkeit aufmerksam zu machen: dass nämlich dem wirtschaftlichen Fortschritt der soziale Fortschritt entsprechen und folgen muss, so dass alle Bevölkerungskreise am wachsenden Reichtum der Nation entsprechend beteiligt werden. Darauf ist zu achten und darauf wirksam hinzuarbeiten, dass die aus der ungleichen Lage sich ergebenden sozialen Spannungen nicht zunehmen, sondern nach Möglichkeit sich vermindern. Mit vollem Recht bemerkt Unser Vorgänger Pius XII.: >Auch die nationale Wirtschaft als die Wirtschaft der in der staatlichen Gemeinschaft verbundenen wirtschaftenden Menschen hat keinen anderen Zweck, als dauernd die materielle Grundlage zu schaffen, auf der sich das volle persönliche Leben der Staatsbürger verwirklichen kann.< Daraus ergibt sich, dass der wirtschaftliche Wohlstand eines Volkes weniger zu bemessen ist nach der äußeren Fülle von Gütern, über die seine Glieder verfügen, als vielmehr nach ihrer gerechten Verteilung, so dass alle im Lande etwas davon für die Entfaltung und Vervollkommnung ihrer Persönlichkeit erhalten; denn das ist das Ziel, auf das die Volkswirtschaft ihrer Natur nach hingeordnet ist.%o

(Johannes XXIII.: Mater et magistra, Ziff. 73/74)

§Obschon zwischen den Menschen berechnigte Unterschiede bestehen, fordert die Gleichheit der Personenwürde doch, dass wir zu humaneren und der Billigkeit entsprechenden Lebensbedingungen kommen. Allzu große wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheiten zwischen den Gliedern oder Völkern in der einen Menschheitsfamilie erregen Ärger; sie widersprechen der sozialen Gerechtigkeit, der Billigkeit, der menschlichen Personenwürde und dem gesellschaftlichen und internationalen Frieden.‰

(2. Vatikanisches Konzil: Gaudium et spes, Ziff. 29)

§Heute ist es eine höchst zeitgemäße Pflicht, vor allem für die Christen, tatkräftig darauf hinzuarbeiten, dass in der Wirtschaft wie in der Politik, auf nationaler wie auf internationaler Ebene Grundentscheidungen getroffen werden, durch die das Recht aller auf menschliche und mitmenschliche Kultur auf der ganzen Welt anerkannt wird und zur Verwirklichung kommt. ein Recht, das entsprechend der Würde der menschlichen Person allen ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Nation, der Religion oder der sozialen Stellung zukommt. Daher ist dafür Sorge zu tragen, dass die Kulturgüter in ausreichendem Maße allen zugänglich sind. vor allem jene, die die so genannte Grundkultur ausmachen, damit nicht weiterhin ein großer Teil der Menschheit durch Analphabetismus und Mangel an verantwortlicher Eigeninitiative von einer wahrhaft menschlichen Mitarbeit am Gemeinwohl ausgeschlossen wird.‰

(2. Vatikanisches Konzil: Gaudium et spes, Ziff. 29)

§In der heutigen Zeit gibt es noch eine andere Form von Eigentum, der keine geringere Bedeutung als dem Besitz der Erde zukommt: Es ist das der Besitz von Wissen, von Technik und von Können. Der Reichtum der Industrienationen beruht zu einem viel größeren Teil auf dieser Art des Eigentums als auf dem der natürlichen Ressourcen...Die wichtigste Ressource des Menschen ist in der Tat, zusammen mit der Erde, der Mensch selbst. Sein Verstand entdeckt die Produktivkraft der Erde und die Vielfalt der Formen, wie die menschlichen Bedürfnisse befriedigt werden können.‰

(Johannes Paul II.: Centesimus annus, Ziff. 32)

§Der Markt unterliegt den Prinzipien der so genannten ausgleichenden Gerechtigkeit, die die Beziehungen des Gebens und Empfangens zwischen gleichwertigen Subjekten regelt. Aber die Soziallehre der Kirche hat stets die Wichtigkeit der distributiven Gerechtigkeit und der sozialen Gerechtigkeit für die Marktwirtschaft selbst betont, nicht nur weil diese in das Netz eines größeren sozialen und politischen Umfelds eingebunden ist, sondern auch aufgrund des Beziehungsgeflechts, in dem sie abläuft. Denn wenn der Markt nur dem Prinzip der Gleichwertigkeit der getauschten Güter überlassen wird, ist er nicht in der Lage, für den sozialen Zusammenhalt zu sorgen, den er jedoch braucht, um gut zu funktionieren. Ohne solidarische und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Handlungsweisen in seinem Inneren kann der Markt die ihm eigene wirtschaftliche Funktion nicht vollkommen erfüllen. Heute ist dieses Vertrauen verloren gegangen, und der Vertrauensverlust ist ein schwerer Verlust.‰

(Benedikt XVI.: Caritas in veritate, Ziff. 35)

Zitate aus dem gemeinsamen Kirchenwort:

¶Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit! :

sn der Perspektive einer christlichen Ethik muss alles Handeln und Entscheidungen in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft an der Frage gemessen werden, inwiefern es die Armen betrifft, ihnen nützt und sie zu eigenverantwortlichem Handeln befähigt... Sie verpflichtet die Wohlhabenden zum Teilen und zu wirkungsvollen Allianzen der Solidarität.%(Ziff. 107)

§Es müssen also Strukturen geschaffen werden, welche dem einzelnen die verantwortliche Teilnahme am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben erlauben. Dazu gehört neben den politischen Beteiligungsrechten Zugang zu Arbeits- und Beschäftigungsmöglichkeiten, die ein menschenwürdiges, mit der Bevölkerungsmehrheit vergleichbares Leben und eine effektive Mitarbeit am Gemeinwohl ermöglichen. Um sich beteiligen zu können und die Möglichkeit zu haben, in der öffentlichen Meinungsbildung gehört und verstanden zu werden, ist außerdem ein Bildungssystem notwendig, das neben beruflichen Fähigkeiten politisches Urteilsvermögen und die Fähigkeit zu politischem Engagement vermittelt.%(Ziff. 113)

§Die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich nicht zuletzt daran, welche Perspektiven und Zukunftschancen sie ihrer Jugend gibt... Ausgaben für Bildung und Ausbildung sind Investitionen in die Zukunft der Gesellschaft. Neben der Wissensvermittlung sind die Persönlichkeitsentwicklung und die Stärkung der Eigenverantwortung und Gemeinschaftsfähigkeit gleichgewichtige Ziele, auf deren Einhaltung und Verwirklichung Jugendliche einen Anspruch haben.%(Ziff. 204)

§Das duale System in der Berufsausbildung hat sich in Deutschland bewährt. Es muss erhalten werden. Grundlage hierfür muss sein, dass im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft die Arbeitgeber . Wirtschaft, öffentliche Hand, Kirchen und Verbände . ihrer Verpflichtung zur Ausbildung im notwendigen Umfang nachkommen. Eine besondere Verantwortung tragen hier die Tarifvertragsparteien. Wenn Appelle und Selbstverpflichtungen nicht ausreichen, ist es Aufgabe der Politik, im Interesse der Jugendlichen steuernd einzugreifen, um möglichst allen ausbildungssuchenden Jugendlichen eine entsprechende Ausbildung zu ermöglichen%(Ziff. 206)

§Die Förderung von Mädchen und jungen Frauen ist integraler Bestandteil des dualen Systems mit dem Ziel möglichst hoher Qualifizierung. Die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ist ein weiterer wichtiger Baustein zur Entwicklung eines ganzheitlichen Systems der beruflichen Bildung...Für benachteiligte Jugendliche, vor allem lernschwache, sind die bewährten Instrumente aus dem Arbeitsförderungsgesetz zu erhalten und auszubauen.%(Ziff. 207)

Nicht nur Armut, sondern auch Reichtum muss ein Thema der politischen Debatte sein. Umverteilung ist gegenwärtig häufig die Umverteilung des Mangels, weil der Überfluss auf der anderen Seite geschont wird. Es geht deshalb nicht allein um eine breitere Vermögensbildung und -verteilung. Aus sozial-ethischer Sicht gibt es auch solidarische Pflichten von Vermögenden und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums. Die Leistungsfähigkeit zum Teilen und zum Tragen von Lasten in der Gesellschaft bestimmt sich nicht nur nach dem laufenden Einkommen, sondern auch nach dem Vermögen. Werden die Vermögen nicht in angemessener Weise zur Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben herangezogen, wird die Sozialpflichtigkeit in einer wichtigen Beziehung eingeschränkt oder gar aufgehoben% (Ziff. 220)



Sozialwort des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich, 2003 Menschengerechte Bildung

(19) In der Diskussion über die soziale Dimension des Bildungswesens werden vor allem die Bedeutung eines uneingeschränkten Zugangs zu Bildung als ein Grundrecht, und die besondere Förderung benachteiligter oder unterrepräsentierter Gruppen betont. Die Erziehung zu Toleranz, Achtung anderer und Solidarität sowohl im nationalen wie im globalen Zusammenhang werden dabei hervorgehoben. Ein ganzheitliches, nicht allein an intellektueller Leistung oder wirtschaftlicher Verwertbarkeit orientiertes Verständnis von Bildung ist gefordert.

Bildung als Menschenrecht

(22) Ein breiter Zugang zu Bildung als einem grundlegenden Recht aller Menschen ist in vielen armen Ländern noch keineswegs verwirklicht. Menschen, die schon als Kinder keine Chance erhalten, sich grundlegendes Wissen anzueignen und ihre eigenen Fähigkeiten zu entfalten, können an vielen Errungenschaften in unseren modernen und komplexen Gesellschaften nicht teilhaben. Bildung kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, Menschen einen Ausweg aus der Armut zu ermöglichen, der sie zugleich zu Subjekten ihrer Lernprozesse macht und ihr Selbstwertgefühl erhöht. Je höher der allgemeine Bildungs- und Ausbildungsstandard einer Gesellschaft ist, desto schwerer haben es jene, die aus Gründen von körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung oder sozialer Benachteiligung geringere Bildungschancen haben als andere. Eine reiche Gesellschaft hat solche Benachteiligungen durch besondere Bemühungen nach Kräften auszugleichen, um dieser Personen und um der ganzen Gesellschaft willen.

Bildung ist keine Ware

(23) Bildung bedeutet, dass Menschen sich bilden. Es geht um die Aneignung eines Wissens, das es ihnen ermöglicht, ihr Leben sinnvoll zu gestalten. Die Tendenz einer fortschreitenden Ökonomisierung von Bildung und ihre vorrangige Beurteilung nach ihrem wirtschaftlichen Nutzen wird der Bedeutung von Bildung nicht gerecht. Gewiss stehen bei Lernprozessen konkrete Ausbildungsziele im Vordergrund. Dabei ist aber auch ihre Wirkung auf die einzelnen Personen und ihre gesellschaftliche Bedeutung im Auge zu behalten.

(24) Bildung hat wesentlich mit Menschenwürde, Gerechtigkeit und Freiheit zu tun und muss darum Allgemeingut bleiben. Wird Menschen der Zugang zur Bildung erschwert oder aus finanziellen Gründen unmöglich gemacht, so gereicht dies zum Nachteil der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung des Landes.



Bibelstellen zum Thema

- Jes 58, 1-10: Solidarität als Tat wahren Fastens
- Mt 14, 13-21: Ökonomie des Teilens
- Mt 20, 1-15: Gleicher Lohn für ungleiche Arbeit
- Mk 12, 41-44: Vom Nötigsten hergeben
- Lk 16, 19-31: Reich und Arm vor Gottes Angesicht
- Apg 4, 32-35: Miteinander-Teilen als Grundlage der Christengemeinde
- 1 Kor 12, 12-27: Gegenseitiges Angewiesen-Sein in Gemeinschaft
- 1 Tim 6, 17-19: Seelsorge an den Reichen

Forum Bildungspolitik in Bayern

Forum Bildungspolitik in Bayern zieht bildungspolitische Halbzeitbilanz und fordert mehr Anstrengungen für Bildungsgerechtigkeit

Zur Halbzeit der 16. Legislaturperiode des Landtags zog das *Forum Bildungspolitik in Bayern* Bilanz über die Bildungspolitik. „Eine Gesellschaft muss sich daran messen lassen, wie sie Bildungschancen zuteilt. Hier hat die Bayerische Staatsregierung noch viel zu tun“, sagte Forumssprecher Klaus Wenzel bei einer Diskussion mit Vertretern der fünf Landtagsfraktionen über die Forderungen, die das *Forum Bildungspolitik in Bayern* vor der Landtagswahl 2008 formuliert hatte. Die Forderungen seien noch nicht annähernd umgesetzt.

Die soziale Herkunft bestimme nach wie vor den Bildungserfolg, zu viele Schüler/innen müssten wiederholen, die Schule wechseln oder ohne Abschluss abgehen. Zu viele erhielten keinen Ausbildungs- oder Studienplatz. Die Übergänge im Bildungssystem seien Barrieren. Schulen in freier Trägerschaft kämpften mit unzureichender Förderung, das Schulsterben auf dem Land nehme zu. Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert:

- ein verpflichtendes, kostenloses letztes Kindergartenjahr
- aufeinander abgestimmte Lehrpläne und Unterrichtsmethoden an allen Schularten
- Sitzen bleiben und Schulwechsel nur im Ausnahmefall
- einen Schulabschluss für alle jungen Menschen
- verlässliche Vereinbarungen für Schulen in freier Trägerschaft
- mehr Ausbildungs- und Studienplätze

Kinder und Jugendlichen würden viel zu selten individuell gefördert und die UN-Behindertenrechtskonvention nicht umgesetzt, sagte Wenzel. Bildungseinrichtungen müssten zu Lern- und Lebensräumen werden. Entscheidend für das Zusammenleben und für den Bildungserfolg sei, dass alle Deutsch sprechen. Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert:

- Deutschunterricht durch gut aus- und fortgebildete Fachkräfte
- mehr Sprachförderung für alle Kinder in Kita und Grundschule
- Sprachförderung für Eltern mit unzureichenden Deutschkenntnissen
- Mehrsprachigkeit in der Schule, auch durch zweisprachige Lehrer
- Anerkennung der Muttersprache als Fremdsprache beim Schulabschluss
- Aus- und Fortbildung der Pädagogen für die Arbeit in inklusiven Gruppen
- barrierefreie Bildungseinrichtungen mit Anpassung an spezielle Bedürfnisse
- einen individuellen Rechtsanspruch auf inklusive Bildung

Bei der Finanzierung von Kitas und Grundschulen liege Bayern weit unterhalb der Bildungsfinanzierung anderer Industrieländer. Um allen Kindern und Ju-

gendlichen gerecht zu werden und soziale Balance und ökonomische Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, fordert das *Forum Bildungspolitik in Bayern*:

- einen höheren Betreuungsschlüssel in den Kitas
- eine bessere Lehrer-Schüler-Relation
- geschultes Personal und eine vertretbare Schülerzahl für Kooperationsklassen
- Aufstocken der mobilen Lehrerreserve
- Unterstützung der Lehrer/innen durch pädagogisch-psychologische Experten
- höhere und rechtzeitige Zuschüsse für Schulen in freier Trägerschaft
- ausreichend Studienplätze und Lehrpersonal an den Hochschulen für den doppelten Abiturjahrgang

Aus- und Fortbildung von Pädagogen und die Anerkennung ihrer Qualifikation seien nicht zufrieden stellend. „Wenn wir allen Kindern eine Chance geben wollen, brauchen wir die besten Lehrer und Erzieher“, sagt Wenzel. Die Studiengänge für die einzelnen Lehrämter seien nicht gleichwertig und die erziehungswissenschaftlichen Anteile bei manchen zu gering. Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert:

- Unterrichtszeit zum Erwerb sozialer, lernmethodischer und emotionaler Kompetenz
- mehr sozialpädagogische, schulpsychologische und psychologisch-therapeutische Hilfen
- mehr wissenschaftliches Personal an den Hochschulen
- ein duales Studium für Erzieherinnen und Erzieher
- mehr Fachkräfte in den Kitas
- Lehrerbildung nach europäischem Standard
- einen dem Master vergleichbaren Universitätsabschluss für alle Lehrer und Lehrerinnen
- eine zeitgemäße Aus- und Fortbildung in den pädagogischen Berufen
- gesellschaftliche Anerkennung und bessere Bezahlung für pädagogische Berufe, um den Nachwuchs zu sichern

Schüler/innen, Studierende, Eltern, Lehrende, und Träger hätten kaum Mitwirkungsrechte. „Damit verzichten die Bildungseinrichtungen auf wertvolle Unterstützung“, sagte Wenzel. Das *Forum Bildungspolitik in Bayern* fordert:

- mehr Mitsprache der Lehrer/innen, Erzieher/innen, Schüler/innen, Studierenden und Eltern an ihrer Bildungseinrichtung
- mehr Mitsprache der Lehrer/innen, Erzieher/innen, Schüler/innen, Studierenden und Eltern bei der Organisation der Bildungsangebote in den Bezirken
- eine finanzielle und rechtliche Stärkung des Landesschülerrats

- eine verfasste Studierendenschaft in den Hochschulen und auf Landesebene
- eine gesetzliche Elternvertretung auf Landesebene
- regionale Schulentwicklung unter Beteiligung aller Betroffenen, die mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet werden.

München, 16.05.2011 Florian Fischer M.A., Forum Bildungspolitik in Bayern

HANDELN

Handlungs- und Aktionsvorschläge

Einige Hinweise und Anregungen zum aktiv werden%

- Kontakt und Gespräche suchen zu:
 - Elternbeiräten und Leitungen von örtlichen Kindertagesstätten
 - Elternbeiräten und Leitungen von örtlichen Schulen (siehe dazu auch die Berichte in der Beilage zum Impuls 10-11/2011)
- Informationsstände
- Gesprächsrunden mit Fachleuten und Politikern
- Podiumsdiskussionen
- Informationsveranstaltungen mit anderen Verbänden und Organisationen (z. B. Familienbund/KED, Frauengemeinschaft/Frauenbund, Gewerkschaften, usw.)

Bitte auch c

oní beachten!



Bausteine für einen Gottesdienst

➤ **TAGESGEBETE zur Auswahl**

1. Gott, du unser Vater und unsere Mutter!
Du hast die Güter dieser Erde
für alle Menschen und Völker bestimmt.
Du willst nicht, dass wir Reichtümer anhäufen
und auf Kosten Anderer leben,
sondern dass wir bereit sind zum Teilen.
Lass uns und unsere Kirche immer mehr
zum Anwalt der Armen und Entrechteten werden.
Ermutige uns, in Gesellschaft, Politik und Arbeitswelt
für Solidarität und Verteilungsgerechtigkeit
in Wort und Tat einzutreten.
Darum bitten wir dich durch Jesus Christus,
deinen Sohn, unseren Bruder,
der mit dir lebt und mit uns solidarisch ist,
heute und alle Tage unseres Lebens.

2. Gott, du Quell aller Weisheit!
Du hast uns Menschen
mit Geist und Verstand ausgestattet.
Du willst, dass wir klug denken und handeln,
dass wir uns stets aus- und weiterbilden.
Lass alle Menschen begreifen,
dass Bildung keine Ware ist,
sondern ein menschliches Grundrecht.
Dränge die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen dazu,
nicht nur die Eliten,
sondern vor allem die Kinder armer Familien
stärker zu fördern.
Darum bitten wir dich.....

GEBET von Anton Rotzetter

Du bist nicht, wo Unrecht geschieht

Du bist nicht,

Gott,

wo Unrecht geschieht .

es sei denn auf der Seite der
Benachteiligten!

Du bist nicht,

Gott,

wo man auf Kosten Anderer lebt .

es sei denn auf der Seite der Armen!

Du bist nicht,

Gott,

wo man die Güter des Lebens an-
häuft .

es sei denn auf der Seite der Ausge-
schlossenen!

Darum will ich Dich suchen

in der Gerechtigkeit

und bei den Benachteiligten,

den Armen, den Ausgeschlossenen.

GEBET aus Afrika

HERR, MEHR WEISHEIT

Herr,

ich möchte mehr wissen.

Mein Kopf ist voll gepackt mit Fakten,
doch ich möchte sie verstehen.

Herr,

was schleppe ich alles in meinem
Kopf herum .

Ballast und Ballast, aber auch gute
Sachen.

Gib mir Weisheit, dass ich das zu ver-
stehen suche,

was ich brauche für diese Welt
und für Dein ewiges Reich.

Herr,

bitte fege meinen Kopf aus von
schmutzigen Gedanken.

Reiße gefährliche Wurzeln da heraus.

Lehre mich zu denken an Deinem
Weg entlang.

Keiner kann für sich denken,
jeder braucht eine Straße für seinen
Verstand.

Herr,

lass mich denken und erfahren, im-
mer wieder, dass Du der Herr aller
Herren bist.

Lehre mich denken, damit ich besser
dienen kann.

Dir, meiner Familie, meinem Vater-
land.

Herr,

erhalte den Wunsch in mir, klug zu
werden, damit ich besser dienen
kann,

damit ich nicht zu sterben brauche.

Amen.

FÜRBITTEN zur Auswahl

Pfr.: Guter, barmherziger Gott! Du bist mit uns stets solidarisch. Du willst, dass alle Menschen und Völker Anteil haben an den materiellen und geistigen Gütern dieser Erde.

Wir bitten dich und rufen zu dir:

RUF: *Guter Gott, erhöre unser Bitten!*

1. Für unsere Kirchenleitungen: Lass sie für die solidarische und gerechte Verteilung der Erdengüter in unserem Land und auf der Welt beharrlich und glaubwürdig eintreten.
2. Für die politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen: Dränge sie, den Stellenwert der Verteilungsgerechtigkeit für unsere Gesellschaft wieder neu zu begreifen und entschieden danach zu handeln.
3. Für alle, die aus Gier und Gewinnsucht durch Spekulation mit dem Leben ganzer Völker spielen: Verunsichere sie in ihrer blinden Selbstsucht und bewege ihre Herzen zur Umkehr und Gerechtigkeit.
4. Für alle Lehrkräfte, insbesondere in den Berufsschulen: Schenke ihnen Freude und Mut, aber auch die nötige Geduld und Kraft, die jungen Menschen bei ihrer Ausbildung menschenwürdig und gerecht zu begleiten und zu fördern.
5. Für die Eltern armer Kinder: Stehe ihnen bei, damit sie mit Unterstützung von Gesellschaft, Kirche und Politik ihren Kindern eine gute, umfassende und menschenfreundliche Bildung ermöglichen können.
6. Für uns selbst und unsere Katholische Arbeitnehmer-Bewegung: Gib uns Kraft und Mut, stets an der Seite der Benachteiligten und Entrechteten zu stehen und solidarisch zu handeln.
7. Für unsere Gemeinde und alle Christen: Öffne unsere Augen und Ohren, unsere Herzen und Hände für jede Not und lass uns stets zur Stelle sein, wo Menschen unsere Solidarität brauchen.

Pfr.: Denn du, Gott, hast uns und allen Menschen Leben in Fülle verheißen. Dir sei Dank und Lob heute und alle Tage unseres Lebens. Amen.

ANHANG

Statistiken / Graphiken zum Thema

1. Prägende Phasen der Hochschulentwicklung
2. Studierende: Rückzug ins Private
3. Schulausbildung nach Herkunft
4. Geförderte Akademikerkinder
5. Der Nebenjob kostet Studierende viel freie Zeit
6. Herkunft entscheidet bei Studienentscheidung
7. Unibesuch scheitert oft am Geld
8. Viele Jobben für die Gebühren
9. Soziale Selektion beim Zugang zum Studium
10. Studium rückt weiter weg
11. Probleme beim Studium
12. Privatschulen haben Zulauf
13. Studium: Die Oberklasse macht sich breit
14. Duale Ausbildung verliert an Boden
15. Die Persönlichkeit macht die Reife aus
16. Große Vielfalt der Systeme
17. Mehr außerbetriebliche Ausbildungsplätze
18. Soziale Herkunft als Handicap
19. Berufliche Stellung der Eltern beeinflusst die Schulempfehlung
20. Fast alle Kinder waren mal da
21. Ganztagschule im Aufwind
22. Sparen am Schulbuch
23. Schülerzahlen sinken
24. Ungleicher Erfolg
25. Zuwandererkinder im Nachteil
26. Probleme in der zweiten Generation
27. Nur die Hälfte kommt unter
28. Schwache Schüler außen vor
29. Weniger Lehrstellen im Handwerk
30. Ausbildung spart Einstellungskosten
31. Trend zur Übergangslösung
32. Mehr Jungen ohne Chance auf Abschluss
33. Stiefkind Weiterbildung
34. Mehrarbeit statt Weiterbildung
35. Berufliche Weiterbildung von vielen finanziert
36. Weniger Meister
37. Weiterbildung für Ältere ist meist kein Thema
38. Studium: Meist nur gegen Bezahlung
39. Ausländer studieren häufiger in Deutschland
40. Europa lockt deutsche Studierende
41. Bildungsbeteiligung im Elementarbereich (München)
42. Ausgaben für Bildung in % des BIP
43. Grundkompetenzen der Erwachsenen in Deutschland
44. Deutschland . Daten und Fakten
45. Grundstruktur des Bildungswesens in Deutschland

1

Prägende Phasen der Hochschulentwicklung

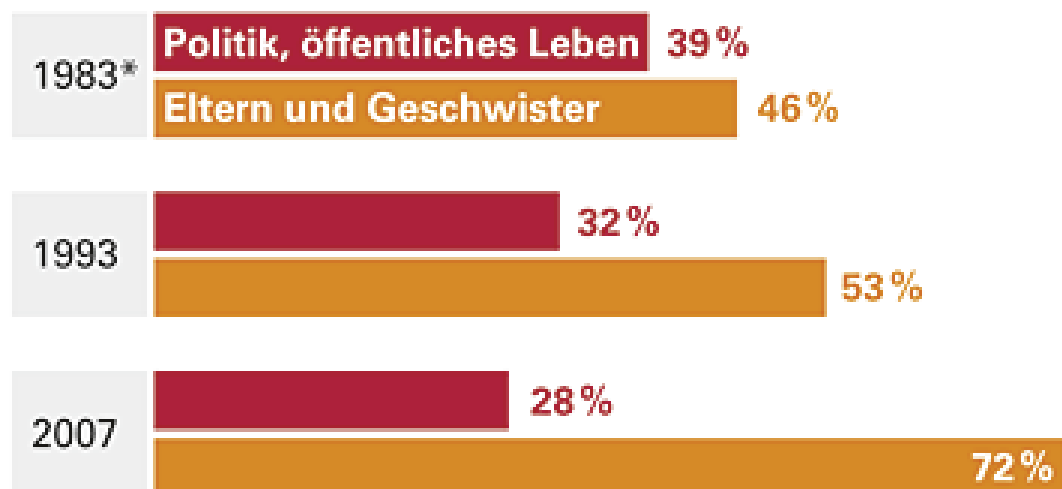
	Humboldtsche / Ordinarien-Universität	Demokratische, sozial offene Hochschule	Unis im Wettbewerb, Bologna-Hochschule
Leitgedanke	Bildung durch Wissenschaft	Bildung ist Bürgerrecht	Bildung als Wirtschaftsfaktor
Rolle der Forschung	Einheit von Forschung und Lehre	Trennung von Forschung und Lehre	Bachelor forschungsfern, Master forschungsnah
Professorenbild	Gelehrter	Hochschuldidaktiker und Forscher	Forschungsmanager und Lehrer
Organisation	Lehrstuhl	Hochschul-Institut	Forschungszentrum
Rekrutierung	Bildungsbürgertum	Breite Mittelschicht	Obere Mittelschicht
Maximaler Einfluss	bis 1965	1965 bis 1982	nach 1983

Quelle: nach Pasternack/von Wissel sowie Münch 2007/2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

2

Studierende: Rückzug ins Private

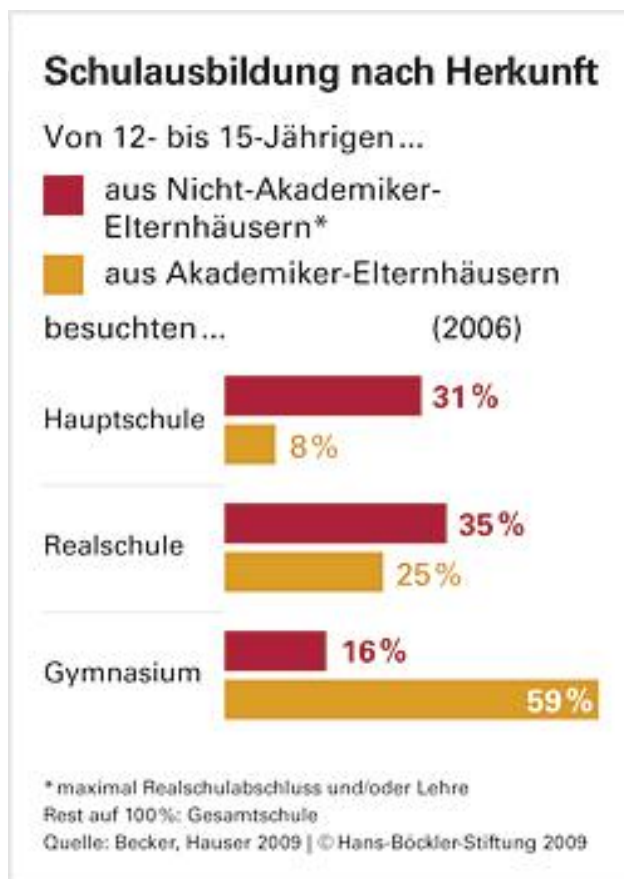
Für sehr wichtig hielten unter Studierenden ...



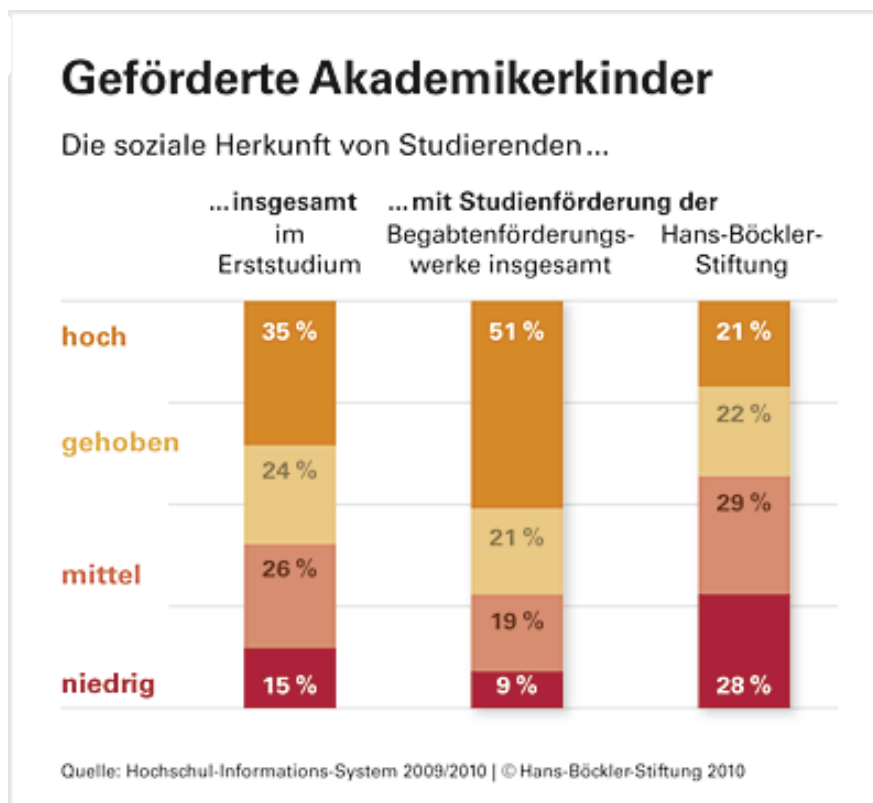
*nur Westdeutschland

Quelle: Studierendensurvey 1983–2007, Uni Konstanz 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

3



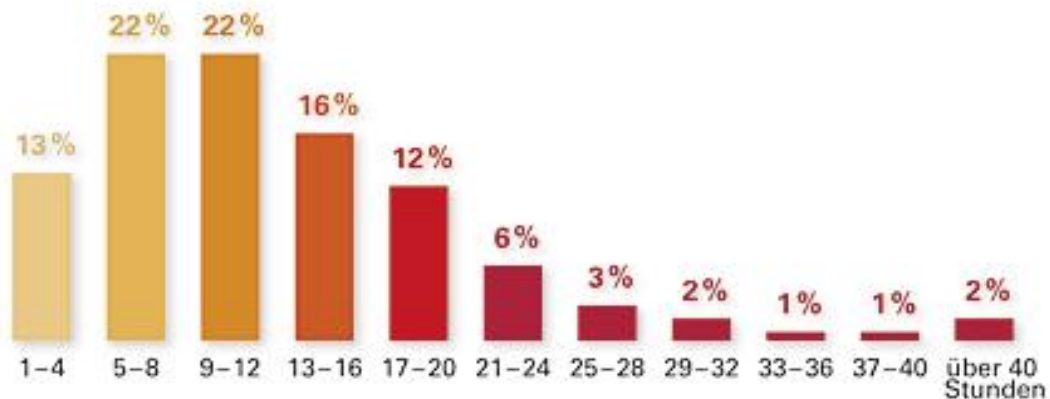
4



5

Der Nebenjob kostet Studierende viel freie Zeit

In der Woche arbeiteten von den erwerbstätigen Studierenden 2009...

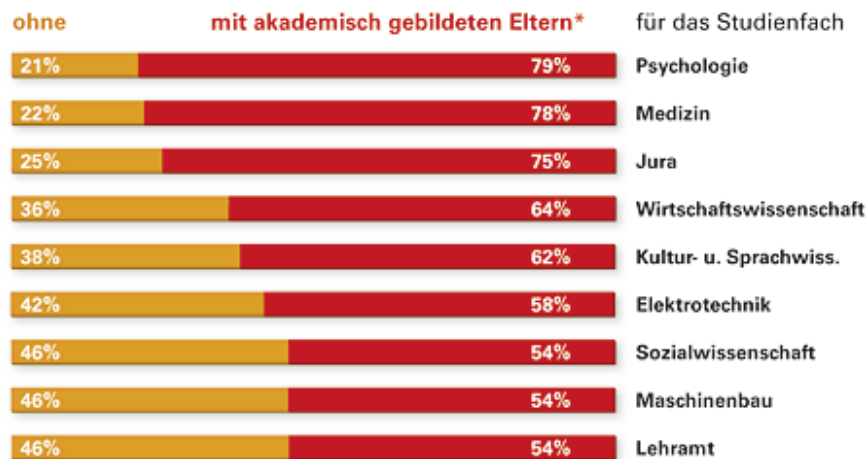


Quelle: Deutsches Studentenwerk/HIS 2010 | © Hans-Böckler-Stiftung 2010

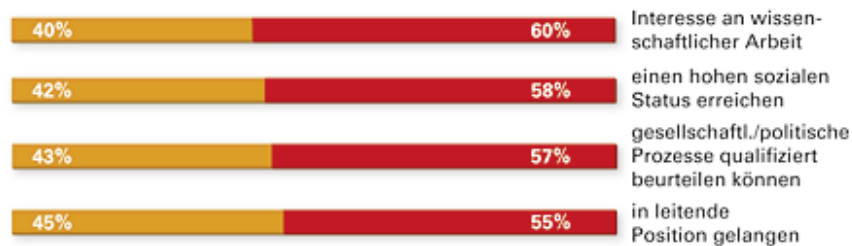
6

Herkunft zählt bei Studienentscheidung

2006 entschieden sich von allen Studienberechtigten ...



Als Motiv für ihre Studienwahl nannten sie** ...



* Mindestens ein Elternteil Akademiker; Angaben von Studienberechtigten ein halbes Jahr nach Schulabgang;

** Werte 1 und 2 einer 6-stufigen Skala von 1 = „sehr bedeutend“ bis 6 = „bedeutungslos“

Quelle: Hochschul-Informations-System 2007?? | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

7

Unibesuch scheitert oft am Geld

Gegen ein Studium sprechen ...

fehlende finanzielle Voraussetzungen



der Wunsch, möglichst bald selbst Geld zu verdienen



drohende Schulden aus Studienkrediten und BAföG



dass Studiengebühren die finanziellen Mittel übersteigen



ein festes Berufsziel, das kein Studium voraussetzt



Mehrfachnennung möglich

Quelle: Hochschul-Informations-System 2009 | © Hans-Böckler-Stiftung 2009

8

Viele jobben für die Gebühren

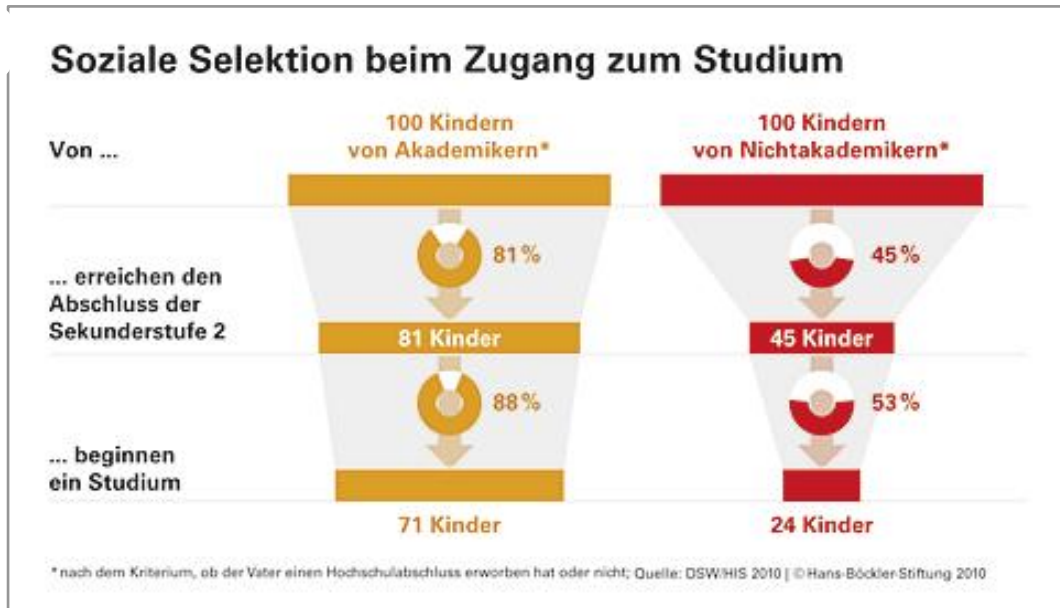
Ihre Studiengebühren bezahlen Studierende 2009 mit...



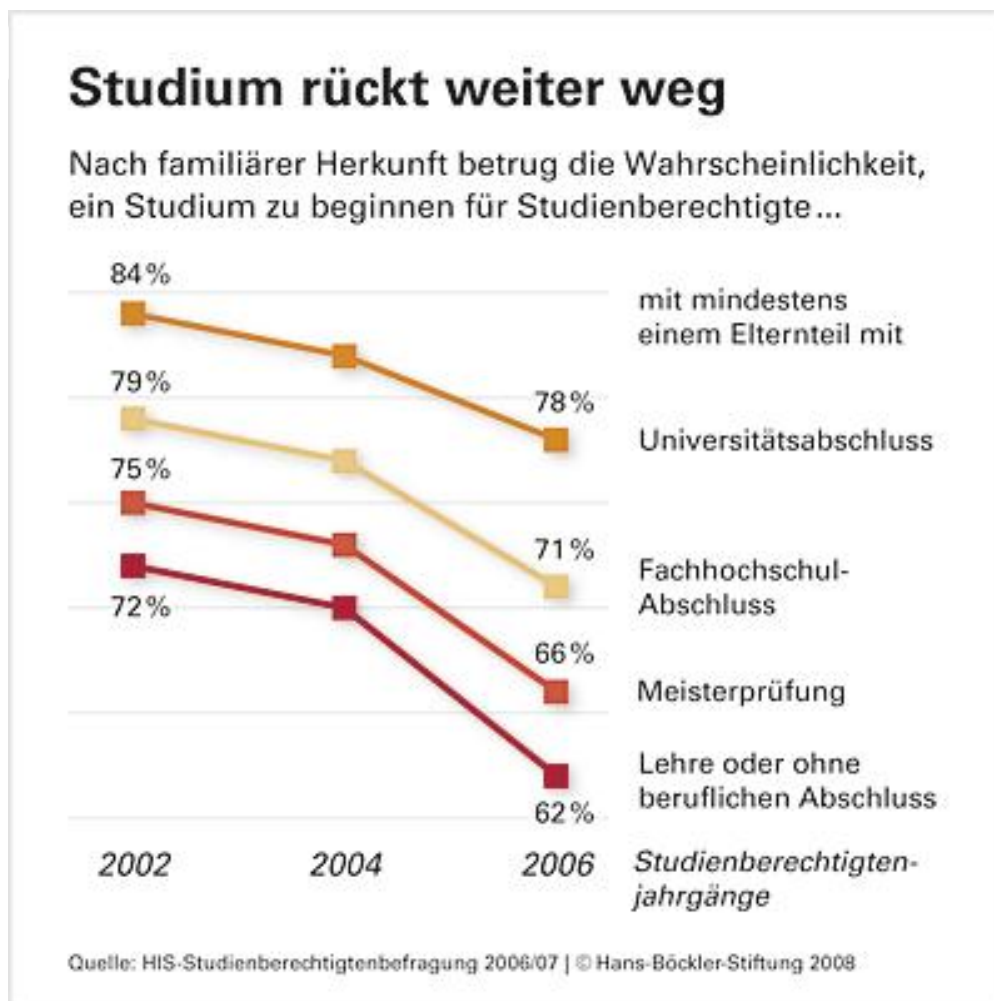
* im Erststudium in Ländern mit Studiengebühren, Mehrfachnennungen; Quelle: Deutsches Studentenwerk/HIS 2010

© Hans-Böckler-Stiftung 2010

9



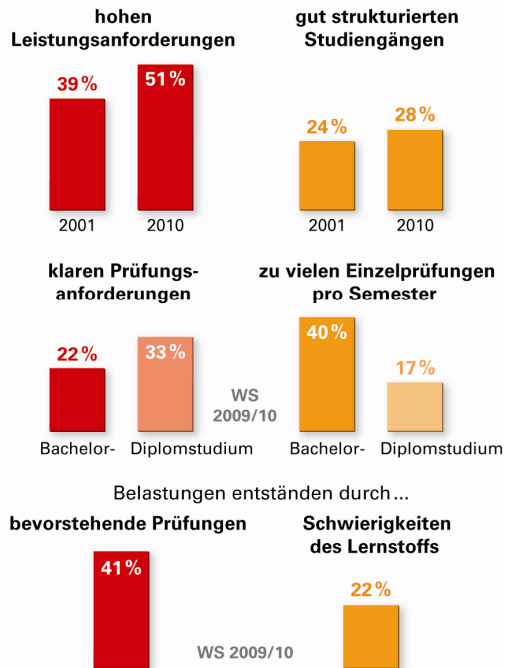
10



11

Probleme beim Studium

Studierende sagen, ihre Arbeit an den Universitäten ist stark geprägt von...



Quelle: Studierendensurvey 1983–2010 Universität Konstanz | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

12

Privatschulen haben Zulauf

So viele Schüler besuchten allgemein bildende Schulen...

Öffentliche Träger

1993	9.558.000
2003	9.227.000
Differenz	- 331.000

Private Träger

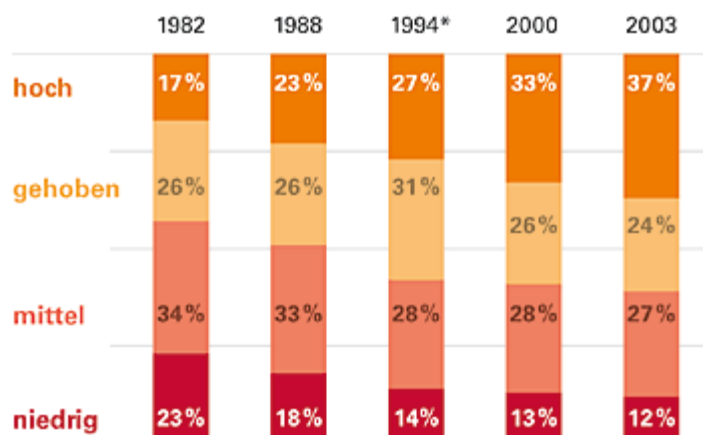
1993	459.200
2003	605.800
Differenz	+ 146.600

Bundesbildungsministerium 2006

13

Studium: Die Oberklasse macht sich breit

Die soziale Herkunft von Studierenden war ...

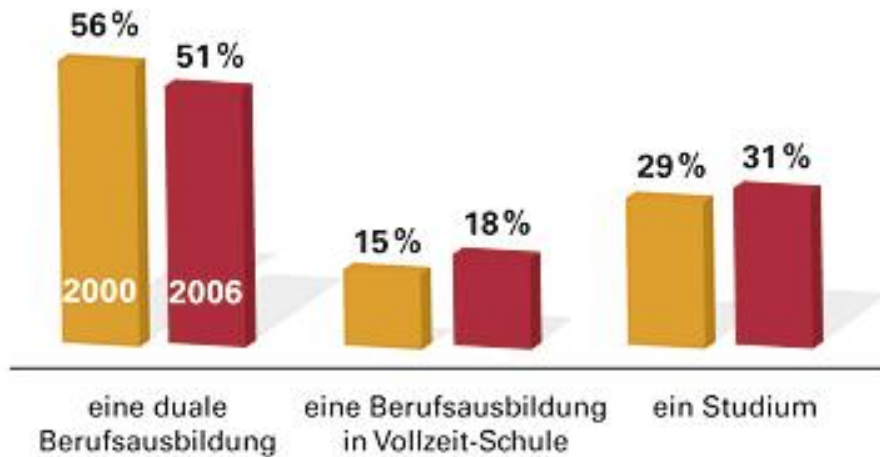


* ab 1989 einschließlich Ostdeutschland; Quelle: 17. Sozialerhebung Deutsches Studentenwerk/ Hochschul-Informationssystem 2003 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

14

Duale Ausbildung verliert an Boden

Wer einen Ausbildungs- oder Studienplatz hat, absolviert...



Quelle: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2008 | © Hans-Böckler-Stiftung 2008

15

Die Persönlichkeit macht die Reife aus

80% und mehr

Welche Voraussetzungen müssen Bewerber um eine Lehrstelle mitbringen? Diese Eigenschaften fanden so viele der befragten Experten* unerlässlich:



*472 Experten aus Berufsschulen, Betrieben, Verbänden und Forschung; Quelle: BIBB-Expertenmonitor Sept./Okt. 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

16

Große Vielfalt der Systeme

Die Rolle des Arbeitgebers

in der beruflichen Erstausbildung

fällt kaum ins Gewicht	Belgien, Finnland, Spanien, Schweden
ist wenig formalisiert	Griechenland, Großbritannien, Italien, Portugal
ist institutionalisiert, aber schwach	Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande
ist institutionalisiert und dominierend	Dänemark, Deutschland, Österreich

Quelle: Céreq BREF Nr. 150, Februar 1999 | © Hans-Böckler-Stiftung 2005

17

Mehr außerbetriebliche Ausbildungsplätze

Angebot an Stellen

Stand
Mai 2007

Veränderung
zum Vorjahr

außerhalb von Betrieben

21.300

+46,5% ↑

in Betrieben

349.300

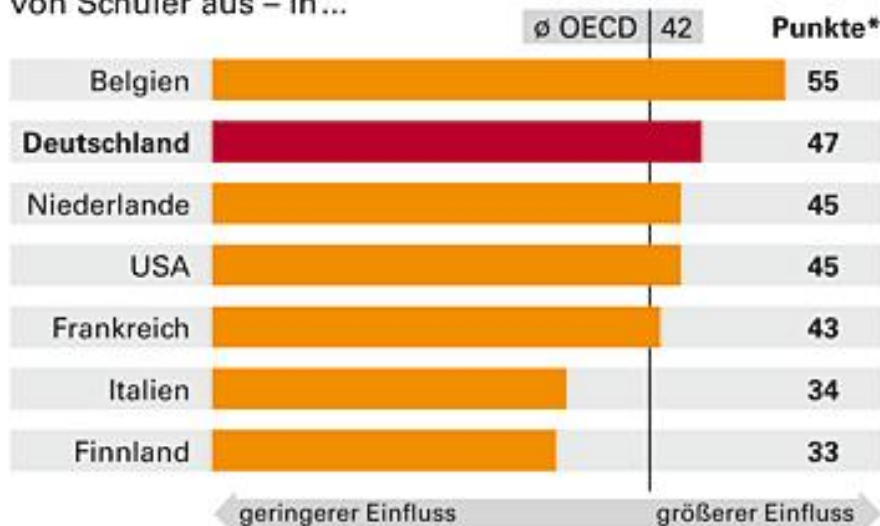
-0,4% ↓

Bundesagentur für Arbeit, Juni 2007

18

Soziale Herkunft als Handicap

So wirkt sich die soziale Herkunft auf den Lernerfolg von Schüler aus – in...



*Sozialer Gradient mathematischer Kompetenz nach PISA-Studie 2003
Quelle: Hovestadt, Eggers 2007 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2007

19

Berufliche Stellung der Eltern beeinflusst die Schulempfehlung

Im Vergleich zu Kindern von...

■ Facharbeitern oder leitenden Angestellten

ist die Chance, vom Lehrer für das Gymnasium empfohlen zu werden, für Kinder von* ...

■ Spitzenmanagern **3,3x höher**

■ hochqualifizierten Angestellten **2,3x höher**

■ selbstständigen Handwerkern **1,6x höher**

■ einfachen Verwaltungsangestellten **1,3x höher**

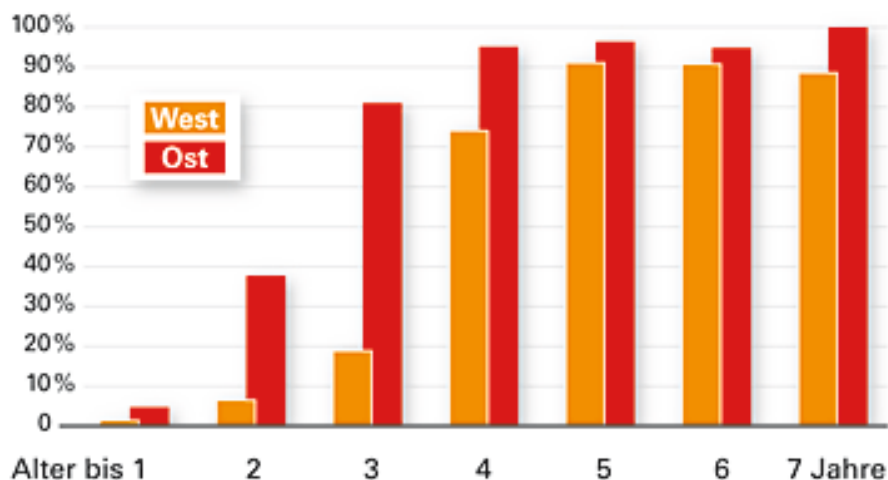
■ un- oder angelernten Arbeitern **0,8x niedriger**

*soziale Stellung der Eltern nach EGP, Referenzgruppe: Facharbeiter und leitende Angestellte; Vergleich: 1. Obere Dienstklasse, 2. Untere Dienstklasse, 3. Selbstständige, Landwirte, 4. Routinedienstleistungen, 4. un-/angelernte Arbeiter
Quelle: Hovestadt, Eggers 2007 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2007

20

Fast alle Kinder waren mal da

So viele Kinder nutzen eine öffentliche Betreuung

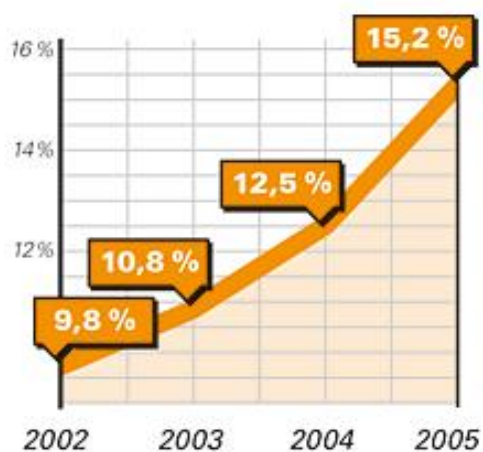


Quelle: DJI-Kinderbetreuungsstudie 2005 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

21

Ganztagschule im Aufwind

So viele Schüler allgemeinbildender Schulen hatten Ganztagsunterricht...

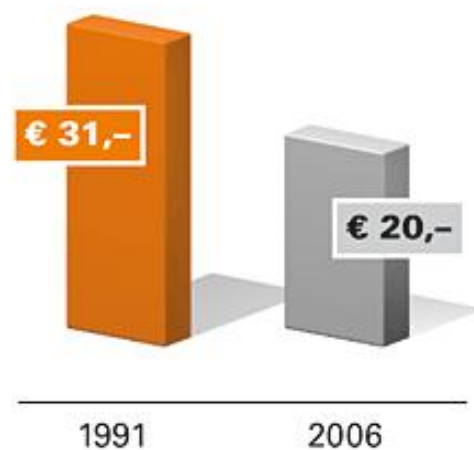


Kultusministerkonferenz, März 2007

22

Sparen am Schulbuch

Länder und Gemeinden gaben je Schüler für Lehrmaterial aus ...



Verband der Bildungsverlage, Feb. 2007

23

Schülerzahlen sinken

Schüler an allgemein-bildenden Schulen im Schuljahr 2006/07, Veränderung zum Vorjahr



West	-0,9 % ↓
Ost	-5,1 % ↓
Gesamt	-1,6 % ↓

Statistisches Bundesamt, Februar 2007

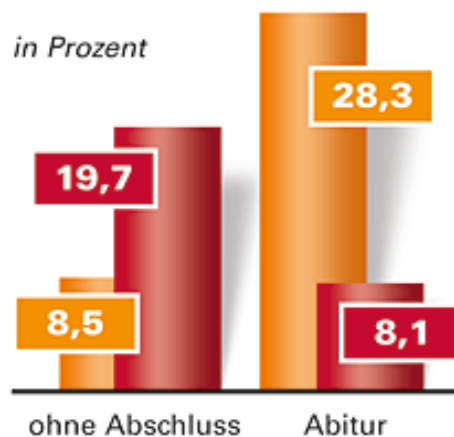
24

Ungleicher Erfolg

Schulabgänger nach Abschluss

■ ausländische Jungen
■ alle

in Prozent

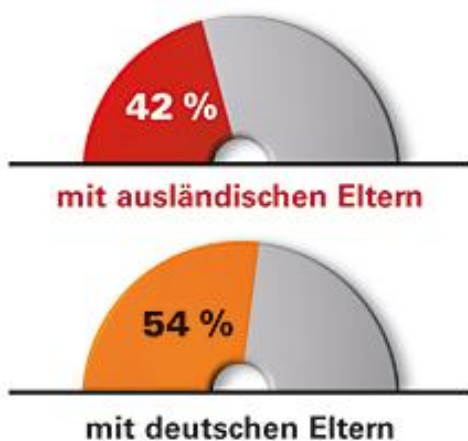


Bundesbildungsbericht 2006

25

Zuwandererkinder im Nachteil

Anteil der Jugendlichen*, die 2006 eine Lehrstelle gefunden haben



*Bewerber um Ausbildungsplatz
BIBB, Februar 2007

26

Probleme in der zweiten Generation

Keinen Berufsabschluss haben...



Stand 2005; Bundesbildungsbericht 2006

27

Nur die Hälfte kommt unter

Von allen Ausbildungsplatzsuchenden* 2009 ...

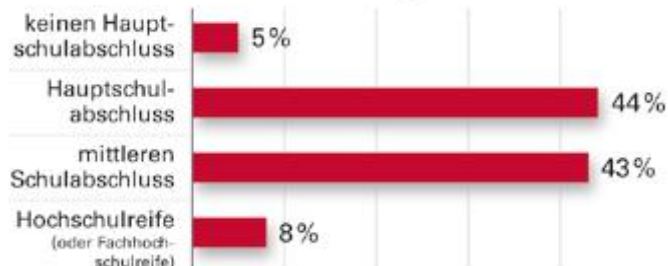


* bei der Arbeitsagentur gemeldete Bundesagentur für Arbeit, Oktober 2009

28

Schwache Schüler außen vor

So viele Teilnehmer am EQJ-Programm haben ...



So viele Bewerber fanden keinen Ausbildungsplatz*

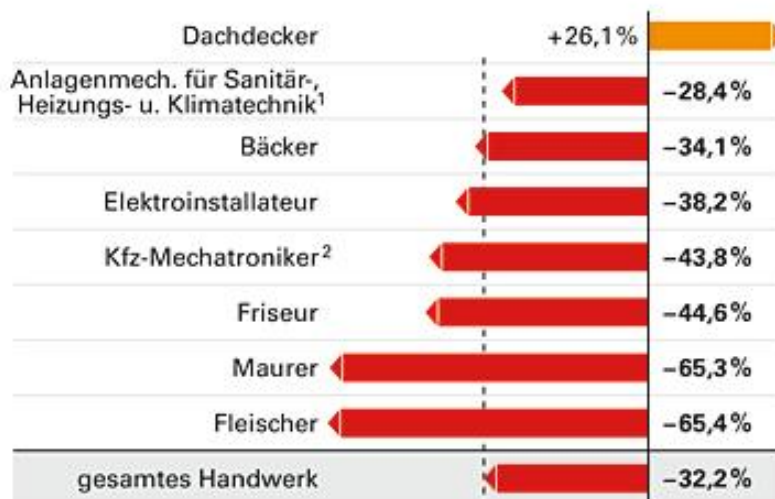


* ohne erfolglose Bewerber, die Alternativangebote angenommen haben
Quelle: Kühnlein/Klein, Berufsbildungsbericht 2006 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

29

Weniger Lehrstellen im Handwerk

So entwickelte sich die Zahl neuer Ausbildungsverträge im Zeitraum 1977 bis 2004:



1977: 1) Gas- u. Wasserinstallateur, Zentralheizungs- u. Lüftungsbauer, 2) Kfz-Mechaniker und -Elektriker; Quelle: Baethge, Solga, Wieck 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

30

Ausbildung spart Einstellungskosten

Die Übernahme eines
Auszubildenden spart
durchschnittlich

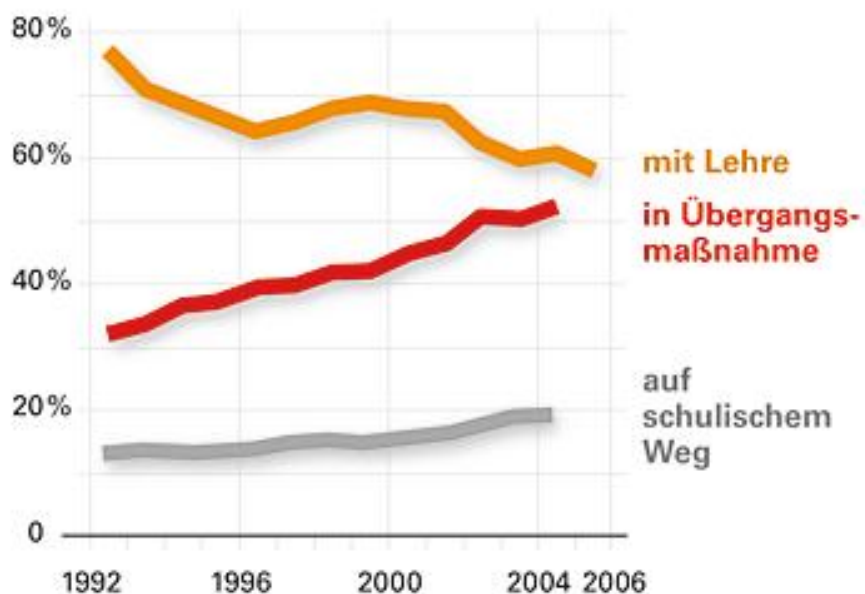
Bewerbungskosten
1.191,- €
Einarbeitung
3.023,- €
Gesamtkosten
4.214,- €

1.010 analysierte Betriebe 2007
Bundesinstitut für Berufsbildung 2009

31

Trend zur Übergangslösung

So viele Schulabgänger begannen eine Berufsausbildung...



*Summe der Quoten in einem Jahr >100%, da die Anfängerzahlen sich aus Schulabgängern mehrerer Jahre zusammensetzen
Quelle: Berufsbildungsbericht 2006 | ©Hans-Böckler-Stiftung 2007

32

Mehr Jungen ohne Chance auf Abschluss

So verteilen sich 2004 die Ausbildungswilligen auf das Berufsbildungssystem

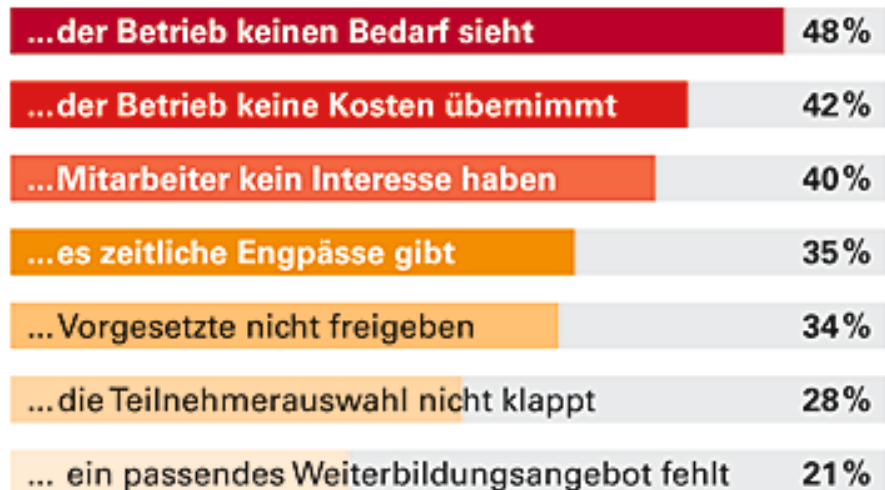


Quelle: Baethge, Solga, Wieck 2007 | © Hans-Böckler-Stiftung 2007

33

Stiefkind Weiterbildung

Betriebsräte: Fortbildung findet nicht statt, weil...



Quelle: WSI-Betriebsrätebefragung 2002/03 | © Hans-Böckler-Stiftung 2006

34 Mehrarbeit statt Weiterbildung

Betriebe wollen Fachkräftemangel ausgleichen durch...

Veränderung 2005 zu 2001

Mehr Aus- und Weiterbildung



Mehrarbeit und flexible Arbeitszeiten



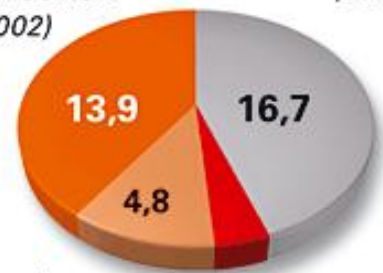
20.000 befragte Unternehmen, Mehrfachantworten möglich

DIHK, Januar 2006

35 Berufliche Weiterbildung – von vielen finanziert

Geschätzte Gesamtausgaben 37,4 Milliarden Euro

Privatpersonen (2002) Arbeitgeber (1999)

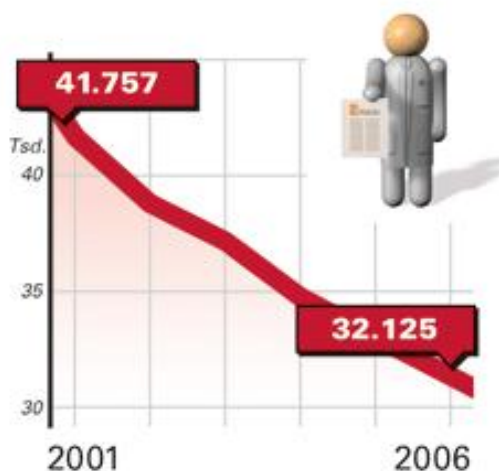


Bundesagentur für Arbeit (2001) 2,0 Staat (2000)

BIBB 2005, hochgerechnete Einzelstudien aus 1999 bis 2002

36 Weniger Meister

Die Meisterprüfung haben absolviert...

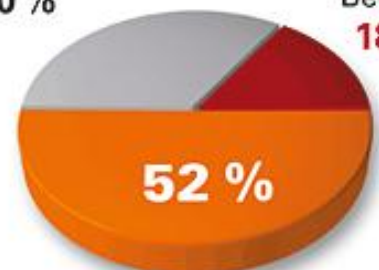


Bundesinstitut für Berufsbildung 2009

37 Weiterbildung für Ältere ist meist kein Thema

Von 100 Betrieben sehen für die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer...

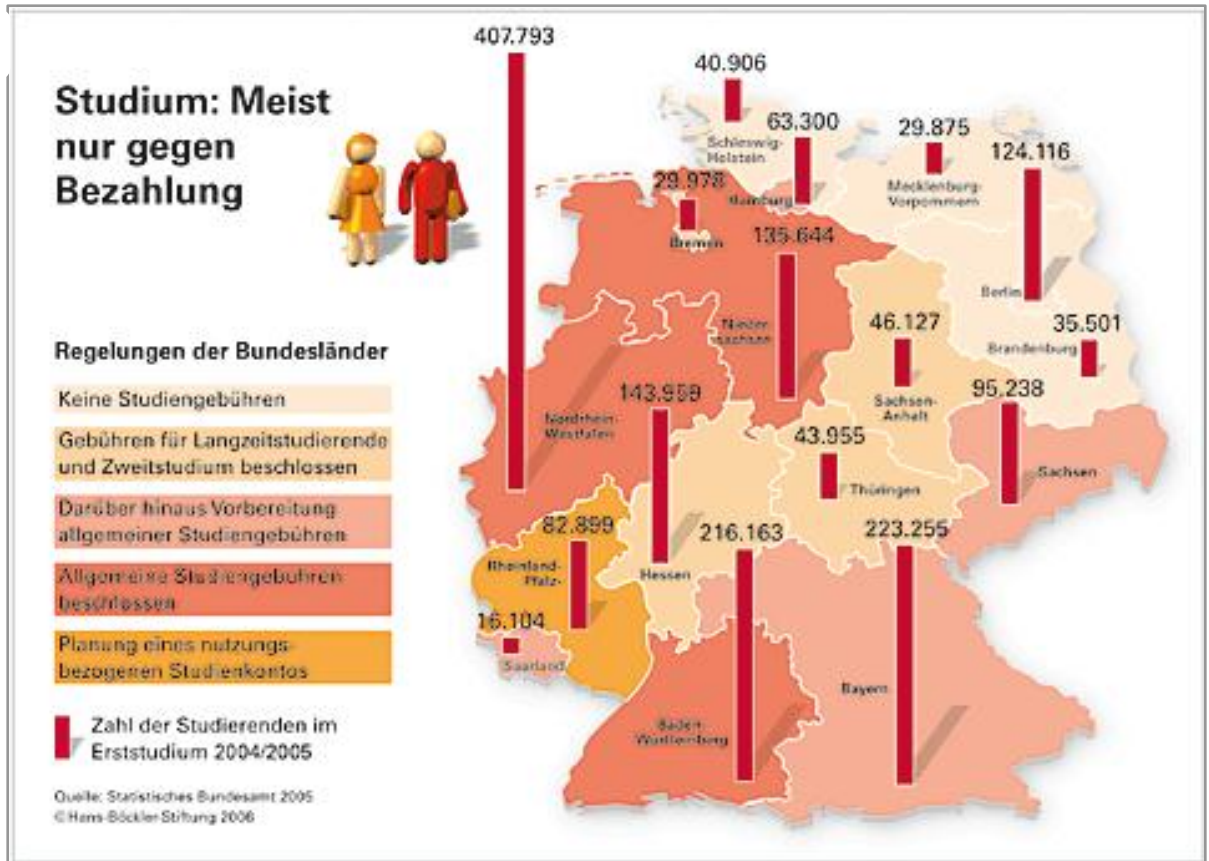
teilweise Bedarf 30% steigenden Bedarf 18%



wenig oder keinen Bedarf

BIBB, Juli 2005, Befragung von 537 Betrieben in Deutschland

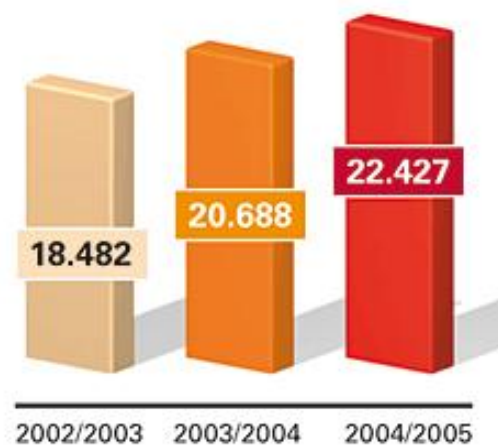
38



40

Europa lockt deutsche Studierende

Deutsche Teilnehmer am europäischen Austauschprogramm Erasmus



EU-Kommission, März 2006

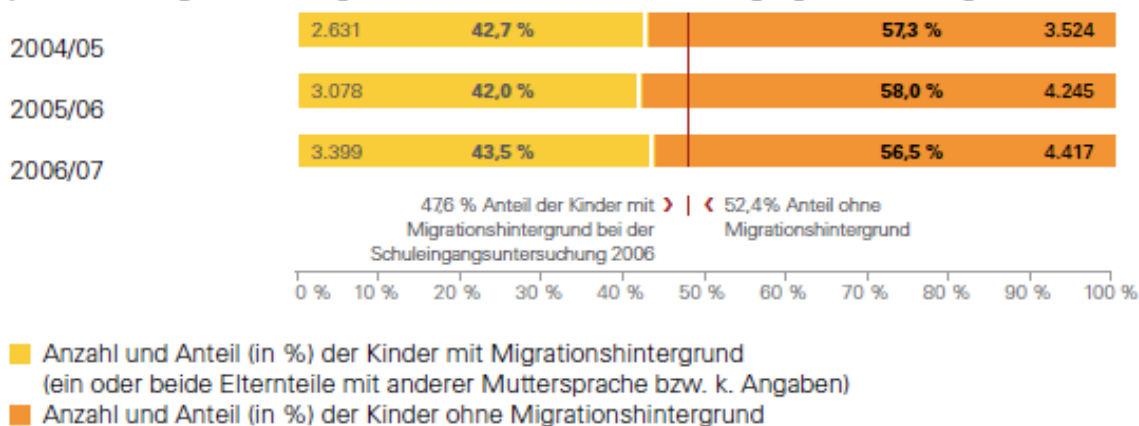
41

Bildungsbeteiligung im Elementarbereich:

Münchener Kinder mit drei Kindergartenjahren nach Migrationshintergrund 2004 – 2006

Bei der Schuleingangsuntersuchung 2006 hatten 47,6% der untersuchten Kinder einen Migrationshintergrund (ein oder beide Elternteile mit anderer Muttersprache bzw. k. Angaben). Vergleicht man diese Zahl mit dem Anteil der Kinder mit mindestens drei Kindergartenjahren, so lässt sich feststellen, dass die Kinder mit Migrationshintergrund weniger lange den Kindergarten besuchen, als Kinder ohne Migrationshintergrund (s. Abb. B 1.1).

Abb. B 1.1 Bildungsbeteiligung im Elementarbereich: Münchener Kinder mit drei Kindergartenjahren nach Migrationshintergrund 2004 – 2006 (Quelle: Schuleingangsuntersuchung)

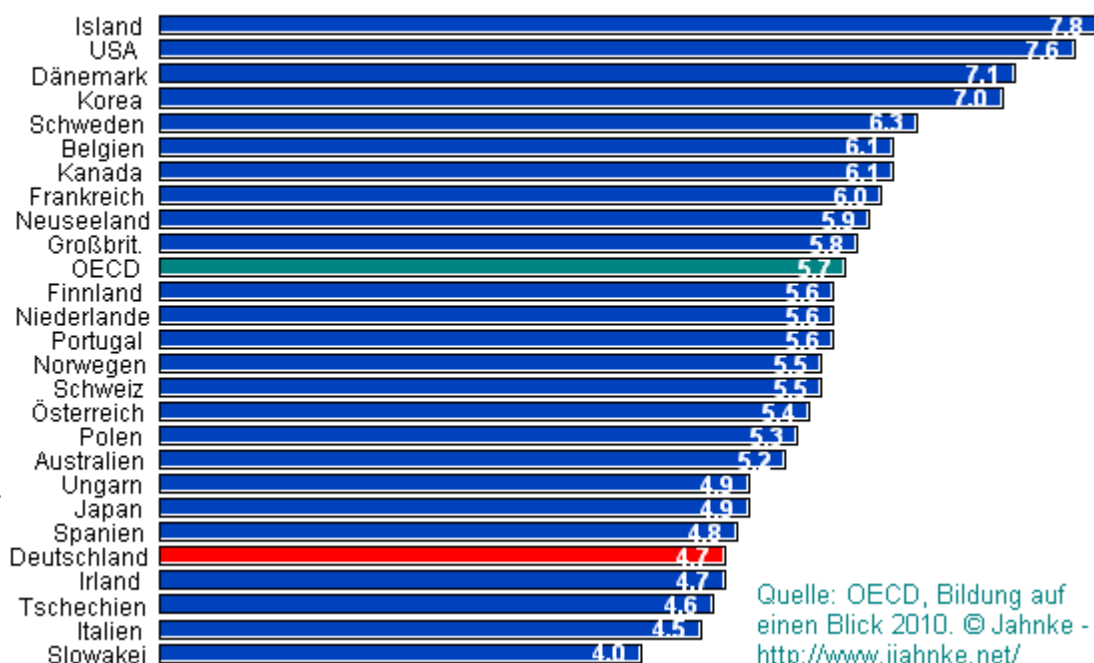


39

Ausländer studieren häufiger in Deutschland

Anteil an deutschen
 42 schulen und
 ersitäten

13004: Ausgaben für Bildung in % BIP 2007

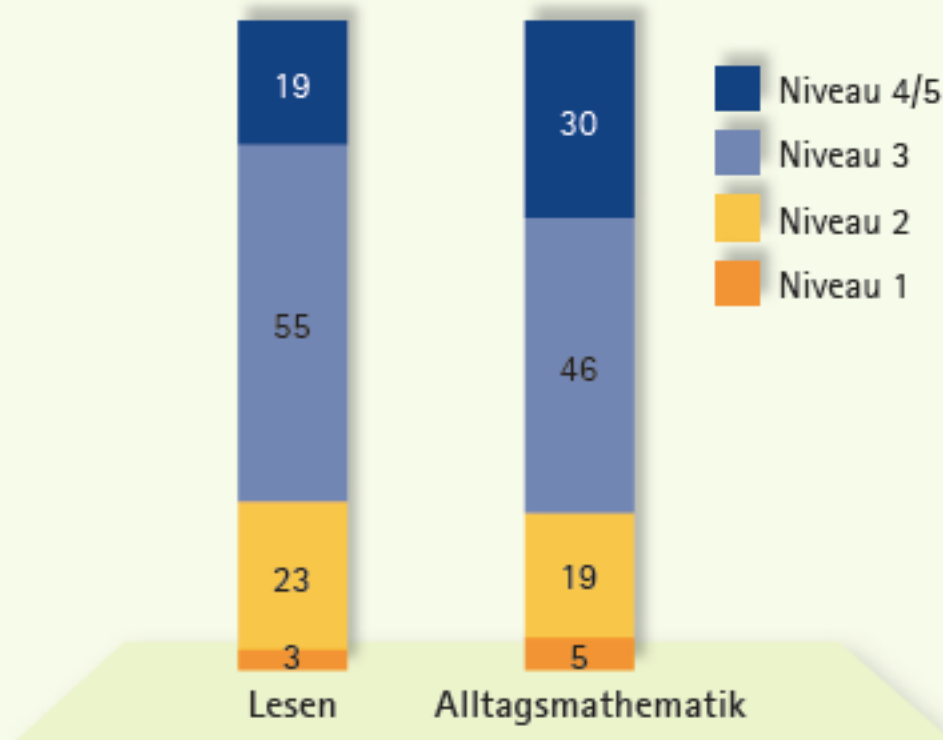


43

Abbildung 1

Grundkompetenzen der Erwachsenen in Deutschland

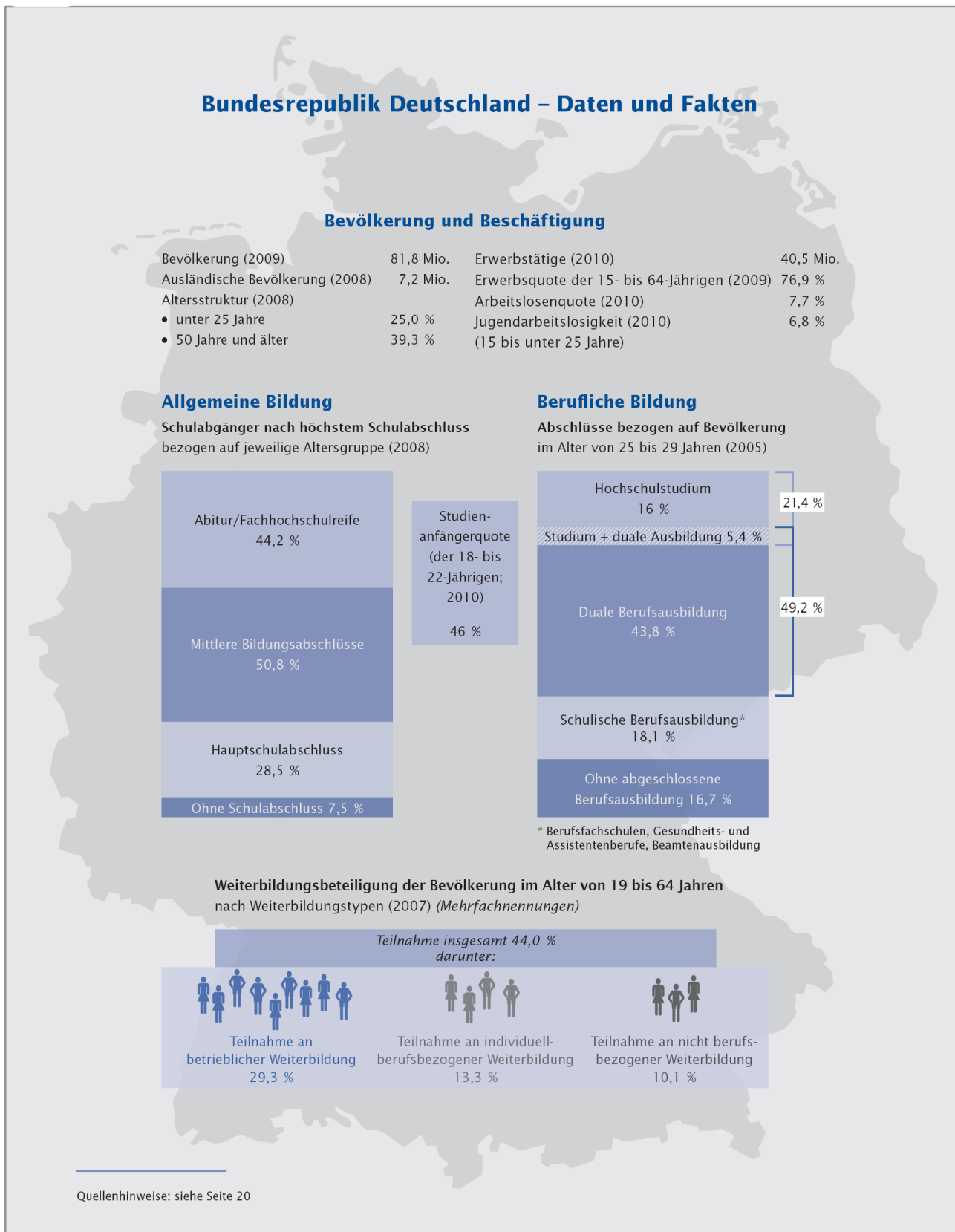
Anteil der 18- bis 52-Jährigen in Prozent



Anmerkung: Auf einer Bewertungsskala von 0–500 Punkten wurden fünf Kompetenzniveaus definiert, wobei Niveau 1 das niedrigste und Niveau 5 das höchste ist.

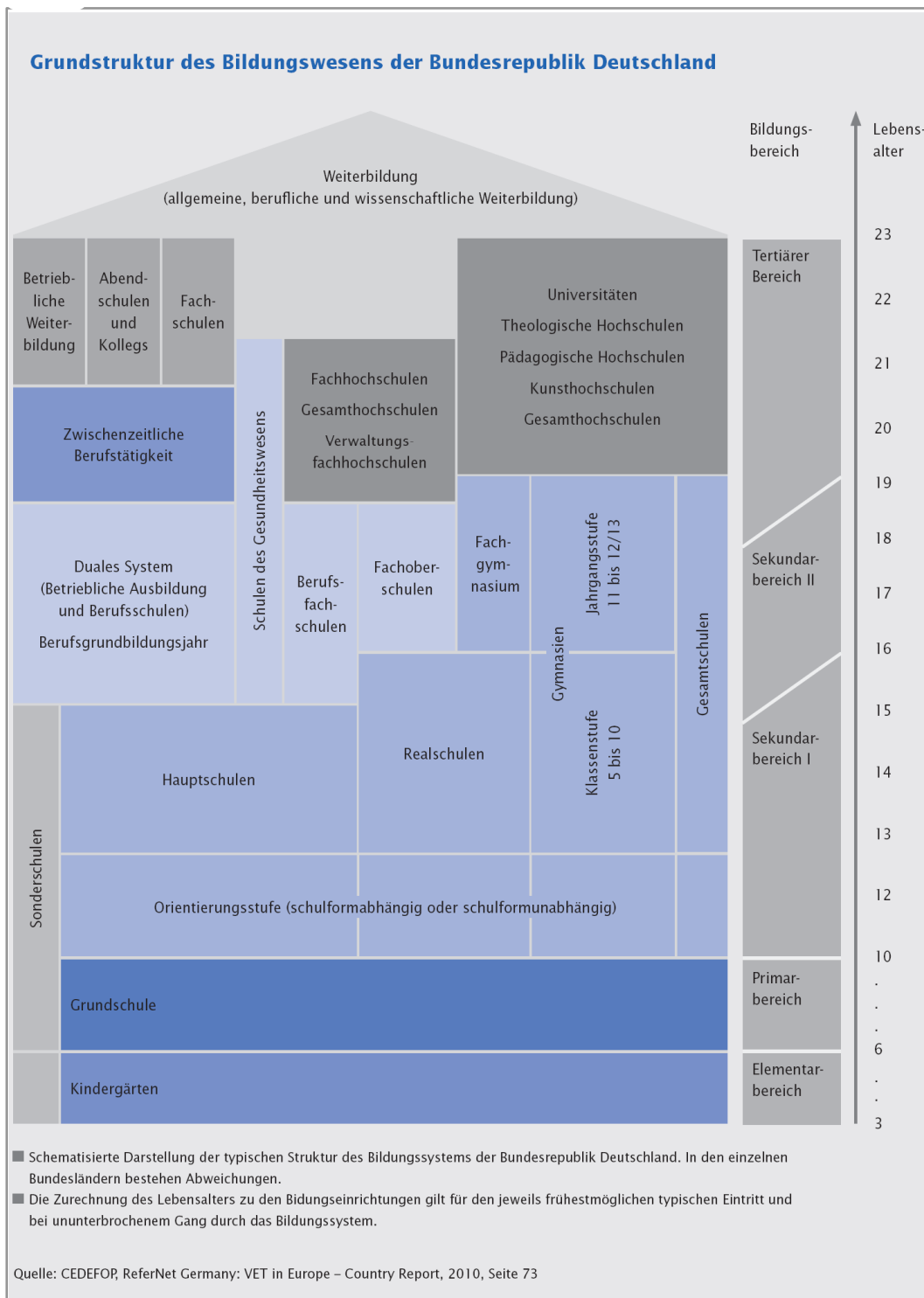
Quelle: IAB-Erhebung ALWA 2007, gewichtete Ergebnisse.

© IAB



Entnommen aus *Lebensbegleitende Bildungs- und Berufsberatung in Deutschland* Nationales Forum in Bildung, Beruf und Beschäftigung

45



Entnommen aus *Lebensbegleitende Bildungs- und Berufsberatung in Deutschland*,
Nationales Forum in Bildung, Beruf und Beschäftigung

Freisinger Tagblatt vom 13.04.2011

Kosten schlechter Bildung

Studie: Belastung von 1,5 Milliarden Euro pro Jahrgang

Gütersloh/Berlin – Schlechte Bildung und fehlende Berufsabschlüsse ziehen nach einer Studie Milliardenkosten für die Allgemeinheit nach sich. Jährlich gingen 150 000 junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung ins Berufsleben. „Wenn es nicht gelingt, diese Zahl zu halbieren, entstehen für die öffentlichen Haushalte Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Altersjahrgang“, warnt die am Dienstag vorgestellte Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung.

Vor allem die Einnahmeverluste aufgrund geringerer Lohnsteuer-Zahlungen kommen den Staat teuer zu stehen, zeigt die Studie. Sie haben einen Anteil von 70 Prozent an den Gesamtkosten. Weitere Kosten entstehen durch

entgangene Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie Ausgaben für Arbeitslosengeld und notwendige Sozialtransfers. Die Folgekosten fallen zu 40 Prozent auf Bundesebene an, 30 Prozent tragen die Bundesländer und jeweils 15 Prozent entfallen auf die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit.

Die Berechnungen basieren auf der Annahme, dass es künftig gelingt, die Zahl junger Menschen ohne Ausbildungsabschluss zu halbieren. Dadurch würden die öffentlichen Haushalte hochgerechnet auf die nächsten zehn Jahre Folgekosten von insgesamt 15 Milliarden Euro sparen. Der Handlungsbedarf ist dringend: Bereits heute sind in Deutschland mehr als sieben Millionen Menschen im erwerbsfähigen Alter ohne Berufsausbildung.

Referenten zum Thema

Charles Borg-Manché Diözesanpräses und Leiter der Betriebsseelsorge	Pettenkofenstr. 8/V, 80336 München Tel.: 089 . 55 25 16 . 60 E-Mail: charles.borg-manche@gmx.de
Brigitte Rüb-Hering Vorsitzende des KAB-Bildungswerkes	Jägerweg 16, 82205 Gilching Tel.: 08105 . 2 56 17 E-Mail: B.Rueb-Hering@t-online.de
Gerhard L. Endres Vorsitzender des KAB-Bildungswerkes	Caroline-Henschel-Str. 25 81829 München Tel.: 089 . 94 53 97 60 E-Mail: endresbildung@aol.com
Josef Haseneder Diözesansekretär Sekretariat München	Pettenkofenstr. 8/V, 80336 München Tel.: 089 - 55 25 16 . 40 E-Mail: J.Haseneder@kab-dvm.de
Richard Müller Diözesansekretär Sekretariat Rosenheim	Pettenkofenstr. 5, 83022 Rosenheim Tel.: 08031 . 13 707 E-Mail: R.Mueller@kab-dvm.de
Michaela Götz Diözesansekretärin Sekretariat Freising	Untere Hauptstr. 1, 85354 Freising Tel.: 08161 . 21329 E-Mail: M.Goetz@kab-dvm.de
Christian Bintl Betriebsseelsorger, Region Süd	Pettenkofenstr. 8/IV, 80336 München Tel.: 089 . 55 25 16 . 30 E-Mail: bss.Ch.Bintl@kab-dvm.de
Irmgard Fischer Betriebsseelsorgerin, Region Nord	Untere Hauptstr. 1, 85454 Freising Tel.: 08161 . 23 30 65 E-Mail: bss.I.Fischer@kab-dvm.de
Jörg M. Maier Betriebsseelsorger, Region München	Pettenkofenstr. 8/V, 80336 München Tel.: 089 - 55 25 16 . 80 E-Mail: bss.J.Maier@kab-dvm.de

Internet Adressen

- AG Christliche Sozialethik <http://www.christliche-sozialethik.de/aktuelles.html>
- Arbeitnehmer in Europa (aus gewerkschaftlicher Sicht)
<http://www.seeurope-network.org/homepages/seeurope/home.html>
- Arbeitnehmerkammer Bremen <http://www.arbeitnehmerkammer.de/>
- Arbeitsagentur . aktuelle Statistiken:
<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000000/html/start/index.shtml>
- Bibel <http://alt.bibelwerk.de/bibel/>
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales www.bmas.bund.de
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend www.bmfsfj.de
- Bundeszentrale für politische Bildung www.Bpb.de
- Christliche Sozialethik links <http://www.ethik.unizh.ch/ise/links.html>
- Deutsche Bischofskonferenz <http://www.dbk.de/>
- DGB <https://www.dgb.de/++co++ff108908-335e-11df-5d34-00188b4dc422>
oder http://bit.ly/Eine_Welt_fuer_Alle
- Forum Bildungspolitik in Bayern www.forum-bildungspolitik.de
- Hans Böckler Stiftung <http://www.boeckler.de>
- Infographik http://www.boeckler.de/32014_96797.html
- KAB Diözesanverband München und Freising <http://www.kabdvmuennen.de>
- Katholische Arbeitnehmerbewegung Deutschlands <http://www.kab.de>
- kritisch . sozial www.labournet.de
- Nachdenkseiten <http://www.nachdenkseiten.de/>
- Nationales Forum Beratung in Bildung <http://www.forum-beratung.de/>
- Netzwerks Gesellschaftsethik e.V. <http://www.denk-doch-mal.de>
- Sozialpolitik aktuell <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/>

Weiterführende Literatur

Alois Glück: sWarum wir uns ändern müssen%
Wege zu einer zukunftsfähigen Kultur, ISBN 978-3-7766-2627-5

Johannes Wallacher: sMehrwert Glück%
Plädoyer für menschengerechtes Wirtschaften, ISBN 978-3-7766-2627-8

Quellenangaben

Bilder der Titelseite entnommen aus sPfarrbriefservice%
Gekennzeichnete Texte aus WIKIPEDIA

Graphiken 1 . 40 entnommen aus sBöckler Boxen%
Graphiken 41 . 42 entnommen aus Nationales Forum Beratung in Bildung,
Beruf und Beschäftigung

Veranstaltungshinweise

11.02.2012, 9:30 Uhr Æ 16:00 Uhr

Studententag zum Jahresschwerpunkt:

!Gerechte Verteilung - Geld für Bildung statt für Banken!Í

Bitte die aktuelle Ausschreibung und Einladung beachten!

19.10.2012, 18:00 Uhr Æ ca. 20:00 Uhr

Politisches Forum der KAB zum Jahresschwerpunkt:

!Gerechte Verteilung - Geld für Bildung statt für Banken!Í

Bitte die aktuelle Ausschreibung und Einladung beachten!

Veranstaltungen des Kompetenz-Entwicklungs-Programms (KEP)

!Projektentwicklung kompaktÍ

In drei Stunden zum fertigen Projektkonzept!

7. Februar 2012 und 6. März 2012

jeweils von 18:00 . 21:00 Uhr

Pfarrheim St. Anton, Thalkirchnerstr. 36, München

!Katholische Soziallehre auf den Punkt gebrachtÍ

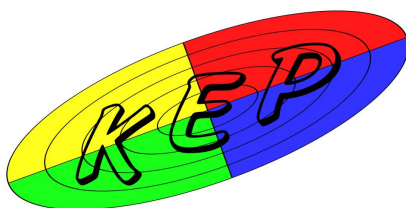
25. Februar 2012, 10:00 bis 16:00 Uhr

Pfarrheim Ismaning, Kirchplatz 1

!Vorstandschafft, wie geht das?Í

27. Oktober 2012, 9:00 bis 17:00 Uhr

Bildungszentrum, Pettenkoflerstr. 5, 83022 Rosenheim



*Kompetenz-
Entwicklungs-
Programm*

Themenvorschläge für die Orts- und Kreisverbände zur Seminarplanung im Rahmen des KEP für 2012

!KEP eröffnet (Lern)Perspektiven!

!Katholische Soziallehre auf den Punkt gebracht!

Grundseminar: ***!Vorstandschafft, wie geht das?!***
(Auftaktwochenende und Fortsetzungsabende sinnvoll)

!Projektentwicklung kompakt!
In drei Stunden zum fertigen Projektkonzept!

Grundseminar Öffentlichkeitsarbeit:
!Man zündet auch kein Licht an und stellt es unter einen Scheffel!

Aufbauseminar Öffentlichkeitsarbeit:
!Man zündet auch kein Licht an und stellt es unter einen Scheffel!

!Veränderung der sozialen Milieus – eine Herausforderung für die KABI!

!Verbandsarbeit heute – bedürfnisorientiert und kreativ!

Für nähere Auskünfte, Terminabsprachen, usw. wenden Sie sich bitte an unseren Beauftragten für das KEP, Josef Haseneder, Tel: 089-55 25 16 - 40, E-Mail: J.Haseneder@kab-dvm.de



Herausgeber:

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB)

Diözesanverband München und Freising e.V. und Bildungswerk e.V.

Pettenkofenstr. 8/V, 80336 München

Tel.: 089 . 55 25 16-0, Fax.: 089 . 55 02 132

E-Mail: info@kab-dvm.de

Internet: www.kabdvmmuenchen.de



Auswahl der Texte:

DP Charles Borg-Manché, Michaela Götz, Gerhard L. Endres, Josef Haseneder

Druck: druckhelden.de

Ausgabe: November 2011

Schutzgebühr: ” 3,--